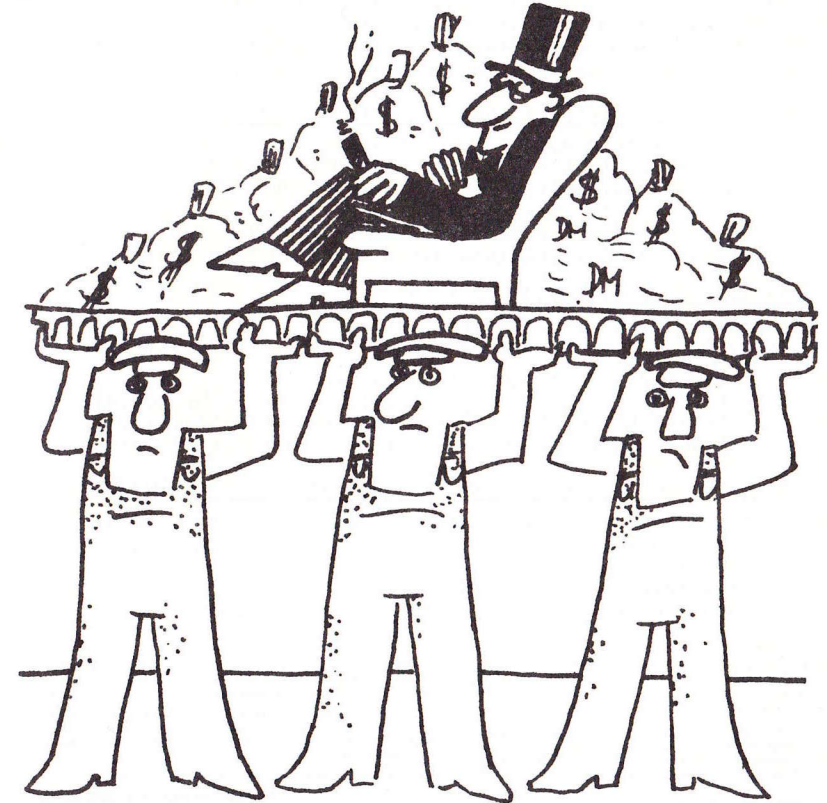


Dieter Otten

STICHWORTE ZUR POLITISCHEN OEKONOMIE

Die wichtigsten Begriffe der Kritik der Politischen Ökonomie in systematischer Reihenfolge. Eine kurze Erläuterung und zugleich eine erste, knapp gefaßte Einführung in den gegenwärtigen Diskussionsstand der marxistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft. Im Anhang einige volkswirtschaftliche (bürgerliche) Begriffserläuterungen.



(aus: links 51/74)

Bücherzettel

Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung,
für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern,
Erfahrungsberichte projektbezogener Aktivitäten etc.

★ neu 1.6.74

TEXTE ZUR SCHULUNGSARBEIT

Herrschaftsstruktur und Eigentumsverhältnisse in der BRD.....	-,50
Die Macht der Konzerne I	-,50
Sozialstaatsillusion, zur Aktualität der marxischen Staatstheorie.....	-,50
Kritik des Reformismus	-,50
Zur Aktualität der marxischen Krisentheorie	-,50
Die Macht der Konzerne II	-,50
KARL KORSCH, Einführung in den Marxismus für Anfänger	1,-
HUFFSCHMID, MANDEL u.a., Zur Lage der Arbeiterklasse in der BRD. 1,-	-
Thesen des Bundesstrategiekongresses der Jusos, 1971 Hannover ..	-,50
Thesen zu Massenmobilisierung und Organisation	-,50
Was hat der Arbeiter von der "sozialen Marktwirtschaft"?	-,50

Schulungsmappe (enthält alle vorstehenden Texte im Ringordner). 8,-

- ★ Was hat der Arbeiter von der "sozialen Marktwirtschaft"? II ... -,50
- ★ Was hat der Bauer von der "sozialen Marktwirtschaft"?
- ★ OTTEN, Stichworte zu politischer Ökonomie..... 5,-
- ★ SCHÜTZ, METZ, Comic - die Geschichte des Tausches in Bildern... 4,-
- ★ BRÜNNECK, 25 Jahre Bundesrepublik, historischer Leitfaden..... 1,50

MATERIALIEN ZUR SOZIALISTISCHEN THEORIE UND PRAXIS

LUXEMBURG, Sozialreform oder Revolution	3,-
VESTER, Solidarisation als historische Möglichkeit	1,50
★ NEGT, R. Luxemburg-Dialektik von Spontanität und Organisation... 4,-	
★ MANDEL, Über die Bürokratie.....	2,80
KORTE, NOLLE, Grenzen und Schwierigkeiten der SPD -Politik ...	-,50
NEGT, OERTZEN, VILMAR, Gewerkschaften - Reform oder Revolution?	1,50

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

Arbeiterräte oder bürokratischer Zentralismus- CSSR 1968-	2,-
Perspektiven des demokratischen Sozialismus in Westeuropa	1,50
SOAK 1, Staat und SPD im Monopolkapitalismus.....	1,50
SOAK 2, Antimonopolistische oder sozialistische Hochschulpolitik.....	1,50
★ SOAK 3, Sozialistische Opposition, DOSSIER - JUGOSLAWIEN.....	1,-
CRUSIUS, WILKE, Thesen zu DKP und zur Linkssektierei in der BRD ..	-,50

WEITERE WICHTIGE SCHRIFTEN ZUR THEORIE, STRATEGIE UND PRAXIS

WERNSTEDT, u.a. Materialien zum Unterricht - Marxsche Theorie ..	3,-
GORZ, Reform und Revolution	2,-
GORZ, Strategie in den kapitalistischen Metropolen	1,-
MANDEL, Strategie der Übergangsforderungen	1,50
Arbeiter und Freiheitslieder, Liederbuch für Genossen	6,-

Lieferbedingungen

1. Wiederverkäufer (Buchhandel) erhalten auf die Endpreise der in diesem Prospekt verzeichneten Titel 30% Rabatt. Die Portokosten gehen zu Lasten der Empfänger. Die Lieferungen sind zahlbar 30 Tage nach Rechnungsdatum.

2. Der Einzelverkauf für Endabnehmer, die direkt beim Verlag bestellen, erfolgt gegen Vorauszahlung. Wir empfehlen, der Bestellung den Gegenwert beizulegen in Bargeld - keine Briefmarken oder als Scheck bzw. Postscheck. Bei Bezahlung mit Bestellung

erfolgt portofreie Zusendung. Wenn der Bestellung keine Zahlung beiliegt, stellen wir eine Vorausrechnung (zuzüglich Versandkosten) und liefern erst nach Bezahlung der Vorausrechnung aus.

3. Gruppen erhalten bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren eines Titels 20% Rabatt auf den Endpreis. Die Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung unter den gleichen Bedingungen wie bei Einzelabnehmern.

4. In den Preisen sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten.

Postcheck Hannover 3925 55-302

SOAK 305 Wunstorf · Postfach 231

Inhalt

Politische Ökonomie.....S. 3	Internationaler Handel und Kolonien.....S.46
Dialektische Methode.....S. 5	Monopole.....S.48
Tauschgesellschaft.....S. 7	Imperialismus.....S.51
Waren.....S. 8	Weltwährungskrise.....S.54
Marktwert.....S. 9	Inflation.....S.58
Wert und Preis.....S.11	Stagflation.....S.61
Geld.....S.12	Welthandel und ungleiche Entwicklung.....S.64
Zirkulation.....S.14	Devisenzirkulation.....S.67
Kapital.....S.16	Weltmarkt und Dritte Welt.....S.70
Kapitalismus.....S.18	Tendenzieller Fall der Profitrate und Zusammenbruchsgesetz.....S.73
Lohnarbeit und Kapital.....S.21	Klassenkonflikte.....S.76
Lohnsystem.....S.23	Lohnbewegung und Lohnkämpfe.....S.78
Gerechter Lohn.....S.25	Arbeitshetze.....S.80
Ausbeutung.....S.26	Reallohnsenkung.....S.80
Mehrwert.....S.27	Nominallohnsenkung.....S.81
Mehrwert und Profit.....S.29	Arbeiterklasse, Klassenkämpfe und Proletariat.....S.83
Konkurrenz.....S.31	Historische Rolle der Arbeiterbewegung.....S.88
Kapitalbewegung und Profitrate.....S.32	Soziale Revolution.....S.92
Krisenkreislauf.....S.34	Sozialismus.....S.97
Kapitalkonzentration.....S.37	
Finanzkapital und Konzerne.....S.39	
Kapitalistischer Nationalstaat.....S.40	
Staatliche Wirtschaftseingriffe.....S.43	

SOAK - Druck- und Verlags- Kooperative GmbH
3050 Wunstorf, Postfach 231. -Juni 1974-

Vorbemerkung

Der folgende Text ist ein Vorabdruck aus einer Materialsammlung zum Thema Unterentwicklung/III.Welt. Er hat dort die Aufgabe, Begriffe und Zusammenhänge der Kritik der Politischen Ökonomie noch einmal stichwortartig zusammenzufassen. Die Leser haben somit die Möglichkeit, Strukturzusammenhänge, welche in den anderen Materialien im Kontext politischer und wirtschaftlicher Informationen dargestellt werden, mehr theoretisch zu wiederholen und zu vertiefen.

Es hat sich aber seit der Erarbeitung dieses Textes gezeigt, daß ganz allgemein ein Bedürfnis nach einem Text besteht, der die schon bekannten Begriffe und Zusammenhänge der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie noch einmal bündig und leicht verwendbar zusammenfaßt. Dieses Interesse besteht besonders dort, wo in gewerkschaftlichen und sozialistischen Gruppen versucht wird, die konkreten politischen und innerbetrieblichen Erfahrungen auf dem Hintergrund der Kapitalismuskritik zu erörtern. Damit ergibt sich vielfach der selbe Informationszusammenhang wie im oben erwähnten Materialienbuch. Auch in der betriebsbezogenen Bildungsarbeit geht es darum, Dinge noch einmal mehr theoretisch zu überdenken, welche konkret längst erfahren und begriffen sind. Um für solche Anlässe eine erste Argumentationshilfe zu leisten, drucken wir den Text in der SOAK-Reihe - Texte zur Schulungsarbeit - ab.

Wir hoffen, daß der Text damit Eingang bei den vielen Arbeitsgruppen findet, welche sich mit der Aufarbeitung der Kritik der Politischen Ökonomie abmühen. Vielleicht ist damit auch ein Anstoß geliefert, ein altes Dilemma der Arbeiterbewegung aufzugreifen: einerseits ist eine wirklich klassenbewußte und proletarische Arbeiterbewegung nicht denkbar ohne breite Verankerung der Grundzüge der Kritik der Politischen Ökonomie innerhalb der Arbeiterbewegung; andererseits wird gerade diese Verbreitung durch den hohen Schwierigkeitsgrad der marxistischen Literatur - auch des "Kapitals" - mehr als verhindert. Man hat bisher versucht, das Problem durch Vereinfachung der

wesentlichen Gedankengänge der Theorie zu beheben. Diese Vereinfachung wurde sodann in Schulungskursen als Grundgerüst des Marxismus weitergegeben, sozusagen übersetzt auf den vermeintlichen Sprach- und Erfahrungshorizont der Arbeiterklasse. Aber das Problem der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus ist in Wahrheit kein Übersetzungsproblem! Es ist vielmehr eine Frage der Entwicklung von Klassenbewußtsein. Klassenbewußtsein wiederum ist ein Problem der richtigen, der revolutionären Bewältigung von Klassenkämpfen. Diese Aufgabe stellt sich in jedem Konflikt von Lohnarbeit und Kapital. Dem voraus geht immer eine konkrete Erfahrung von Ausbeutung und Klassenherrschaft, welche durch die Theorie allenfalls auf den Begriff gebracht werden kann. In der Arbeiterbewegung ist die Aufgabe der Theorie also nicht, Ausbeutung, Klassenherrschaft und Klassenkämpfe erst einmal bekannt zu machen. Ihre Aufgabe ist es, sie zu erklären und im richtigen Zusammenhang zu erhellen. Deshalb vermittelt sich das richtige Erkennen in der Arbeiterklasse auch nicht über 'richtige Ideen' oder über das Lesen der 'richtigen Bücher', sondern über die Bewältigung aktueller Probleme des Klassenkampfes.

Die zentrale Frage dieser Klassenkämpfe ist die Frage nach dem Wesen des Lohnes. Was ist der Lohn? Ist er eine Art Betrug und muß daher der gerechte Lohn gefordert werden oder ist das Lohnsystem als solches Ausbeutung und muß seine Aufhebung angestrebt werden? Welches sind die Folgen für die konkrete Politik, die sich aus der einen oder anderen Sichtweise ergeben? So oder ähnlich lauten die Fragen an die Theorie. Nach unserer Auffassung steht die selbe Fragestellung auch im Mittelpunkt der Marx'schen Untersuchungen in seinem Hauptwerk "Das Kapital". Gleichwohl fängt der Text ganz anders, nämlich mit der Frage danach an, was denn eine Ware sei und wie sie zustande komme. Viele verwundert dies. Aber die Antwort darauf wird einem erleichtert, wenn man sich vor Augen führt, daß der Lohn ja nur dadurch zustande kommt, daß die Arbeiter ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt als eine Ware verkaufen müssen. Will man also den Lohn ergründen, dann muß man die davor liegende Frage zuerst klären. Und die heißt nun einmal: Was ist eine Ware und welches

ist ihr Geheimnis? Weil das so ist, darum hält sich der folgende Text auch streng an den Aufbau des Kapitals und folgt ihm. In diesem Zusammenhang also, im Zusammenhang mit konkreten Problemen der Arbeiterbewegung ist die Marx'sche Theorie geschrieben und zu verwenden. Der wissenschaftliche Sozialismus ist deshalb tatsächlich die Wissenschaft der Arbeiterklasse. Sie thematisiert deren Fragen und deren Kritik am Kapitalismus bzw. deren Bedürfnisse, dieses System dialektisch aufzuheben. Also geht es bei der theoretischen Arbeit auch nicht um Marx-Übersetzungen, sondern um den richtigen Bezug der Theorie zur Praxis. Marx-Übersetzungen machen unbewußt immer noch den Lernvorgang der Intellektuellen zum Muster des Umgangs mit der Theorie (Motto: "Alles über den Kopf"), wo es in Wahrheit darum geht, die Grundlagen der Kritik der Politischen Ökonomie als Reflexionsgrundlage für die Erfahrungen der Klasse nutzbar zu machen; deshalb sind diese Stichworte möglicherweise ein Zugang zur Lösung solcher Aufgaben. Zumindest entsprechen sie dem Bedürfnis, einen Text zu haben, an dem man noch einmal rekapitulieren kann, was man in groben Zügen schon weiß bzw. erfahren hat; einen Text also, der knapp zusammenfaßt, was anderswo breit und ausgeführt entwickelt worden ist; einen Text schließlich, den man auch in der eigenen Argumentation verwenden kann, weil er 'handlich' ist (Argumentationshilfe). Diese Stichworte können dabei nur ein erster Anfang sein; sie sind in vielfacher Hinsicht noch unvollkommen und unterentwickelt. Sie bedürfen der Kritik und Selbstkritik. Jeder Hinweis, jeder Erfahrungsbericht ist deshalb willkommen. Der Text selbst ist auf ähnliche Weise entstanden, nämlich als eine Art Erfahrungssammlung aus drei Jahren Marxismusarbeitskreis mit jungen Arbeitern, Angestellten und Schülern in der VHS Bielefeld. Daß sie so geschrieben werden konnten, wie sie hier stehen ist also im wesentlichen das Verdienst der Bielefelder "Jung-Marxisten". Argumente, Aufbau und Stil der Texte entstammen nämlich dem gemeinsamen Durchleiden der Höhen und Tiefen des Marx'schen "Kapitals". Deshalb geht an dieser Stelle mein Dank an die Bielefelder Kollegen und Genossen, von denen ich wahrscheinlich mehr gelernt habe, als sie von mir!

Politische Ökonomie

eigentlich "Kritik der Politischen Ökonomie", ist die grundlegende wissenschaftliche Theorie der modernen Gesellschaft. So wie sich die Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften mit den Gesetzen der Natur beschäftigt, erforscht die Politische Ökonomie jene Gesetze, nach denen die gegenwärtige Gesellschaft funktioniert und sich entwickelt. Dabei ist ihre grundlegende Erkenntnis, daß hier alle menschlichen Beziehungen nur insoweit gesellschaftliche Bedeutung erlangen, wie sie einen wirtschaftlichen Nutzen bzw. einen finanziellen Erfolg versprechen. Dies geschieht nicht etwa absichtlich. Ursache dafür ist die Tatsache, daß die Menschen in unserer Gesellschaft nur dann in den Genuß von Waren und Dienstleistungen gelangen, wenn sie Geld haben bzw. für Geld arbeiten oder Waren herstellen und verkaufen. Man kann daher sagen: Die moderne Gesellschaft kommt überhaupt erst durch diesen Waren- und Geldtausch als Gesellschaft zustande. Woraus wiederum die für unser Zusammenleben typische Situation entsteht, daß nicht der planerische Wille der Menschen Aussehen und Entwicklung der Gesellschaft bestimmt, sondern das ökonomische Gesetz der Marktwirtschaft. Die kritische Grundthese der Politischen Ökonomie lautet also: Obwohl es allein die Handlungen der Menschen sind, welche die Gesetzmäßigkeit des Tausches von Waren, Dienstleistungen und Geld hervorbringen, werden die Menschen von eben diesen Gesetzen der Wirtschaftsordnung wie von ehernen Naturgesetzen beherrscht. Die Beziehungen von Menschen erhalten daher einen geradezu dinghaften Charakter. Sie scheinen selbständig gewordene Wirtschaftsbeziehungen und -abläufe zu sein, denen man nicht mehr ansieht, was sie eigentlich sind, nämlich menschliche Verhältnisse.

Es bedarf daher einer besonderen wissenschaftlichen Analyse, um den wirklichen Charakter ökonomischer Beziehungen

wieder erkennbar zu machen: die Kritik der Politischen Ökonomie. Diese ist also keine besondere Wirtschaftswissenschaft, sondern die Wissenschaft von den sozialen Beziehungen und ihren Gesetzen, welche sich hinter den Wirtschaftsverhältnissen und -abläufen unserer Gesellschaft verbergen.

Manche Kritiker der Kritik der Politischen Ökonomie werfen ihr nun vor, sie mache den Fehler, alle gesellschaftlichen Lebensäußerungen nur auf eine Ursache, nämlich die ökonomischen Faktoren verkürzen zu wollen.

Doch nicht die Kritik der Politischen Ökonomie macht sich hier einer Verkürzung schuldig. Sie beschreibt vielmehr, daß es die moderne, kapitalistische Gesellschaft ist, welche Tag für Tag solche Verkürzung menschlicher Möglichkeiten hervorbringt, indem sie tendenziell alles Handeln der Menschen dem Zweck der Verwertung von Kapital unterwirft. Und weil sie dies tut, wird die moderne Gesellschaft von der Kritik der Politischen Ökonomie als **W i r t s c h a f t s g e s e l l s c h a f t** kritisiert, in der der Mensch nur noch als ökonomische Größe vorkommt. Deshalb lebt der Mensch nach Ansicht der Kritik der Politischen Ökonomie von sich selbst entfremdet als Objekt (Gegenstand) und nicht als Subjekt (bewußtes Ich) der Gesellschaft.

Die Kritik der Politischen Ökonomie ist die theoretische Vollendung der klassischen Philosophie (Kant-Hegel) und der klassischen Wirtschaftstheorie (Smith-Ricardo). Ihr bedeutendster Vertreter ist bzw. war **K a r l M a r x** (1818 - 82); sein Hauptwerk: die mehrbändige Schrift "Das Kapital", Marx/Engels-Werke, Bde. Nr. 23, 24, 25. Berlin 1972.

Dialektische Methode

Die Kritik der Politischen Ökonomie hat ihre besondere wissenschaftliche Methode. Deshalb, weil unsere Gesellschaft so kompliziert ist, daß ihre Gesetzmäßigkeiten auf den ersten Blick allem widersprechen, was man alltäglich sieht, erfährt und erlebt. Die Politische Ökonomie versucht, diese Widersprüche zwischen Gesetzen und Erscheinungen unserer Gesellschaft zu erklären und aufzuzeigen, wie sie sich miteinander vereinbaren lassen. (Dialektische Methode.) Deshalb untersucht sie zunächst die Gesetzmäßigkeiten - so wie sie zusammenhängen und sich entwickeln. Dabei geht sie von den einfachsten und wichtigsten Gesetzmäßigkeiten der modernen Gesellschaft, von den Gesetzen des Warentausches aus. Folgerichtig beginnt die Untersuchung damit, was eine Ware zur Ware macht und warum sie sich gegen andere austauscht bzw. warum sie einen bestimmten Wert hat. Natürlich beginnt auch bei der Ware die Untersuchung wieder mit der allgemeinsten und einfachsten Form. Hier läßt sich nämlich am besten studieren, was Waren überhaupt einen Wert gibt, denn die einfachste Form des Tausches ist Urform und Kernstück jeder Tauschgesellschaft, auch der kapitalistischen. Was man hier analysieren (= untersuchen) kann, das muß logischerweise auch in anderen Formen des Tausches gelten. Schließlich lassen sich logische Schlußfolgerungen aus den Prinzipien des einfachen Warentausches ziehen. Auf diese Weise kann man die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Geldes, des Kapitals als Handels- und Industriekapital, der Ausbeutung und der Konkurrenz, der Krise, des Weltmarkts usw. usw. erkennen und erklären. Schließlich gelangt man auf diesem Wege bis zu den Problemen der entwickelten Kapitalistischen Gesellschaft und versöhnt zugleich den scheinbaren Widerspruch zwischen den allereinfachsten Gesetzen und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Vorgänge unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Allerdings begnügt sich die Kritik der Politischen Ökonomie nicht damit, diese Zusammenhänge als eine Art Mechanismus zu erklären. Sie sieht in der Entwicklung der Gesetzmäßigkeiten zugleich die Entwicklungsschritte unserer Gesellschaft. Natürlich im Verlauf einer langen Geschichte, in welcher auch andere Dinge den Gang der Ereignisse beeinflussen, als nur diese. Doch während solche Ereignisse unkalkulierbar und zufällig auftreten, stellen die ökonomischen Dinge den eigentlichen Motor, die Triebkraft der Geschichte dar. Mit anderen Worten: Das Studium der Gesetze ist immer auch ein Studium ihrer geschichtlichen Entwicklung, von der praktisch nur die Zufälligkeiten weggelassen worden sind.

Es ist also wichtig, sich das methodische Vorgehen der Politischen Ökonomie angemessen vor Augen zu halten. Sonst ergeben sich schon bei den ersten Gedankenschritten unnötige Schwierigkeiten. Beispielsweise geht die Wertlehre davon aus, daß der Wert einer Ware allein von der menschlichen Arbeitszeit bestimmt wird. Doch heute im Industriekapitalismus scheint das falsch. Schließlich gehen hier auch Rohstoffe, Maschinen u.v.m. in den Wert der Waren mit ein. Man geht dennoch zu Recht von dieser Annahme aus, denn erstens gilt diese Aussage für den Warentausch allgemein, und zweitens sind auch die Maschinen Ergebnisse menschlicher Arbeit und erhalten dadurch ihren Wert. Nur ist diese Arbeit schon getan und abgegolten. Deshalb muß man ihren Wert Stück um Stück auf die neuen Produkte übertragen bzw. abschreiben. Kurz: auch hier gilt die Erklärung des Wertes einer Ware. Nur etwas komplizierter, weil jetzt zwischen dem Neuwert und dem übertragenen Wert schon getaner Arbeit zu unterscheiden ist. Eine andere Verständnisklippe ist das Wort Privatproduzent: Anfangs ist damit derjenige gemeint, der tatsächlich ganz allein für den Markt produziert. Heute ist der "Normalproduzent" eine Firma oder besser die hier arbeitenden Arbeiter.

Auf dem Markt jedoch verhält sich jede Firma - wie viele

Arbeiter sie auch beschäftigen mag - wie eine Einzelperson. Sie tauscht nicht anders wie ein Privatproduzent. Für beide gelten also die gleichen Gesetze. Deshalb ist es nicht nur zulässig, sondern richtig, den Tauschvorgang in seiner einfachsten Form zu untersuchen. Denn was hier gilt, ist allgemein gültig. Die allgemeinste Erkenntnis enthält sozusagen die Erklärungsmöglichkeiten für alle komplizierteren Verfeinerungen der Marktwirtschaft. Man kann in diesem Vorgehen geradezu das Erklärungsprinzip der Politischen Ökonomie erkennen, nämlich vom Einfachen her das Komplizierte und vom Abstrakten her das Konkrete zu erfassen. Weil das so ist, darum folgen auch diese Stichworte in ihrer Reihenfolge nicht einfach dem Alphabet, sondern der logischen Reihenfolge, in der die einzelnen Tatbestände vom Tauschgesetz her zueinander stehen.

Tauschgesellschaft

Die moderne Wirtschaftsgesellschaft ist eine Tauschgesellschaft. Ihre Entstehungsgeschichte ist die Geschichte der Ausbreitung der Tauschgesetze vom ersten gelegentlichen Warentausch bis hin zum Tausch von Arbeitskraft gegen das Geld der Unternehmer.

Damit eine Tauschgesellschaft jedoch entstehen kann, sind erst einmal zwei Voraussetzungen nötig:

1. muß es schon soweit spezialisierte Berufe geben, daß jeder Arbeiter oder Handwerker normalerweise nur eine bestimmte und nicht eine ganze Reihe von Arbeiten verrichtet; und

2. muß die Güterproduktion so organisiert sein, daß jeder Handwerker oder Unternehmer die Güterherstellung auf eigene Faust, also als ungeplante, private Initiative, unternimmt.

Eine Tauschgesellschaft ist also eine privatwirtschaftliche Gesellschaftsordnung. Und dies heißt: die Produzenten, die Handwerker und Unternehmer kommen in dieser Gesellschaft nur in den Genuß der Arbeit des anderen, wenn sie ihre Güter untereinander austauschen. Daher kommt es auch, daß die Mehrzahl aller Güter von vornherein für den Tausch und nicht für den eigenen häuslichen Bedarf hergestellt werden. Den Bedarf der Menschen decken sie in der Regel erst, nachdem sie eingetauscht oder gekauft worden sind. Mit einem Wort: eine Tauschgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr alle Güter als **W a r e n** produziert werden.

Waren

sind ausschließlich für den Markt hergestellte Dinge und Güter. Für den Hersteller haben die Waren nur einen Wert als Tauschmittel. Den Verbraucher dagegen, der die Waren kauft, interessiert nur derjenige "Wert" (besser: die Leistung), welchen die Waren für seinen Gebrauch oder besser Verbrauch haben. Mit anderen Worten: Waren haben einen Tauschwert (auf dem Markt) und einen Gebrauchswert (im privaten oder öffentlichen Konsum). Daß sie einen Gebrauchswert haben, ist nicht schwierig zu erkennen: Man würde wohl keine Ware herstellen, wenn sie niemand gebrauchen könnte oder wenn sie zu nichts nütze wäre. Des-

halb kann man sagen: Daß eine Ware Gebrauchswert besitzt, heißt nichts anderes, als daß man sie zu irgendetwas benutzen kann bzw. sie zu irgendetwas benötigt. Wirtschaftlich messen kann man den Nutzen natürlich nicht, man kann ihn nur feststellen. Schwieriger liegt es mit dem Tauschwert, der wirtschaftlich meßbaren Seite von Waren. Die Schwierigkeit besteht darin, daß er zwar jeder einzelnen Ware als deren besondere Eigenschaft anzuhaften scheint, andererseits aber für die unterschiedlichsten Waren gilt, sofern sie nur denselben Wert haben und in dieser Beziehung gleich sind. Irgendwie ist der Tauschwert einzelner Waren also Ausdruck für den gemeinsamen Wert, den verschiedene Waren untereinander haben. Genauer gesagt liegt die Sache so: wenn man tauscht, dann gibt man keine wertvollen Schmucksachen für billigen Tand her. Im Gegenteil, man gibt eine genau abgemessene Menge bestimmter Waren (10 Ltr. Benzin, 8 Tafeln Schokolade oder 4 Dutzend Eier) nur gegen eine andere Menge ab, wenn diese genauso wertvoll ist wie der eigene Tauschgegenstand.

Marktwert

bzw. der Wert der Waren ist **d a s**, was die unterschiedlichsten Güter gemeinsam haben: sie alle sind Produkte menschlicher Arbeit, und der Wert, als Maßstab, ist die zur Herstellung von Waren benötigte **A r b e i t s - z e i t**. Der Wert ist also nichts anderes als eine Form, die **Z e i t**, die man für eine Warenherstellung benötigt,

zu messen und anzugeben. Ganz klar also, daß der Tausch von unterschiedlichen Warenmengen mit gleichem Wert (6 Flaschen Schnaps gegen 120 Ltr. Heizöl) nicht bloß ein "wirtschaftlicher Vorgang" ist, sondern ein Austausch der Arbeitszeit von Menschen. Der Wert der Waren hat nun zwei gesellschaftliche Aufgaben: zunächst regelt er die Verteilung der Güter unter den Gesellschaftsmitgliedern: wer eine Ware herstellt und verkauft, bekommt die gleiche Menge Arbeitszeit in Form einer anderen Ware oder in der Form von Geld wieder herein. Aber der Wert der Waren regelt nicht nur die Güterverteilung. Er steuert auch und vor allem die Bedingungen, unter denen die Güter in einer Gesellschaft hergestellt werden. Dies geschieht dann, wenn mehrere Hersteller die gleiche Ware anbieten, zu deren Herstellung aber unterschiedliche Produktionszeiten benötigen. Derjenige, welcher die Ware in der kürzesten Zeit herstellt, ist nicht nur der billigste Verkäufer, sondern auch der, welcher seine teureren Konkurrenten in der Konkurrenz bald aus dem Rennen geworfen hat. Wollen die anderen nicht völlig pleite gehen, dann müssen sie versuchen, mindestens ebenso schnell zu produzieren. Nun weiß jeder, daß die Herstellungszeit für Waren nicht einfach vom Fleiß der Arbeiter abhängt. Viel entscheidender sind die Techniken, Werkzeuge, Maschinen und auch die Kenntnisse der Arbeiter, und von ihnen hängt im wesentlichen die Anzahl der Waren ab, welche man in einer Stunde herstellen kann. Andersherum gesagt, sie bestimmen die Herstellungszeit für die einzelne Ware. Diese ist schließlich nichts anderes als Arbeitsstunde geteilt durch die Anzahl der Produkte.

Wenn unsere Produzenten nun versuchen, den Wettbewerbsvorteil des billig verkaufenden Konkurrenten auszugleichen, dann versuchen sie tatsächlich, seinen Vorsprung an höher entwickelten Techniken einzuholen. Kurz: der unterschiedliche Tauschwert der gleichen Ware zwingt die technisch weniger entwickelten Herstellungsbetriebe, solange ihre Produktionsbedingungen zu verbessern, bis sich

überall die gleichen Methoden durchgesetzt und zu einem überall vergleichbaren Wert der Waren geführt haben.

So bildet sich in allen Produktionszweigen ein und derselben Gesellschaft ein durchschnittliches Wertmaß heraus. Erst jetzt kann man von einem regelmäßigen Tausch sprechen, denn von nun an ist überall für gleiche Tauschbedingungen gesorgt. Nur noch im Fernhandel mit weiterentwickelten oder zurückgebliebenen Ländern wird sich der Wettbewerbsvorteil auf Dauer ausnutzen lassen:

- handelt man mit höher entwickelten Ländern, dann kann man dort billige Waren einkaufen, welche zu Hause aber sehr teuer sind. Der Unterschied von Einkaufs- und heimischem Verkaufspreis dürfte dann einen beträchtlichen Gewinn ausmachen;
- handelt man mit unterentwickelten Ländern, dann kann man seine billig produzierten Waren zu den dort gültigen hohen Preisen verkaufen und macht dabei denselben Gewinn wie oben.

Wert und Preis

Man kann auf keinem Markt die Preise so machen, wie man will. Wer es dennoch versucht, wird bald spüren, daß es nicht geht. Entweder wird die Konkurrenz einen zu hohen Preis verderben. Oder man schadet sich mit zu niedrigen Preisen einfach selbst. Kann man jedoch billiger anbieten, weil man schneller herstellt als die Konkurrenz, dann werden die anderen gezwungen, ebenso schnell zu pro-

ausieren und den Vorsprung einzuholen - weil sie ja nicht pleite gehen wollen.

Wie man es also dreht und wendet, über kurz oder lang richten sich die Preise nach der in den Waren enthaltenen Arbeitszeit, also nach dem Warenwert. Natürlich kann jeder Händler oder Unternehmer willkürlich die Preise herauf- oder herabsetzen, aber die Marktgesetze (bzw. das Wertgesetz) sorgen nach kurzer Frist dafür, daß dieser Spaß nicht lange währt. So spielt sich mit gelegentlichen Abweichungen auf a l l e n Endverbrauchermärkten (für Industriemessen und Großhandel siehe unter: Profit) ein Marktpreis ein, der tatsächlich nichts anderes ist als der G e l d a u s d r u c k des Wertes. Anders gesagt: Mark und Pfennig drücken aus, wieviel gesellschaftliche Arbeitszeit in einer Ware enthalten ist und geben den Wert im Preis an. Bleibt die Frage, wie die Werte zu ihrem Geldausdruck kommen. Schließlich gibt es in keiner Tauschgesellschaft eine Behörde, welche Warenwerte in Preise umrechnet und dafür genaue Geldbezeichnungen nennt. Tatsächlich bilden sich die Preise auf dem Markt selbst und auch der Geldausdruck entsteht von selbst. Und das ist kein Zufall. Denn:

Geld

oder besser gesagt Zahlungsmittel, ist eigentlich schon in jedem Tausch vorhanden, auch wenn man einfach zwei Waren, z.B. 1 Kiste Zigarren gegen 2 Flaschen Korn tauscht: Für die beiden Tauschpartner spielen Schnaps und Zigarren nämlich eine sehr unterschiedliche Rolle. Jeder Partner

interessiert sich für den Gebrauchswert der Ware, die ihm noch nicht gehört. (Der Tabakhändler will den Schnaps - um ihn zu trinken; und der Spirituosenhändler will die Zigarren - um sie zu rauchen, versteht sich.) Seine eigene Ware ist für ihn nichts anderes als Z a h l u n g s - m i t t e l. (Die eigene Ware hat für den Verkäufer keinen Gebrauchswert mehr, denn man tauscht grundsätzlich nur das, was man nicht mehr braucht, brauchen kann, brauchen will usw.) Der einzige Unterschied zur modernen Tauschgesellschaft besteht darin, daß das Geld nicht als selbständiges Zahlungsmittel existiert, sondern noch an eine ganz normale Ware gebunden ist. Deshalb ist in diesem Fall das Geld - obwohl vorhanden - nicht gleich erkennbar; es ist in der Ware so gut wie verborgen, weil die Zigarren oder der Schnaps eben in erster Linie nicht Geld, sondern Konsumgegenstände sind. Von regelrechtem Geld kann man also erst dann sprechen, wenn es eine Ware gibt, die zu nichts anderem mehr gebraucht wird, denn als Zahlungsmittel. Natürlich hat diese Ware einen Gebrauchswert; aber der besteht nur darin, daß man sie besonders gut als Zahlungsmittel benutzen kann. Deshalb macht es bei einer solchen Ware keine Schwierigkeiten mehr zu erkennen, daß ihr Tauschwert ein allgemeines Zahlungsmittel oder besser: der Ausdruck einer bestimmten Wertgröße schlechthin ist. Man kann sogar sagen: wenn es eine solche Ware gibt, dann hat sich der Wert der Waren selbständig gemacht, und zwar nicht etwa sinnbildlich, sondern tatsächlich. Er kann dies nämlich tun, weil der Wert gar keine dinglich-stoffliche Eigenschaft des Gebrauchsgegenstandes ist. Er ist vielmehr - wie wir sahen - eine gesellschaftliche Beziehung. Diese Beziehung besteht ja losgelöst (= abstrakt) von jeder Ware. Mit den Waren hat sie nur insoweit zu tun, als die Beziehung erst im Warentausch zustande kommt. Die Arbeitsbeziehungen bzw. der Wert sind also abstrakt. Das Geld, als selbständiges Tauschmittel, drückt daher nur diesen losgelösten Charakter abstrakter Arbeit aus. Geld ist dazu in der Lage, weil es von vornherein eine Ware

ist, die eben nur für das Tauschen selbst geeignet ist. Die besonderen Waren, welche sich im Laufe der Zeit als Geldwaren herausbildeten, sind die Edelmetalle Gold und Silber. Warum es gerade diese waren, ist nun nicht mehr schwer zu erklären: Sie entwickelten sich deshalb zu Geldwaren, weil sich ihre physikalischen Eigenschaften (also ihr Gebrauchswert) besonders gut für die Geldaufgabe eignen. Gold und Silber kommen in der Natur ziemlich rein vor, man muß sie nicht erst lange veredeln. Gold und Silber sind sehr haltbar, sie rosten nicht, setzen keinen Grünspan an usw. Sie lassen sich leicht verarbeiten, sind leicht zu zerteilen und auch leicht zu prägen. Und schließlich ist es sehr schwer, große Silber- bzw. Goldmengen zu finden. Deshalb ist der Tauschwert des Goldes hoch. Ein weiterer Vorteil, denn der Wert einer Arbeitsstunde stellt sich bei solchen Waren schon in wenigen Gramm dar. Großer Reichtum nimmt als Gold z.B. nur einen kleinen Platz ein. Bis heute hat sich u.a. Gold als die beste Geldware herausgestellt. Es ist zur unmittelbaren, selbständigen und in allen Gesellschaften direkt gültigen Wertform geworden. Es ist der reinste Ausdruck und Maßstab eines gesellschaftlichen Verhältnisses von Arbeitsstunde: Die Menge Gold nämlich, welche man in einer Stunde herstellt, ist der durchschnittliche Wert der menschlichen Arbeitsstunde auf einem einheitlichen Markt. Deshalb und nur deshalb tauscht es sich auch überall in einer Gesellschaft gegen die unterschiedlichsten Warenmengen aus.

Zirkulation

Sobald es in einer Tauschgesellschaft Geld gibt,

verdoppelt sich der Tauschvorgang. Man tauscht zweimal: einmal Waren gegen Geld und dann Geld gegen Waren (abgekürzt W-G-W). Die Warenwelt verdoppelt sich selbst damit und besteht aus den Waren auf der einen Seite und dem Geld als allgemeinem Ausdruck der Warenwerte auf der anderen. Deshalb müssen die Mengen der hergestellten Warenwerte und die umlaufende Geldmenge auch immer gleich sein, wie in einer mathematischen Gleichung. Dies ist die Grundlage dafür, daß zwischen Geld und den Waren ein beständiger Kreislauf funktionieren kann: die Zirkulation von Waren und Geld. Daß sie andererseits durch die Existenz von Geld notwendig ist, liegt auf der Hand: weil nämlich Geld keinen direkten Gebrauchswert hat, hat sein Besitz nur Sinn, wenn man es wieder austauscht gegen Waren:

G

W

Die besondere Goldware, also Gold oder Silber, tritt immer in bestimmten Mengen bzw. mit bestimmtem Gewicht auf. Jedes Land prägt ihr dies auf und gibt ihr einen besonderen Namen: man nennt sie Dollar, Gulden, Mark, Sterlin usw. Die einzelnen Nationen schufen sich damit ihre Münzen bzw. ihre nat. Währungen. Allmählich wurden die Gold- und Silbermünzen jedoch durch Papier oder Hartgeld ersetzt, denn es ist schon ziemlich mühselig, größere Geldwerte in schwerem Gold mit sich herumzutragen.

So schuf man als Stellvertreter für Gold Banknoten, deren aufgedruckter Wert vom Staat festgesetzt wird und natürlich einer dahinter stehenden Geldmenge, der sogenannten Golddeckung entspricht. Früher konnte man daher jede Banknote gegen Gold wieder eintauschen. Direkt gegen Gold sind auf dem westlichen Weltmarkt im Moment nur sogenannte Re-

servewährungen, z.B. wie der Dollar, tauschbar. Da man aber jede Währung gegen Dollar tauschen kann, ist auch heute noch gesichert, daß jede Banknote mit Gold gedeckt wird.

Die nationalen Staaten setzen den Wert ihrer Währung durch sogenannte Wechselkurse fest. Mit anderen Worten: sie geben soviel Gold, wie die jeweilige Grundeinheit ihrer Währung wert ist. So entspricht die DM heute etwa 0,31 gr. Feingold, der Dollar 0,806 gr. und der Holländische Gulden 0,30 gr. Die Staaten können damit also nicht den Wert des Geldes festlegen; der ist ja abhängig von der Goldproduktion. Sie können nur festlegen, der wievielte Teil einer **Unze** Gold ihre Mark, ihr Dollar usw. ausmachen soll. So ist also gesichert, daß auch bei Banknoten das Gleichgewicht von Geld und Warenwerten erhalten bleibt.

Sollte ein Staat aber mehr Noten drucken, als produzierte (Waren-)Werte vorhanden sind, sinkt dementsprechend der Wertausdruck der Banknoten (Inflation).

Kapital

Wenn Geld im Grunde ein selbständig gewordenes gesellschaftliches Verhältnis ist, dann gilt das für Kapital erst recht. Denn Kapital ist nur eine besondere Verwendungsart von Geld und damit eine besondere Art von selbständig gewordenem gesellschaftlichen Verhältnis.

Verwendet man Geld als einfaches Zirkulationsmittel, dann bekommt man es für eine Ware oder Dienstleistung und will es auch so schnell wie möglich wieder in Waren umsetzen. Von Geld oder Gold kann keiner leben.

Bei Geld als Kapital ist es genau umgekehrt. Hier braucht man am Anfang Geld (Startkapital). Erst dann kauft man

Waren. Doch beileibe nicht zum eigenen Verbrauch. Man kauft, um sie zu verkaufen. Die einfache Zirkulation steht also auf dem Kopf: statt W - G - W hieße es G - W - G. Doch das allein gäbe keinen Sinn. Das eigentliche Ziel dieser verdrehten Zirkulation ist nämlich nicht bloß, Waren zu kaufen und zu verkaufen. Vielmehr geht es darum, sie zu einem höheren als dem Einkaufspreis zu verkaufen. Wird Geld zu Kapital, ist das Ziel der Zirkulation: Geld zu vermehren. (Zirkulationsformen $G - W - G^+$)

Deshalb sucht jeder, der Geld als Kapital verwendet, gekaufte Waren so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Am liebsten, weil einfacher, wäre ihm sogar, das Geld ohne Warenhandel zu vermehren und für Geld sofort mehr Geld zu bekommen ($G - G^+$). Ist es schon schwierig zu erklären, wieso man eine Ware billiger einkaufen und teurer verkaufen kann - in der letztgenannten Form ist die Vermehrung des Geldes vollends mysteriös. Wer Geld mit Zinsen verleiht (darum handelt es sich nämlich bei $G - G^+$) kann als einzigen Grund für sein Wuchern aufführen, daß er das Kapital anstatt zu verleihen auch in Handels- und Industriegeschaften anlegen könnte, und dann hätte er bestimmt 10 % Zinsen oder mehr bekommen. Mit anderen Worten: Die tatsächlichen Gewinne von Handel- und Industriekapital rechtfertigen hier den Zins von Leihkapital. Sozusagen als Entschädigung für dort entgangenen Gewinn. Das Geheimnis der wunderbaren Geldvermehrung liegt also im Handels- und Industriegewinn selbst.

Freilich: Handels- und Leihkapital (manchmal auch Wucherkapital) sind nicht nur die einfacheren, sondern auch die ersten Formen von Kapital. Schon in der einfachen Tauschwirtschaft des Mittelalters und der Neuzeit (12. bis 15. Jh.) gab es Handelskapitalisten und Bankiers. Der Handel lebte davon, in den höher entwickelten Ländern des Ostens billige Waren einzukaufen, welche zu Hause als Luxuswaren galten und teuer verkauft werden konnten. Der

Zugewinn war so groß, daß auch nach Abzug der sicher hohen Transport- und Reisekosten usw. ein stattlicher Profit übrigblieb. Bankiers hingegen lebten davon, daß sie Händlern das Geld vorstreckten oder es an Fürsten, Ritter und andere Standespersonen verliehen.

Allerdings blieben Handel- und Kapitalgewinn beschränkt. Der Osten war weit, Handelsreisen dauerten Jahre, oft Jahrzehnte und im Westen gab es wenige Waren, welche man überhaupt tauschen konnte. So blieb der Handel eine Randerscheinung und Kapital auch. (Zumindest so lange, wie es nicht gelang, mit der industriellen Produktion selbst Gewinne zu machen und Waren zu haben, deren Herstellung weniger kostet als der Tausch auf dem Markt einbringt!)

Kapitalismus

Erst wenn die Geldwirtschaft sich überall ausgebreitet hat und Kapital nicht nur Handel und Geldverleih, sondern auch die Industrie beherrscht, dann kann man von kapitalistischer Wirtschaft sprechen. Hat diese Wirtschaft sich überall durchgesetzt und bestimmen ihre Prinzipien und Gesetze auch Kultur, Verfassungs- und Rechtswesen sowie die Politik, dann kann man diese Gesellschaftsordnung Kapitalismus oder kapitalistische Produktionsweise nennen.

Kapitalismus ist also nichts anderes als eine besondere Epoche der Tauschgesellschaft. Oder besser: die Epoche, in der sich der Warentausch in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgebreitet hat.

Jetzt gilt für das ganze Wirtschaftsleben, was man bis dahin nur für den Handel sagen konnte: alles Wirtschaften wird nicht mit dem ersten und obersten Ziel unternommen, die Gesellschaft mit Waren zu versorgen; Ziel ist nun, das Geld zu vermehren, was man in Industrie und Handel angelegt hat. Die Gewinnerwartung wird zum Sinn des Wirtschaftslebens. Daß dabei auch die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden, ist allein der Tatsache zu verdanken, daß sich Gewinne nur dann machen lassen, wenn Waren zur Bedarfsdeckung hergestellt und verkauft werden. Aber der Mensch und seine Bedürfnisse stehen nicht im Mittelpunkt der Wirtschaftsüberlegungen, sie sind nur deren materielle Voraussetzung. Welche Verdrehungen das Wirtschaften hierdurch erfährt, liegt auf der Hand: Bedürfnisse werden nur dann und so lange befriedigt, wie Gewinne erwartet werden. Bedürfnisse haben nur dann ein Recht auf Befriedigung, wenn damit Kapital in Industrie und Handel vermehrt wird. Alle Bereiche, die keine Gewinne in Aussicht stellen, bleiben unbefriedigt und unterentwickelt: So zum Beispiel das Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung, der öffentliche Verkehr, aber auch die Warenproduktion in unrentablen Industriezweigen, wo die Gewinnerwartung gering, die Versorgung der Menschen aber unverzichtbar ist. (Ein gutes Beispiel für das Letztere sind die aktuellen Strukturkrisen in der Bundesrepublik.) Mit einem Wort: Gewinnerwartung ist das eigentliche Gesetz unserer Wirtschaft. Gewinnerwartung bestimmt, wo und was produziert wird. Gewinnerwartung entscheidet darüber, wer Arbeit erhält, wie Arbeitsplätze aussehen, und vieles mehr. Doch wie entsteht Gewinn? Ganz allgemein dadurch, daß Handels- wie Industrieunternehmen etwas billiger einkaufen als verkaufen. Das heißt, am Ende eines Handelsgeschäfts auf dem Verbrauchermarkt werden Waren verkauft, welche mehr wert sind, als sie auf dem Einkaufsmarkt gekostet haben. Oder: am Ende der Industrieproduktion werden Waren verkauft, die mehr wert sind, als alle jene Waren, welche man zu ihrer Produktion benötigt hat. Gewinn macht also

derjenige, welcher einen solchen Wertüberschuß oder Mehrwert verkaufen oder beziehungsweise in Geld verwandeln kann. Beim Fernhandel des Mittelalters war der Ursprung des Wertüberschusses leicht zu erklären: die Handelsgesellschaft nutzte nur aus, daß im Fernen Osten Dinge billig hergestellt wurden, die auf dem heimatlichen Verbrauchermarkt teure Luxusgüter waren. Beim modernen Industrie- und Handelskapital reicht diese Erklärung allerdings nicht aus. Hier kauft der Handelsunternehmer schließlich auf dem selben Markt, auf dem er auch verkauft. Hier gelten folglich gleiche Tauschbedingungen für Ankauf wie für Verkauf. Soll das Handelsunternehmen Gewinn machen können, muß es vom Industrieunternehmer zwangsläufig einen Preisnachlaß erhalten und damit einen Teil des Mehrwertes übertragen bekommen. Natürlich schenkt keiner dem anderen etwas. Schon gar nicht etwas vom Gewinn. Das Industrieunternehmen muß also seinen Nutzen davon haben, und der liegt darin, daß das Industrieunternehmen mit diesem Preisnachlaß sehr viel schneller und sicherer große Warenmengen absetzen kann. Damit kommt sein Geld schneller wieder 'rein, die Wartezeiten werden verkürzt und die Industrieproduktion kann weiter angekurbelt werden. Daran sieht man, daß die Industrieproduktion allein die Quelle des Warenwertes und damit des gesamten Mehrwertes ist. Der jeweilige Gewinnanteil von Industrie und Handel entsteht also durch eine Art Aufteilung des volkswirtschaftlichen Wertüberschusses aus der industriellen Produktion. Das wirklich Entscheidende, das moderne Kapital unserer Gesellschaft, ist deshalb das Industriekapital. Völlig klar also, daß sich der Kapitalismus voll und ganz erst durch die Industrie entfalten kann. Die wirkliche Erklärung unserer Wirtschaftsordnung liegt also in der Erklärung des Industriekapitalismus und seiner Gesetze.

Lohnarbeit und Kapital

Wenn jemand sein Geld als Industriekapital anlegen will, benötigt er drei Dinge, nämlich:

1. Maschinen, Geräte und Werkzeuge,
2. Rohstoffe und Fertigteile,
3. Arbeitskräfte.

Diese Dinge muß er kaufen oder kaufen lassen. Die Maschinen, Rohstoffe und Fertigteile auf dem Industriefertigmarkt, die Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt entsteht allerdings nicht so ohne weiteres. Dafür sind einige besondere Bedingungen erforderlich. Die wichtigste ist, daß es überhaupt Leute gibt, welche ihre Arbeitskraft gegen Kapital tauschen wollen. Selbständige, Handwerker oder Händler werden, solange sie ein Auskommen haben, ihre Arbeitskraft sicher nicht verkaufen. Unfreie Menschen, Sklaven, Leibeigene und Gefangene können es nicht, selbst wenn sie es wollten. Deshalb setzt der Arbeitsmarkt voraus, daß es freie Arbeiter gibt, also Menschen, die nur ihr Arbeitsvermögen und keine anderen Wirtschaftsgüter als Einkommensquellen besitzen. Diese Arbeiter kommen zwar wie in jedem Tauschgeschäft durch Austausch von Ware und Geld zu ihrem Einkommen, aber die Ware, die sie verkaufen, ist keine gewöhnliche, sondern eine höchst eigentümliche, nämlich ihr eigenes Arbeitsvermögen. Diese Ware verkaufen sie auch nicht an irgendwen, sondern an einen Unternehmer. Für diesen ist das Arbeitsvermögen der Arbeiter ein Produktionsgut wie andere auch. Er gibt dafür einen Teil seines industriellen Kapitals, nämlich seinen Lohn und kauft die Ware damit an. Für ihn hat das Arbeitsvermögen des Arbeiters also wie jede andere Ware einen Tauschwert und einen Gebrauchswert. Tauschwert und Preis bemessen sich, wie man weiß, nach der notwendigen Herstellungszeit für die Ware, und der Gebrauchswert ist

nichts anderes als die Warennutzung für den Käufer.

Beweis es sich um "normale" Waren handelt, ist dies alles sonnenklar. Nicht klar ist es bei einer Ware wie Arbeitsvermögen. Wie kommt deren Wert zustande? Was ist hier die notwendige und durchschnittliche Produktionszeit der Arbeitswelt? Und zu allererst, was heißt überhaupt Arbeitsvermögen als Ware produzieren? Und wer produziert schließlich Arbeitsvermögen? Doch wohl niemand anderes als der Arbeiter selbst, denn indem er sich am Leben erhält, produziert er auch seine Kraft zum Arbeiten! Aber zum Leben gehört nicht nur Essen und Trinken, sondern auch die Aufziehung von Kindern, deren Ausbildung und Gesunderhaltung. Schließlich auch die Versorgung von Alten und Kranken, sowie der Unterhalt für Personen, die den Haushalt machen und nicht selbst verdienen können. Die Kosten dafür, die Lebenshaltungskosten also, machen den Wert des Arbeitsvermögens aus. Der Wert wird freilich nicht nach irgendwelchen Kosten bestimmt, sondern nach den gesellschaftlich durchschnittlichen. Die notwendigen Lebenshaltungskosten der Arbeiter, also zwangsläufig die Ausgaben, welche dem Lebensstandard entsprechen, den die Arbeiter einmal erreicht haben. Heute sind dazu durchaus das Auto, der Fernseher, der Kühlschrank ebenso zu zählen, wie die Ferienreise u.v.m. Dies alles ist heute das Mindeste zum Leben!

Der Lohn, so kann man sagen, ist der Preis bzw. die Geldsumme für den Wert des Arbeitsvermögens. Er entspricht damit den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten des Arbeiters und seiner Familie.

Es ist damit ganz klar, daß der Lohn nicht mit der Arbeitsleistung des Arbeiters zu tun hat. Die Arbeitsleistung ist nämlich genau besehen der Gebrauchswert der Ware Arbeitsvermögen. Der Unternehmer erwirbt sie zu einem Preis, der zwangsläufig nicht mit dem Gebrauchswert zu tun hat. Durch den Kaufvertrag und die anschließende Bezahlung der Ware hat er wie bei jedem anderen Gut die alleinigen Nutzungsrechte. Daß im Lohnarbeitsverhältnis Bezahlung und Lei-

stung wirklich auseinanderfallen, dafür sorgt der Arbeitsvertrag, also der Kaufvertrag für Lohnarbeit und Kapital. Er legt den Kaufpreis, d.h. den Lohn, fest; und er bestimmt den Gebrauchswert, wenn er festlegt, wie lang der Unternehmer die Arbeitskraft für den vereinbarten Lohn gebrauchen kann!

Lohnsystem

Der Arbeitsvertrag zwischen dem freien Lohnarbeiter und dem Unternehmer besiegelt ein Herrschaftsverhältnis. Der Arbeiter ist zwar kein Knecht und schon gar kein Sklave. Aber in dem Moment, wo er einen Arbeitsvertrag abschließt, unterschreibt er eine Abtretungsurkunde. Er gibt damit nämlich sein Anrecht auf den von ihm geschaffenen Reichtum an seine Firma ab. Der Unternehmer verfügt allein über den durch Arbeit produzierten Reichtum, und als Klasse verfügen die Unternehmer gemeinsam über den gesamten täglich erarbeiteten Reichtum der Gesellschaft. Folglich herrschen sie auch über die Entwicklung der Gesellschaft, über das Schicksal der Arbeitsplätze, deren Sicherheit und Ausstattung usw. usw. Mit anderen Worten: Sobald Unternehmer über Reichtum verfügen, haben sie nur ein Interesse: Sie wollen Reichtum in Kapital verwandeln. Und deshalb setzen sie alles Geld immer wieder nur dort ein, wo es Gewinn verspricht - egal, was mit den anderen Lebensbereichen wird, egal, was es für Folgen für Mensch und Natur hat.

Das und nur das ist die besondere Herrschaftsmethode in unserer Gesellschaft: Das wirtschaftliche Gewinninteresse des Kapitals herrscht über das Lebensinteresse der Menschen. Die Herrschaftsordnung wird dadurch ziemlich undurchschaubar. Aber jeder, der Lohnarbeit leistet, weiß: Wer Kapital hat, herrscht - und wer Lohnarbeit leistet, ist ein Untertan. Nur, daß die Lohnarbeiter die Herrschaft praktisch bloß am Arbeitsplatz erleben und in der Freizeit tatsächlich frei sind. Anders gesagt: Das ganze Problem der kapitalistischen Herrschaft besteht darin, daß hier in der Regel nicht mit politischer Willkür und Gewalt geherrscht wird, sondern mit rechtlich einwandfreien Vertragsabschlüssen! Der Arbeitsvertrag ist eine freiwillig unterschriebene Urkunde, mit der man seine Arbeitskraft für acht Stunden pro Tag vermietet, abtritt, beherrschen läßt. Und wenn man seinen Lohn bekommt, wenn man also genug Geld erhält, um einigermaßen über die Runden zu kommen, dann scheint nichts dagegen einzuwenden zu sein. Schließlich wollen die meisten Menschen nur anständig leben. Wenn sie das können, sind sie auch mit Recht zufrieden. Dafür nimmt man schon in Kauf, daß man am Arbeitsplatz nicht frei ist. Hauptsache: "Gerechter Lohn für gerechte Arbeit" - sagen die meisten. Und das ist der Punkt: Weil keiner so recht weiß, welche Werte er in acht Stunden täglich herstellt, weil alle vielmehr glauben, der Lohn entspreche so ungefähr ihrer Arbeitsleistung, darum merken sie nicht, wieviel Reichtum sie ihrer Firma täglich abtreten. Und darum ist ihnen auch selten klar, daß die Herrschaft des Kapitals nicht bloß darin besteht, einen Vorgesetzten zu haben, der zur Arbeit hetzt: Und darum ist ihnen ebenfalls selten klar, daß sie wirtschaftlich ausgebeutet werden, sobald sie Lohnarbeit leisten - gut bezahlte wie schlecht entlohnte.

Gerechter Lohn

Ausbeutung ist nach der Ansicht vieler Leute eine Art Betrug. Sie reden von Ausbeutung nur dann, wenn für harte Arbeit zuwenig Lohn gezahlt wird! Andererseits glauben sie, daß bei gerechter Entlohnung niemand ausgebeutet wird. Gerechter Lohn für gerechte Arbeit, das ist ihre gewerkschaftliche Forderung. Dem ist entschieden zu widersprechen. Denn diese Ansicht geht davon aus, daß der Lohn eine Bezahlung für die Arbeitsleistung des Arbeiters, also für den Gebrauchswert, den die Arbeitskraft für den Unternehmer hat, sei. Bei normalen Gütern sowie bei der Ware Arbeitskraft meint man leicht, der Preis habe etwas mit dem Nutzen der erworbenen Ware zu tun bzw. mit der Leistung für den jeweiligen Nutznießer. Daher kommen viele auf die Idee, Qualität bestimme den Preis. Auch bei der Arbeitskraft. Hier ist es dann nur die Tagesleistung. Der Irrtum kommt zustande, weil der Wert nur im Tausch von Gütern ausgetauscht wird, und weil sich die Menschen nur wegen des Erwerbs von Gebrauchsgegenständen und deren Nutzen zu einem Tauschgeschäft bereitfinden. In Wirklichkeit aber besteht der Wert losgelöst vom Nutzeffekt der Waren. Es ist eine Beziehung von Menschen, die sich nach der gesellschaftlich bestimmten Arbeitszeit für jedes Gut miteinander in Verbindung setzen.

Also auch zum Erwerb der Arbeitskraft bzw. zu deren Tausch gegen das Kapital des Unternehmers. Folglich ist auch hier der Wert durch die durchschnittliche Produktionszeit, also die Zeit, welche in den Lebenshaltungskosten enthalten ist, bestimmt. Der Lohn als Geldausdruck für diesen Wert muß dem auf's Ganze gesehen entsprechen. Zwar ist auch der Lohn Schwankungen unterworfen - manche Unternehmer versuchen, die Arbeitskraft unter ihrem Wert zu kaufen. Aber dem folgen i.d.R. Lohnkämpfe und gleichen es aus. Der Lohn ist daher über längere Zeit besehen tatsächlich

das Entgelt für die Lebenshaltungskosten. Der Lohn ist dann auch der arbeitsmarktgerechte Preis für das Arbeitsvermögen. Er ist unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten die einzig gerechte Form der Entlohnung, denn hier gelten als Maßstab die Regeln des Tausches von gleichgroßen Werten und nichts anderes.

Der marktgerechte Lohn schließt Ausbeutung nun keineswegs aus. Im Gegenteil. Er ist überhaupt erst die Voraussetzung für die Ausbeutung und damit für den Unternehmergewinn.

Also: Nicht zuwenig Lohn, sondern Lohnarbeit als solche schafft dem Unternehmer Gewinn!

Nicht, bei der Lohnzahlung betrogen zu werden, ist Ausbeutung, sondern seine Arbeitskraft als Ware verkaufen zu müssen!

Nicht Armut, sondern Lohnarbeit macht Arbeiter und Angestellte zu Proletariern, also zur ausgebeuteten Klasse!!

Ausbeutung

Der finanzielle Unterschied zwischen dem Tageslohn und dem Wert der täglichen Arbeitsleistung der Arbeiter ist die Hauptquelle des Reichtums der Unternehmer. Der Arbeitsvertrag als rechtliche Handhabe, diesen Reichtum zu nutzen, ist daher zu vergleichen mit einem Pachtvertrag über Ölquellen oder Kohlebergwerke. Der Pachtvertrag gibt

dem Nutznießer das Recht zur Ausbeutung der Naturstoffe. Der Arbeitsvertrag ermöglicht dem Unternehmer, als Nutznießer jenen Unterschied auszubeuten, der zwischen dem Tageswert der Arbeitskraft und dem Wert der Tagesarbeit besteht.

Wer von der Ausbeutung der Arbeiter spricht, meint nichts anderes. Ausbeutung ist das wirtschaftliche Verhältnis, in dem sich j e d e r Lohn- und Gehaltsempfänger zu seinem Unternehmer befindet. Lohnsystem ist Ausbeutung. Und Ausbeutung ist privatwirtschaftliche Nutzung des Überschusses aus unselbständiger Arbeit. Ausbeutung ist die eigentliche Form gesellschaftlicher Herrschaft in kapitalistischen Systemen.

Mehrwert

Die Leistung bzw. der Gebrauchswert des Arbeitsvermögens ist nichts anderes als die Tatsache, daß der Arbeiter Waren herstellt.

Und das heißt:

In der vereinbarten Arbeitszeit stellt der Arbeiter Warenwerte bzw. Tauschwerte her. Was den Unternehmer also am Arbeitsvermögen interessiert, ist die Menge Tauschwert, die der Arbeiter produziert. Denn diese Tauschwerte gehören ihm, dem Unternehmer, ihm allein. Der Arbeiter hat sie durch den Kaufvertrag gleichsam abgetreten.

Wenn der Wert der Waren, die der Arbeiter herstellt, größer ist als sein Lohn, dann und nur dann macht der Unternehmer Gewinn! Das ist zwangsläufig der Fall, wenn erst einmal einige Techniken, die Arbeitsteilung und wissenschaftliche Erkenntnisse vorhanden sind. Dann kann nämlich jeder Mensch viel mehr Waren am Tag herstellen, als er selbst zu seiner Ernährung und Unterhaltung benötigt. Vorausgesetzt, Arbeiter und Unternehmer vereinbaren eine längere Arbeitszeit als die zum unmittelbaren Lebensunterhalt nötige - dann kauft der Unternehmer mit dem Arbeitsvertrag eine Ware, die billiger ist, als der Verkaufspreis, der vom Arbeitsvermögen des Arbeiters hergestellten Waren. Das ist also das ganze Geheimnis des Unternehmergewinnes:

Der Wert von Rohstoffen, Maschinen und Arbeitskraft ist geringer, als der Wert der Tagesproduktion an Waren. Da die toten Dinge ihren Wert nicht selbst vermehren, schafft also der Gebrauch von Arbeitskraft einen regelrechten Wertüberschuß. Der Unternehmer hat am Ende mehr Werte im Besitz, als er selbst ausgelegt hat. Der Arbeiter schafft ihm also Mehrwert. Dieser Mehrwert ist die Quelle, aus dem das Gewinneinkommen aller verschiedenen Kapitalsorten und Kapitalbesitzer stammt. Die hinter dem Mehrwert stehende Arbeit der Arbeiter sorgt dafür, daß sich das Einkommen von Kapitalbesitzern ständig vermehrt, unabhängig davon, ob sie als Eigner etwas tun oder nicht. Sie machen sich damit den wirtschaftlichen Überschuß buchstäblich zu eigen oder anders gesagt: der von ihnen gar nicht geschaffene Reichtum der Gesellschaft wird ihr Privatbesitz.

Daß der Gewinn immer wieder als Kapital eingesetzt wird, also in Maschinen, Rohstoffen, Fertigteilen und Lohnarbeit, spielt dabei keine Rolle. Im Gegenteil: Es ist die Voraussetzung für neuen Mehrwert, neues Kapital, neue Investitionen usw. Lohnarbeit und Kapital gehören also notwendig zusammen. Ohne Lohnarbeit gäbe es kein industrielles Kapital und ohne industrielles Kapital keinen voll entwickelten Kapitalismus.

Ohne Kapital aber keine Lohnarbeiter, denn das Lohnsystem selbst gehört deshalb zum Wesen des Kapitalismus, weil es die Ursache des Unternehmergewinns ist. Lohnarbeit und Kapital sind also wie zwei Seiten einer Münze. Sie allein sind die wichtigen Bestandteile unserer Wirtschaft. Und die Menschen, welche Kapital besitzen oder Lohnarbeiter sind, bilden die wirklich modernen Klassen unserer Gesellschaft: Die Arbeiterklasse und das Bürgertum.

Doch das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital besteht nicht nur aus gegenseitiger Abhängigkeit. Es ist vielmehr noch ein System unaufhebbarer Gegensätze.

Mehrwert und Profit

Mehrwert ist das Ergebnis der kapitalistischen Produktion. Er ist das Produkt menschlicher Arbeit von Lohnarbeitern. Der Arbeitsvertrag macht ihm zum Eigentum des Industriunternehmers. Aber er ist dadurch noch lange nicht des Unternehmers sicherer Besitz. Zunächst besteht der Mehrwert nämlich in den Waren, die erst noch verkauft werden müssen. Der Mehrwert muß erst in Kapital verwandelt werden, bevor er zum sicheren Gewinn, zum Profit des Unternehmers geworden ist.

Aber der Profit des Industriellen ist nicht einfach dessen in Geld verwandelter Mehrwert. Er muß diesen Mehrwert vielmehr mit einer Reihe anderer Kapitalisten teilen: Moderne Industrieunternehmen verkaufen ihre Waren an Groß- und

Zwischenhändler. Das ist von Vorteil für beide. Dem Industrieunternehmen werden die Waren schnell abgenommen, es kann seine Waren schnell in Geld und seinen Mehrwert schnell in Profit verwandeln. Sein Ziel: bald wieder investieren, die Produktion ankurbeln und vergrößern. Für diesen Vorteil ist der Industriebetrieb bereit, einen Teil des Mehrwertes an die Handelsgesellschaften abzutreten. Je mehr der Handelsbetrieb nun abnimmt, umso mehr kann er von dem Mehrwert des Industriekapitals verlangen, umso größer ist sein Umsatz und desto größer sein eigener Handelsgewinn.

Am Mehrwert haben aber auch noch andere Unternehmen außer Industrie und Handel teil. So z.B. die Banken, welche für Zinsen das Kapital vorgeschossen haben, Versicherungen, welche Prämien kassieren, Werbeunternehmen, Rechtsanwälte und viele Branchen und Einzelunternehmer mehr. Der Profit ist also keineswegs dasselbe wie der Mehrwert. Zumindest nicht vom Standpunkt des Einzelunternehmers aus. Im Gegenteil: Der Profit ist das Ergebnis wirtschaftlicher Aufteilung des Mehrwertes. Und hierbei spielt die richtige Nase des Unternehmers bzw. seiner Angestellten eine große Rolle. Denn es hängt von ihnen ab, wo und wie sie die Waren in der Zirkulation absetzen, wie sie das Kapital einsetzen und welchen Anteil sie bzw. ihr eigenes Kapital vom großen Mehrwertkuchen abbekommen.

Aber: So sehr auch der individuelle Profit davon abhängen mag, was Unternehmer und Manager tun, die gesellschaftliche Grundsubstanz des Profits, den Mehrwert, schaffen sie nicht. Dieser ist das Produkt der Arbeiter allein. Was die Manager können, ist allenfalls dafür sorgen, daß sie mehr oder weniger vom Mehrwert abbekommen. Vergrößern können sie ihn nicht. Denn auf's Ganze gesehen machen alle Unternehmen zusammen ebensoviel Profit, wie Mehrwert da ist. Was sie im Handel tun, ist nichts anderes, als um die spezielle Verteilung des Mehrwertes zu kämpfen.

Konkurrenz

Die Aufteilung des Mehrwertes beschränkt sich nicht allein auf die Verteilung unter Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungen. Wichtiger noch ist, daß der jeweilige Anteil von industriellem, kommerziellem und finanz-kapitalistischem Mehrwertanteil unter die einzelnen Unternehmen umverteilt wird. Mit anderen Worten: Wieviel ein Unternehmen vom Mehrwert als Profit nach Hause tragen kann, hängt nicht nur davon ab, ob es ein Industrie- oder Handelsbetrieb ist, sondern auch davon, wie diese Firma innerhalb ihrer Branche und zugleich auf dem Gesamtmarkt wirtschaftlich dasteht. Ist das Unternehmen wettbewerbsfähiger als andere, dann bekommt es sicher einen größeren Anteil des Mehrwertes als andere. Wieviel eine Firma also an Profit macht, hängt in letzter Instanz allein von der Konkurrenz ab. Das Geheimnis der Konkurrenz bzw. der Umverteilung des Mehrwertes unter die Konkurrenten ist dabei nichts anderes als das Wirken der einfachen Gesetze der Tauschwirtschaft: Dort, wo es eine Tauschgesellschaft mit einem Markt gibt, dort also, wo der Wert der Waren sich schon nach einem gesellschaftlich durchschnittlichen Maß von Arbeitszeit für einzelne Waren in Gestalt des Marktwertes herausbildet, ist es ein leichtes, diesen Marktwert zu unterbieten. Man braucht dazu nur eine bessere Technik, schnellere Maschinen oder bessere Werkzeuge oder bessere Energienutzung als die anderen, und schon produziert man die gleichen Waren viel schneller als seine Konkurrenten. Die Folge: Man ist selbst sehr viel billiger, kann aber seine Waren zum Marktwert kalkulieren. Besser noch, man bleibt ein wenig unter den Preisen der Konkurrenz, dann wird man ihnen einen gehörigen Anteil vom Markt abknöpfen. Während man selbst viel absetzen kann, bleiben die Konkurrenten auf ihren Waren sitzen oder müssen sie zu billig anbieten. Ergebnis: Das technisch fortschrittliche Unternehmen kann viel mehr Gewinne machen

als die anderen. Seine Preiskalkulation und sein Absatz sorgen dafür, daß es mehr als nur seinen Mehrwert realisiert. Es eignet sich auch die Teile des Mehrwertes an, der in anderen Unternehmen produziert worden ist. Das entwickelte Unternehmen macht einen **Ex t r a p r o f i t** ! Extraprofit auf Kosten der nicht abgesetzten oder unter Wert verkauften Waren weniger entwickelter Firmen. Denn: Was das fortgeschrittene Unternehmen an Zugewinn macht, müssen die weniger entwickelten Betriebe draufzahlen! Deshalb können sie es nicht zulassen, daß sich ein einziges Unternehmen fortentwickelt. Sie müssen den Fortschritt mitmachen oder über kruz oder lang pleite gehen. Also bildet sich wieder ein Gleichgewicht heraus, wenn auch diesmal auf einer Stufe besserer Technik und größeren Fortschritts. Solange jedenfalls, bis es einem Unternehmen gelingt, noch mehr Kapitale einzusetzen, seine Technologie zu verbessern und wieder billiger produzieren zu können als der Rest seiner Konkurrenten. Dann beginnt der Kampf um den Extraprofit von vorn. Die Konkurrenz kann daher mit gutem Recht als der Lebenskampf der Unternehmen um den Extraprofit genannt werden!

Sie ist die Triebkraft technischen Fortschritts im Kapitalismus und das Mittel der Umverteilung des Mehrwertes unter allen einzelnen Kapitalisten. Was und wieviel jeder bekommt, hängt also in der Konkurrenz von der Größe des Kapitals ab, das jeder in den Wettbewerb bringt. Wer mehr hat, bekommt auch mehr - ganz wie bei Monopoly.

Kapitalbewegung und Profitrate

Der endgültige Unternehmergewinn

ist das Ergebnis der Umverteilung und Aufteilung des Mehrwertes in der Konkurrenz. Die Konkurrenz führt damit zu einem gewissen Ausgleich der jeweiligen Gewinnspannen und zwar im Verhältnis zum ausgelegten Kapital, also zu einem Ausgleich der Profitrate. Die höher entwickelten Unternehmen werden damit gleichsam für ihren hohen Kapitaleinsatz entschädigt. Für sich genommen, würde die Gewinnspanne eines fortschrittlichen Betriebes mit seinen größeren Kosten für die bessere Technologie wohl sinken. Schließlich bleiben die Rohstoffpreise und die Lohnkosten von seiner Kapitalanlage unberührt. Aber der Extraprofit gleicht den Rückgang der Profitrate wieder aus. Dafür jedoch, daß dieser Extraprofit nicht in den Himmel wächst, sorgt ein anderer Faktor der Konkurrenz: die Kapitalbewegung. Jeder Unternehmer oder Kapitalbesitzer sucht, sein Geld mit größtmöglichem Gewinn anzulegen. Er wird es also stets dort einsetzen, wo er die höchste Profitrate erwarten kann, bzw. dort abziehen, wo seine Gewinne fallen. Wo der Konkurrenzdruck so hoch ist, daß nur noch mit teureren Geräten gearbeitet werden kann, fließt Anlage suchendes Kapital gern ab. Hier können sich eh nur die ganz großen tummeln. Stattdessen versprechen noch unentwickelte Gebiete hohe Gewinne bei geringen Kosten. Hier fließt ganz sicher Geld hin und führt über kurz oder lang zu eigenem Wachstum der Anlagekosten. Dadurch sinkt die Profitrate auch hier, denn die Konkurrenz verlangt im Interesse des Extraprofits sehr bald eine ständige Verbesserung der Technologie und damit die Vergrößerung des Anlagekapitals. Schließlich gleichen sich durch diesen Effekt die hohen Profitraten der einzelnen Branchen und Betriebe einander an. Konkurrenz und Kapitalbewegung bilden eine regelrechte Durchschnittsprofitrate heraus, welche auf einem einheitlichen Waren- und Kapitalmarkt vorherrscht. Und: Nach ihrem Maßstab wird von nun an der Mehrwert umverteilt.

Damit führt die Durchschnittsprofitrate zu einer Art gemeinschaftlicher Ausbeutung der Arbeiterklasse durch sämt-

liche Unternehmen, welche am Ausgleich der Profitrate teilnehmen. Denn wenn sie den Mehrwert untereinander aufteilen, dann erhalten gewisse Unternehmen auch Wertüberschuß von Arbeitern, welche sie gar nicht beschäftigen. Und doch beuten sie diese Arbeiter aus. So kommt es, daß in der modernen kapitalistischen Gesellschaft nicht nur jeder Arbeiter und Angestellte einzeln ausgebeutet wird, sondern die ganze Arbeiterklasse als Einheit. Und nicht von je einem einzelnen Unternehmer oder Kapitalisten, sondern von der Gesamtheit aller Fabrikanten und Kapitalanleger. Denn innerhalb eines Marktes bilden diese Unternehmer mehr als nur eine Interessengemeinschaft. Sie bilden die nationale Bourgeoisie bzw. die herrschende Klasse. National übrigens, weil die ersten wirklich funktionierenden kapitalistischen Märkte diejenigen innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten waren (z.B. England, Frankreich, Deutschland usw.).

Krisenkreislauf

Der Kampf um den Extraprofit führt dazu, daß jeder Unternehmer für sich allein in den Genuß des Wettbewerbsvorteils zu gelangen versucht: Solange sich für bestimmte Güter akzeptable Absatzmöglichkeiten bieten, wird jede Firma nämlich soviel wie möglich Kapital in die Produktion dieser Waren werfen. Jede allein wird versuchen, mit möglichst großem technischen Fortschritt den

größtmöglichen Profit zu machen. Solange die vorhandenen Absatzmärkte seine Waren noch aufnehmen, steigert jeder Unternehmer Kapitaleinsatz und Produktion im eigenen Haus. Dabei verhindert der Einzelkampf der Unternehmen, daß sie die Produktionssteigerung und den Kapitaleinsatz miteinander absprechen. Schließlich geht es jedem Unternehmen um den ganz individuellen Produktionsvorsprung und um die ganz individuelle Gewinnerwartung. Jedes Unternehmen und jede Firma geht deshalb davon aus, daß sie allein auf dem Markt soviel produzieren kann, um den größtmöglichen Gewinn zu machen. Verluste macht bestenfalls die Konkurrenz. So führt die Konkurrenz zu einer völlig ungeplanten Kapitalanlage bzw. zu einer völlig ungeplanten Produktionssteigerung in den einzelnen Branchen. Und weil jedes Unternehmen soviel herstellte, wie es eben konnte, entsteht über kurz oder lang ein Überangebot an Waren. Bei zu vielen Waren aber stockt der Absatz. Verkaufsquoten und Marktanteile gehen zurück. Wer jetzt noch verkaufen will, muß seine Preise notgedrungen senken. Die Gewinnspanne wird dadurch kleiner und die Profite sinken schnell ab. Die großen und starken Kapitalkonzerne mit hohem Extraprofit können dabei leicht mit den Preisen runtergehen, denn sie haben noch ein großes Preispolster, ehe sie in die roten Zahlen kommen. Kleine, knapp kalkulierende Betriebe werden aber bald mit Verlusten arbeiten, denn die Preise auf dem übersättigten Markt decken nicht einmal mehr deren Kosten.

Bei der Absatzlage werden sie wohl oder übel die Produktion einschränken oder ganz einstellen müssen. Arbeiter werden entlassen, Betriebe geschlossen und Produktionsgüter, Maschinen und Arbeitsplätze zu Schleuderpreisen (also unter Wert) verkauft.

Aber auch andere "Kapitalgüter" werden billiger: Die Arbeitslosigkeit führt zur Senkung des Wertes der Arbeitskraft. Denn die entlassenen Arbeiter und deren Familien werden ihren Konsum einschränken und auch für weniger Geld bereit sein, eine Arbeit anzunehmen, damit sie überhaupt

einen Arbeitsplatz und damit Geld bekommen.

Nicht zuletzt wegen dieser Wirkung auf die Kapitalgüter und vor allem wegen der Bereinigung des Überangebots wirkt die Krise - denn darum handelt es sich bei diesem Vorgang - für die überlebenden Unternehmen nur belebend aus. Der Preisabfall hat die Gewinnspanne überall so sehr sinken lassen, daß man praktisch überall mit Erfolg investieren kann. Hier wie dort kann es nach der Talfahrt nur noch aufwärts gehen. Außerdem hat die Krise ja sowohl Maschinen wie Arbeitslöhne verbilligt, was weitere Gewinnsteigerungen erhoffen läßt. Wenn deshalb erneute Investitionsfreude um sich greift, dann oft mit größerer Gewinnerwartung als vor der Krise. Und vor allem auf einer viel höheren Stufe der Produktion und Technologie! Schließlich haben sich in der Krise nur die schon hochentwickelten Firmen mit großem Kapitalpolster durchgesetzt. Nun sind sie allein übriggeblieben und müssen die Konkurrenz unter sich austragen. Die Konkurrenz wird also schärfer. Die Unternehmen kämpfen noch erbitterter um den Extraprofit, steigern wieder ganz individuell ihre Produktion und Kapitalanlage usw. Über kurz oder lang muß das ganze wieder zu Überangebot, Preissenkungen, Gewinnverlusten usw., also erneut in die Krise führen. Deren Folge ist die weitere Stärkung großer Firmen, Belebung der Konjunktur durch zeitweilige Entwertung von Maschinen und Löhnen, bis es wieder aufwärts geht und eine erneute Krise folgt. Die Krisen kehren also periodisch wieder und werden nicht zuletzt immer heftiger. Die bislang heftigste Krise erlebte die kapitalistische Welt 1929/30, als allein in den USA die Produktion um 44,8 Prozent zurückging und es über 20 Millionen Arbeitslose gab. Die letzte Krise in der BRD erlebten wir 1966/67, als beispielsweise in der Autoindustrie die Produktion allein um 21 % zurückging und die Arbeitslosenquote auf mehr als 1 Million Arbeiter und Angestellte anstieg.

Kapitalkonzentration

Krisenkreislauf und Konkurrenzdruck verschärfen ständig die Wettbewerbsbedingungen und zwingen die Unternehmen, in ihrem Kampf um Extraprofit zu immer größeren Investitionen. Kleine Kapitalmengen reichen bald nicht mehr dafür aus, man braucht das Große Geld bzw. das Große Kapital. Für manche Unternehmensprojekte reichen die vorhandenen Geldmittel der Unternehmer schon längst nicht mehr hin. Viele Unternehmen arbeiten daher mit Krediten. Aber auch die Finanzmittel der Banken sind beschränkt. Daher hat sich mit der Entwicklung zur großen Kapitalistischen Industrie eine besondere Methode zur Zusammenfassung von anlagesuchendem Kapital bei bestimmten, erfolgversprechenden Unternehmen herausgebildet, welche den Anforderungen der Konkurrenz nach mehr Kapitalkonzentration immer mehr gerecht wurde: die Aktiengesellschaft. Jeder, der z.B. in der BRD ein Stammkapital von 100 000 DM aufbringt, kann in Zusammenarbeit mit einer Bank Anteilscheine von diesem Stammkapital bzw. seiner zukünftigen Unternehmung verkaufen. Diese Anteilscheine oder Aktien haben einen Nennwert von hundert Mark, so daß derjenige mit 100 000 DM Stammkapital 1 000 Aktien ausgeben und zum meistbietenden Angebot verkaufen könnte. Ist das geplante Unternehmen hinreichend bekannt und verspricht es eine hohe Gewinnspanne, dann wird es nicht lange dauern, daß Geldanleger sich für die Aktie interessieren werden. Ist die Gewinnerwartung besonders hoch, werden sogar mehr Interessenten zu erwarten sein, als Aktien da sind. Sogleich überbieten sich die Anwärter und der Kurs steigt zwangsläufig in die Höhe. Und das ist das Ziel der Aktiengesellschafter, nämlich den Börsenkurs der Aktie zu steigern. Bei einem Kurswert von 300 Mark für einem Nennwert von 100 DM hätte sich das Kapital der Aktiengesellschaft tatsächlich schon vervierfacht (bei Kurswert 100 Verdoppelung des Kapitals usw.). Es ist also klar, daß

Aktien eine Konzentration der anlagensuchenden Gelder beschleunigen, denn erstens ermöglichen sie, daß sich viele kleine Geldmengen auf eine Unternehmung konzentrieren und zweitens, daß sie sich auf erfolgversprechende Projekte häufen. Die wirtschaftliche Entwicklung solcher Unternehmen wird folglich enorm gesteigert und beschleunigt. Man kann sogar sagen, daß die Gründung von Aktiengesellschaften nicht nur zur Konzentration der Kapitalanlage führt, sondern auch zur zentralen Zusammenfassung von Unternehmen in wenigen Händen und so zu einer weiteren Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung. Je nach den nationalen Gesetzen der einzelnen Länder braucht man nämlich nicht die Mehrheit der Aktien (51 %), um eine Firma zu kontrollieren und seinem Einfluß zu unterwerfen. In der BRD z.B. genügen hier schon 21 % der verkauften Aktien, um eine sogenannte Sperrminorität in einer Firma zu erhalten. Wer 21 % der Aktien besitzt, der kann nicht überstimmt werden bzw. wenn er nein zu etwas sagt, dann kann er in dieser Aktiengesellschaft das verhindern, was er nicht gerne sieht. In Deutschland genügt also wenig mehr als 1/5 eines Aktienkapitals, um eine Firma unter Kontrolle zu bekommen. Man kann mit dem nötigen Kapital durch geschickte Streuung des Geldeinsatzes viele Unternehmen unter seinen Einfluß stellen und diese Firmen wirtschaftlich bestimmen, ohne je Mehrheitsaktionär zu sein. Ganz klar also, daß das Aktiensystem die Zusammenfassung der Wirtschaft in wenigen Großbetrieben und Unternehmensgruppen beschleunigt. Mehr noch: das Aktienwesen kann dazu benutzt werden, der wachsenden Konkurrenz dadurch gerecht zu werden. Denn um bei wachsendem Wettbewerbsdruck noch Extramehrwert zu erlangen, bedarf es immer größerer Kapitalmengen und immer größerer Unternehmenseinheiten. Kein Wunder also, daß die Aktiengesellschaft die Unternehmensform des modernen Kapitalismus ist und den Privatunternehmer immer mehr verdrängt.

Finanzkapital und Konzerne

Industrie und Handel sind heute nur noch in großen Firmenzusammenschlüssen, in Konzernen und Finanzgruppen möglich und denkbar. Dabei entstehen solche Konzerne in der Regel durch Zusammenlegen verschiedener Fabriken, Handelsgesellschaften, Banken, Versicherungsgesellschaften u.v.m. Konzerne besitzen nicht selten Fabriken, Firmen und Handelsgesellschaften in verschiedenen Verarbeitungsbranchen, im Handel, Hotelgewerbe usw., so daß man von Mischkonzernen spricht. Andere Konzerne umfassen wiederum Fabriken und Firmen, die die Herstellung ihrer Hauptprodukte vom Rohstoff bis zur Fertigware umfassen. Schließlich finden sich Konzerne, die verschiedene Unternehmen umfassen, welche mit verschiedenen Gütern dasselbe Bedürfnis befriedigen. So gibt es etwa Energiekonzerne, welche vom Öl über Kohle, der Elektrizität bis hin zum Atomkraftwerk alle Produktions- und Handelsgesellschaften in der Hand haben. Herz oder Kopf solcher Konzerngiganten sind die Stamm- oder Hauptfirmen, von denen die Zusammenfassung der kleineren Firmen ausging bzw. -geht. Eine andere Art der Zusammenfassung von Unternehmen entsteht durch Aktienbeteiligung bzw. Finanzkontrolle über einzelne Firmen zu sogenannten Finanzgruppen. In den USA haben z.B. die vier größten Finanzgruppen, das Bankhaus Morgan & Co., die Firmen Rockefeller & Söhne, Du Pont de Nemour und Mellon zusammen 85 Industrieunternehmen, 24 Handelsgesellschaften und 41 weitere Bankhäuser unter Kontrolle. Die Banken spielen bei solchen Zusammenfassungen übrigens eine wichtige Rolle. Sie sind die großen Schaltstellen für die Konzerne und Finanzgruppen. Bei ihnen liegen die Aktienkapitale, sie führen den An- und Verkauf von Aktien durch und sie stellen zumeist die wichtigsten Aufsichtsräte der entscheidenden Aktiengesellschaften. Man kann sich leicht vorstellen, daß die Banken selbst mit den führenden Finanzgruppen verschmelzen und eine Art finanz-

politische Einheit aus industriellem, kommerziellem, Aktien- und Bankkapital darstellen. Die Finanzgruppen, ihre Konzerne und Banken stellen daher nur die konsequente Weiterentwicklung der Kapitalkonzentration und Zentralisierung der Unternehmen auf nationaler Ebene dar. Mit ihnen hat die Marktwirtschaft in den großen bürgerlichen Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts in England, Frankreich, USA und Deutschland ihren ersten Höhepunkt erreicht. Die Konzerne, Finanzgruppen und Banken beherrschen mit ihrer Größe aber nicht nur die nationale Wirtschaft. Ihre wirtschaftliche Macht ist längst zur politischen geworden, in dem Maße nämlich, wie sich ihr Interesse auf Außenwirtschaft, Rohstoffquellen und ausländische Absatzmärkte richten mußte. Konsequenterweise verfolgten die Finanzgruppen ihre internationalen Ziele zur Erlangung von Rohstoffquellen, Einflußsphären und Absatzmärkten auch dadurch, daß sie auf die Regierungen ihres Landes Einfluß nahmen und sie zur Verteidigung der großen nationalen Wirtschaftsinteressen im Ausland anstellten. Im Innern hingegen nehmen sie soweit Einfluß auf Verwaltung und Innenpolitik, daß ihnen die jeweiligen wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Mittel zur Verfügung stehen, welche zur Erlangung internationaler Ziele im Welthandel und zur Behauptung in der internationalen Konkurrenz benötigt werden.

Kapitalistischer Nationalstaat

In den ersten 200 Jahren seiner Geschichte hat sich der Kapitalismus zunächst in den Gren-

zen einzelner nationaler Staaten wie England, Frankreich, USA und Deutschland ausgebreitet und entwickelt. Dabei führte diese Entwicklung von kleinen städtischen Tauschmärkten zur Herstellung eines großen nationalen Marktes, der sich nicht nur auf ein paar Städte beschränkte, sondern das ganze Land umfaßte. So entstand zunächst ein einheitlicher Handelsraum, wo die gleichen Marktwerte gültig waren, sich ein einheitliches Währungssystem entwickelte und wo ein nationaler Arbeitsmarkt entstand. Schließlich führte die einheitliche Marktlage zur vollen Konkurrenz unter den Unternehmern, also zur Aufteilung und Umverteilung des Mehrwertes sowie zur Herausbildung des einheitlichen Systems der Unternehmerwirtschaft. Keine Frage, daß es zur Sicherstellung all dieser Dinge eine Einrichtung geben muß, die den Marktraum nach außen verteidigen kann und im Innern ein reibungsloses Ablaufen der Marktbeziehungen garantiert. Man kann also sagen, es bedarf einer Einrichtung, die ersten die technischen und zweitens die gesetzlichen Voraussetzungen für den regelmäßigen und rechtlich einwandfreien Tauschvorgang auf den Märkten sichert, also die Münzen, Straßen und Gesetze dafür schafft und auch Organe hat, welche dies tun bzw. die Einhaltung des Rechtes kontrollieren bzw. Rechtsverletzungen bestrafen. Zu den Rechtsordnungen gehört zunächst das ganze System des Vertragsrechts, des Besitzrechts, des Erbrechts und Familienrechts, und schließlich das Verfassungsrecht, welches zur Errichtung der besonderen Rechtsanfertigungs- und -verfolgungsbehörde (Gesetzgebung und Rechtsprechung) führt. Natürlich gehören auch die Gesetze der Strafverfolgung und Prozeßordnung ebenso hierher wie die Gesetze, welche den Arbeitsmarkt regeln: Also die persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen Arbeiters, sein Koalitionsrecht (das Recht, Gewerkschaften und Parteien zu bilden) und nicht zuletzt die Sozialgesetze zur Sicherung der Mindestexistenz des Arbeitsvermögens bei arbeitslosen, kranken und arbeitsunfähigen Arbeitern. Mit einem Wort: Der kapitalistische Staat ist nichts anderes als eine Reihe von

Behörden, welche die Rechtsordnung der Marktwirtschaft eines Marktraumes verkörpern, sie anfertigen, durchführen sowie überwachen, die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für den Marktverkehr durch staatliches Münzwesen sowie durch Sicherung des inneren Verkehrs (etwa Bau von Straßen und Wasserwegen) garantieren und schließlich das Ganze nach außen gegen bewaffnete Gegner verteidigen. Wirtschaftlich gesehen ist der Staat ein großer Dienstleistungsbetrieb, der gegen die Steuerzahlung seiner Bürger gewisse oben genannte Dienste zu erbringen hat und dazu auch eine Reihe Dienstleistungspersonal anstellt: die Staatsdiener oder Beamten, welche tatsächlich nichts anderes sind als vom Staat angestellte Diener, die im Ganzen gesehen von jedem einzelnen Bürger bezahlt werden. Denn die Steuer und der Staatshaushalt sind zu vergleichen mit einer großen Vereinskasse, in die man hineinzahlt, um dafür unentgeltlich in den Genuß verschiedener Leistungen des Vereins zu kommen.

Politisch gesehen ist dieser Staat erst nach langen Kämpfen in den modernen westlichen Ländern hervorgetreten. In England und Frankreich konnte er sich innerhalb schon bestehender Königreiche entwickeln und hatte nach einer Reihe politischer Veränderungen schon bald seine moderne Gestalt. Natürlich ging diese Umwandlung nicht immer friedlich vor sich. Vielmehr war sie Ergebnis blutiger Umwälzungen bzw. Revolutionen (1649 bis 1688 in England und 1789 bis 1804 in Frankreich). In anderen Ländern war der einheitliche Markt im Prinzip schon gegeben, wurde aber von den Grenzen feudaler Kleinstaaten erheblich behindert. In solchen Ländern wie Italien und Deutschland mußte der Nationalstaat erst geschaffen werden, und zwar durch Revolutionen oder Eroberungskrieg. Wie dem auch immer war, entscheidend ist, daß überall Staaten entstanden, also Räume, in denen der moderne Kapitalismus sich ausbreiten konnte. Schließlich wurde und wird der Staat auch noch benötigt, wenn das Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft schon über die Grenzen der Nationalstaaten hinausgewachsen war. Nun

galt es, die rechtlichen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für den internationalen Handel zu schaffen, und zwar durch moderne Wirtschaftsgesetze (etwa das Scheck- und Aktienrecht) als auch durch wirtschaftliche Eingriffe des Staates in freie Marktbeziehungen.

Staatliche Wirtschaftseingriffe

Zu den wichtigsten Dienstleistungen des modernen Staates gehört neben Rechtspflege, Verteidigung und Münzwesen die Errichtung eines öffentlichen Bildungswesens, öffentlicher Verkehrseinrichtungen wie Bahn und Post und die Vergabe von staatlicher Hilfe für bestimmte Wirtschaftsbereiche, teils in Form von staatlichen Krediten, teils in Form verlorener Zuschüsse, den sogenannten Subventionen. Warum tun unsere Staaten dies? Warum übernehmen die Behörden Bahn und Post? Warum übernehmen sie Kosten bei der Herstellung teurer Produkte, wo die Forschung und Entwicklung Unsummen kosten und das Projekt für die Privatproduktion unrentabel machen würde? Schließlich könnten diese Dinge doch auch alle privatwirtschaftlich geregelt werden. Die Antwort darauf ist im Grunde sehr einfach und am Beispiel der staatlichen Eisenbahnen zu studieren: Zunächst einmal waren die Eisenbahnen private Unternehmen und sind es in einigen Ländern der westlichen Welt immer noch. Aber die Aufrechterhaltung des umfangrei-

ehen Bahndiensten und Bahnnetzes hat in der BRD z.B. längst dazu geführt, daß die Bahn ohne Gewinne arbeitet und das heißt für die Privatwirtschaft vollkommen uninteressant. Die Bahn könnte nur zu einem rentablen und damit privatwirtschaftlich interessanten Unternehmen werden, wenn sie ihre Strecken radikal kürzen und sich nur noch auf die großen Güterlinien und TEE- bzw. Inter-City-Züge beschränken würde. Doch heute wie vor hundert Jahren hätte das verheerende Folgen. Wichtige Verkehrswege würden dann entweder ganz wegfallen oder aber so sehr die Transportkosten verteuern, daß bestimmte Bereiche des Landes sich wirtschaftlich nicht entwickeln würden oder zurückfielen. Auch würden sich Waren im Vergleich zum Ausland verteuern. Insgesamt würde sich die Wettbewerbslage der heimischen Wirtschaft verschlechtern und zu einer allgemeinen Strukturkrise weiter Bereiche der westdeutschen Kapitalwirtschaft führen. Mit einem Wort: Es gibt bestimmte gesellschaftliche Bereiche, wo die kapitalistische Produktion auf Grund der Kosten unrentabel wäre. Ohne Staatseingriffe würde das Kapital hier nicht investieren oder doch nur so, daß weite Bereiche dieser Branche verkümmerten. Wie im Verkehrsbereich deutlich wird, hätte dies aber schwere Folgen für die gesamte Wirtschaft. Weil nun das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem unfähig ist, hier noch wirtschaftliche Leistungen zu erbringen, muß der Staat mit den Steuergeldern seiner Bürger für die versagende Marktwirtschaft eintreten. In dem Moment also, wo Wirtschaftsbereiche unrentabel werden, muß der Staat einspringen und dort für weitere Produktion oder Dienstleistungen sorgen, wo diese selbst für die nationale Wirtschaft unverzichtbar sind. Das Prinzip der Wirtschaftseingriffe ist dabei nicht auf Dienstleistungen wie Bildungssystem, Straßenbau und Verkehrsdienst beschränkt. Es gilt heute schon für die Landwirtschaft, welche vom Staat für ihre ständigen Verluste Ausgleichszahlungen erhält, damit uns die Ernährungsgrundlage erhalten bleibt. Es gilt für den Kohlebergbau, für einige Bereiche der Stahlindustrie und das gilt vor allem für die modernen Forschungsprojekte

der Großindustrie. Am letzten Beispiel sieht man übrigens, daß der Staat nicht nur dort Steuergelder für die marktwirtschaftliche Ordnung ausgeben muß, wo die kapitalistische Produktion durch ihre eigene Kostenentwicklung unrentabel geworden ist. Er muß auch dort eingreifen, wo die Entwicklung neuer Industrien durch hohe Entwicklungskosten und dadurch entstehende Gewinnrückgänge unterbleiben würde. Die moderne Flugtechnikindustrie ist so ein Beispiel, wo der Staat die Forschung vorfinanzieren muß, damit die einheimische Industrie mit der internationalen Konkurrenz überhaupt Schritt halten kann. In diesen Zusammenhang gehören auch solche Kosten, welche der Staat für ganz allgemeine Wissenschaftsförderung ausgibt, denn damit werden die Grundlagen für spätere Entwicklungen und Techniken gelegt. Die Kosten sind hier so hoch und die Forschungsergebnisse unmittelbar so wenig verwendbar, daß sie ein Privatunternehmen erst recht nicht aufbringen könnte, ohne empfindliche Verluste hinnehmen zu müssen. Bei den Wirtschaftsförderungsmaßnahmen ist das Ziel der staatlichen Eingriffe allerdings nicht dasselbe wie bei unrentabel gewordenen Wirtschaftsbereichen. Während nämlich die letzteren ganz in die Regie des Staates übergehen, ist bei den letzteren geplant, sie, sobald sie rentabel sind bzw. werden, in die privatwirtschaftliche Wirtschaft übergehen zu lassen.

Der kapitalistische Staat hat diese Aufgaben übrigens schon immer übernommen. Es ist dies also kein Zeichen für das Absterben des Kapitalismus. Nur haben sich die Staatseingriffe in letzter Zeit gehäuft. Der Grund dafür liegt in der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre, vor allem in der wachsenden Bedeutung, welche dem technischen Fortschritt im internationalen Konkurrenzkampf zukommt. Besonders seit dem 2. Weltkrieg ist es mehr und mehr Aufgabe der nationalen Staaten geworden, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals durch Bildungspolitik, Wissenschaftsförderung, Strukturpolitik und Verstaatlichung nicht mehr ren-

tabler aber unverzichtbarer Wirtschaftszweige erhalten bleibt.

Internationaler Handel und Kolonien

Weltweite Handelsbeziehungen gibt es solange, wie es Warentausch gibt. Sie sind älter als der Kapitalismus. Sie waren früher nur eine gelegentliche Erscheinung, denn die Handelsländer lagen weit auseinander und die Verkehrsverbindungen waren unzulänglich. Allerdings war der Fernhandel in der Neuzeit Geburtshelfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die riesigen Gewinne aus den ersten Kolonien der Europäer, die Ausraubung Südamerikas, Afrikas und Asiens lieferten erst das nötige Startkapital, um die kapitalistische Industrialisierung Westeuropas in Gang zu setzen. Der neue Kapitalismus dehnte sich nun zunächst in den Grenzen der europäischen Nationalstaaten aus, war aber von Anfang an auch auf internationalen Warenabsatz angewiesen. Die englische Baumwollindustrie ist hierfür das beste Beispiel. Indien wurde nicht zuletzt auch Kolonie der Engländer, weil es der beste Absatzmarkt für die englische Ware war, welche im Mutterland selbst kaum hätte in so großen Mengen abgesetzt werden können. Allmählich ergriff auch andere Industriezweige ein solcher Aufschwung, daß die heimischen Märkte für ihre Warenmengen zu klein wurden. Doch noch immer stand einem massenhaften internationalen Handel die mangelnde Erschließung der Ver-

kehrswege entgegen. Ein internationales Verkehrssystem wurde zur zentralen Lebensfrage des Kapitalismus im vorigen Jahrhundert. Deshalb konzentrierten sich auch die wichtigsten Erfindungen auf diesen Bereich und schließlich entwickelte sich im Transportwesen, im Eisenbahnbau, im Schiffsbau, im Automobilbau und vor allem im Antriebsmotorbau die erste große international operierende Industrie. Der weltweite Eisenbahn- und Schiffsbau boomte schuf ganz neue Industrien und kurbelte alte wie Bergbau und Eisenverhüttung in ungeahntem Maße an. Auch entstanden nun kapitalistische Großfabriken in anderen Ländern als nur in England. Schwerindustrie entstand in Deutschland und Frankreich, USA und Japan. Stahlproduzenten wurden zu ersten großen Industriemagnaten. Noch entscheidender aber wirkte sich das Aufkommen "Neuer" Industrien aus. Sie entstanden in zwei Bereichen, in der Elektrobranche und im Bereich der chemischen und petrochemischen Produktion. In dem Maße nämlich, wie die neuen Verkehrsmittel, die Eisenbahn und das Motorschiff, sich auswirkten, verstärkte sich die internationale Nachfrage, vor allem nach Baumwollwaschmitteln und Textilfarben - nicht zuletzt auch deshalb, weil man seit Mitte des vorigen Jahrhunderts Baumwolle maschinell entkernen und so die Produktion von Rohbaumwolle erheblich steigern konnte. Natürliche Farben reichten nicht hin und es entstand eine Industrie, die Kunstfarben und später sogar Kunststoffe herstellte - zunächst aus Kohlestoffen, später auf der Grundlage von Rohöl. In der Maschinenbauindustrie waren zwei Umwälzungen bahnbrechend: Der Elektro- und der Verbrennungsmotor. Durch die Chemieindustrie, den Diesel- und Otto-Motor wurde Rohöl zur wichtigsten Energiequelle und zu dem Rohstoff des Jahrhunderts. Durch die Elektroindustrie wuchs die Nachfrage nach neuen Metallen wie Zinn, Kupfer, Vanadium usw. usw. So entstanden gegen Ende des letzten Jahrhunderts die großen Industriefirmen in den Bereichen der Schwerindustrie, bei den Rohstofflieferanten, bei der Chemie und im Maschinenbau. Sie alle lieferten schon prinzipiell für einen internationalen Handel und begegneten

sich in internationaler Konkurrenz. Sie konkurrierten mit ihren Waren, bekämpften sich beim Erwerb von Handelskonzessionen in den einzelnen Ländern und kämpften vor allem um Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Dieser Kampf beherrschte jahrzehntelang die internationale Politik. So begann um die Jahrhundertwende eine erneute Kolonialisierungsepoche, welche die des 16. Jh. weit in den Schatten stellte. Alle überseeischen Rohstoff- und Absatzgebiete wurden oft mit militärischer Gewalt von den Staaten führender Finanzgruppen und Konzerne erobert bzw. ihrem Wirtschaftsbereich eingereicht. So entstand in dieser Zeit das Bild einer völlig kolonialisierten Erde, welche von den wenigen Mutterländern der kapitalistischen Entwicklung beherrscht, ausgebeutet und beraubt wurde und um deren Besitz kapitalistische Großmächte selbst Kriege untereinander führten (bis hin zum imperialistischen Weltkrieg 1914 - 1918).

Monopole

Seit mehr als hundert Jahren schon wächst der Kapitalismus zu einem System internationaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen heran. Doch nur die wenigsten Unternehmen waren damals in der Lage, auf einem denkbaren Weltmarkt zu konkurrieren. Zu unterschiedlich war die jeweilige Entwick-

lung der nationalen Produktivität der Arbeit und zu unterschiedlich die wirtschaftlich-technische Entwicklung der einzelnen Unternehmen. So unterschiedlich wie die Entwicklung war, hätte freier Handel auf der ganzen Welt in kürzester Zeit zu großen Pleiten auch von solchen Firmen geführt, die im Innern ihrer Märkte gutflorierende Unternehmen waren und nur wegen des geringen Entwicklungsstandes ihrer Länder hätten aufgeben müssen. Andererseits hätte freier Welthandel den Unternehmen entwickelter Länder große Wettbewerbsvorteile gebracht. Sie hätten wohl die absolute Vorherrschaft erlangt und die Welt ihrem Gewinninteresse unterworfen. Kein Wunder also, daß die nationalen Finanz- und Unternehmensgruppen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts zu einer großen Zusammenfassung von Kapitalunternehmen und Produktionsanlagen schritten, um solchen Entwicklungen gerecht werden zu können. Dabei gab es allerdings zwei grundsätzlich verschiedene Reaktionen: Firmen, die von vornherein auf den Welthandel ausgerichtet waren und von ihm lebten, versuchten in ihren Ländern, alle Geld- und Kapitalmittel zusammenzufassen, um die Gewinnmöglichkeiten des Welthandels nutzen zu können. Das verlangte oft große, ja größte Investitionen in modernster Technologie. Deshalb waren nur wenige Einzelunternehmen in den einzelnen Ländern dazu in der Lage, und selbst diese wenigen taten sich oft noch zusammen und bildeten durch Absprachen, Marktaufteilungen und gemeinsame Preispolitik praktisch ein einziges, großes Unternehmen, also gleichsam ein Monopol (von griech. monos = eins). Andere Firmen, besonders in den Bereichen von Stahl- und Kohleproduktion, taten sich zusammen, um sich vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. So entstanden in Deutschland z.B. die bekannten Syndikate (= gemeinsame Einkaufs- und Verkaufsorganisation versch. Firmen) der Kohle- und Stahlindustrie. Sie sollten die deutschen Firmen vor der wesentlich billigeren ausländischen Konkurrenz schützen, indem der Markt und seine Verteilerorganisationen fest zusammengefaßt und durch eine einheitliche Preisbildungspolitik, Auftragsvergabe und Rohstoff-

lieferung zugunsten des Syndikats "geordnet" wurden. Preisabsprachen und Marktaufteilung verdrängten die normale Konkurrenz, und nicht selten führten sie zu einer besonderen Art von Preisdiktat. Auch versuchten die stärksten Firmen, auf diese Weise zu einer Vermehrung und Absicherung ihrer Extraprofiten zu gelangen, indem sie den kleineren Syndikatsmitgliedern Preise und Marktanteile vorschreiben konnten.

Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, wurden in vielen Ländern Kartellverbote erlassen. Doch diese sind nur bedingt wirksam geworden. Preis- und Marktabsprachen sind immer häufiger geworden und bestimmen in manchen Branchen das gesamte Wirtschaftsleben. Dabei spielt es eigentlich keine Rolle, ob solche Zusammenschlüsse von vielen verschiedenen Firmen gebildet werden oder ob sie schließlich zu einem großen Konzern führen. Entscheidend ist, daß Preisabsprachen und Marktaufteilung stattfinden. Bloße Preisabsprachen nennt man dabei Kartelle, gemeinsame Verkaufs- und Einkaufsgesellschaften mit dieser Aufgabe Syndikate. Auch internationale Kartelle haben sich herausgebildet, etwa das Erdölkartell (1928) oder die Welthandelsabsprachen von AEG und General Electric. Doch alle diese Kartelle sind selten von großer Dauer. Sobald nämlich die abgesprochenen Märkte gesättigt sind und sofern die einzelnen Unternehmen größere Marktanteile durch bessere Produktionstechnologie erwarten und schließlich im Gefolge der internationalen Vorherrschaft einzelner Finanzgruppen, welche in ihrem Herrschaftsbereich den Handel liberalisieren und durch die Devisenbeziehungen unterentwickelten Firmen internationale Wettbewerbsvorteile ermöglichen, immer dann verschieben sich die alten Gewichte, wird der Konkurrenzdruck größer und Kartelle wie Syndikate verschwinden. Entweder sie werden sich zu großen Firmen zusammenschließen oder aber einzeln zu größeren Unternehmen werden, die die neue Stufe der Konkurrenz auszutragen vermögen. Mit einem Wort: Monopole sind wohl am ehesten als Übergangserscheinungen von einer national organisierten zur internationalen Konkurrenz

zu verstehen. Ihre Aufgabe bestand und besteht in der Zusammenfassung und Konzentration der vorhandenen Kapital- und Produktionskapazitäten eines nationalen Marktes oder die Absprache im nationalen wie internationalen Handel. Nationale Syndikate und Kartelle dürfen wohl am ehesten als Abwehr scharfer ausländischer Konkurrenz angesehen werden. Die Bildung großer Konzerne und internationaler Kartelle ist aber zugleich auch Konzentration der Kräfte für die Internationale Konkurrenz. Daß beides möglich war bzw. ist, hängt nicht zuletzt mit den besonderen Bedingungen internationaler Handelsbeziehungen und nationalstaatlich organisierter Märkte zusammen, welche die Austragung echter internationaler Konkurrenz behindern und nationalen Monopolen und Kartellen Existenzmöglichkeit einräumen, ohne sich der weltweiten Konkurrenz stellen zu müssen.

Imperialismus

Die Herausbildung des Welthandels und der internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen ist voller Widersprüche und Konflikte - allein schon deshalb, weil die einzelnen Länder höchst unterschiedliche Entwicklungsstände haben und sich gegeneinander als unterschiedliche Währungs- und Marktgebiete abschließen. Erste Konflikte deuteten sich schon an, als die ersten großen nationalen Kapitalgruppen ihre Einflusssphäre planmäßig auszudehnen begannen. Die Ge-

gensätze und Reibungen ergaben sich hier aus der Suche und Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten in überseeischen Gebieten. Daraus resultierten zwangsläufig politische Konflikte, denn die alten kapitalistischen Mächte wie England, Spanien und Frankreich sicherten die Interessen ihrer nationalen Kapitale durch Kolonialbesitz. Kein Wunder also, daß neu aufstrebende Mächte wie die USA, Japan und das Deutsche Reich nach einer Neuaufteilung der Einflußsphären trachteten. Dabei hatten es die USA noch am leichtesten. Ihr Interessengebiet war Südamerika. Der Konflikt mit Spanien, der sich daraus ergab, löste sich nämlich wie von selbst durch eine Reihe bürgerlicher Revolutionen, in denen die Südamerikanischen Länder die spanische Herrschaft abschütteln konnten. Die USA unterstützten solche Revolutionen und verlangten dafür Einfluß für ihr Kapital. Und diesen Einfluß verteidigten sie nach außen wie nach innen, und immer auf altbewährte Weise: unliebsame Einflüsse, Regierungen und Strömungen wurden entweder innenpolitisch durch Putsche und Revolten beseitigt oder durch die militärische Intervention der USA selbst. Anders die europäischen Mächte: hier waren mehrere gleichwertige Kapitale und Staaten in Konflikt um die Aufteilung der Erde, die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe wie Öl, Gummi, Baumwolle usw. und den Einfluß auf wichtige Absatzmärkte. Nicht anders übrigens im Fernen Osten, wo sich Japan mit den Interessen der Großmächte konfrontiert sah. Diese Konflikte spitzten sich zwangsläufig zu und endeten in den tragischen Ereignissen des ersten Weltkrieges. Doch brachte auch der Krieg keine endgültige Lösung. Zwar war die Militärmacht des deutschen Kaiserreichs und damit das Machtmittel der deutschen Finanzgruppen und Industriekapitale zerschlagen worden; zwar konnten sich England und Frankreich noch einmal größere Kolonien im Vorderen Orient schaffen und an das immer wichtiger werdende Öl hier gelangen; aber die grundlegenden Probleme international konkurrierender Unternehmen und die Konflikte aus den unterschiedlichen Interessen an Entwicklung und Unterentwick-

lung verschiedener Länder waren damit nicht behoben. Im Gegenteil: sie verschärfen sich noch. Nach dem Krieg drängte nämlich entwickeltes amerikanisches Kapital auf den europäischen, namentlich den deutschen Markt. Hier waren günstige Investitionsbedingungen zu erwarten und die alten Devisen-, Zoll- und Einfuhrschranken waren durch die deutsche Niederlage aufgehoben. Der Konflikt mit dem deutschen Finanzkapital war damit programmiert. Zunächst war die Ausgangslage der deutschen Finanzgruppen denkbar schlecht. Die militärische Niederlage von 1918 und vor allem die Wiedergutmachungszahlungen waren so drückend, daß man in Deutschland die zeitweilige Finanzhoheit der Amerikaner hinnehmen mußte. Das änderte sich vollständig erst, als es den führenden deutschen Finanzgruppen um Krupp, Thyssen, Stinnes, die Deutsche Bank und die Dresdener Bank mit Hilfe der Massenbasis des Hitlerfaschismus gelangt, sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch ihre Interessen durchzusetzen. Verschärfte Kapitalkonzentration und Rüstung waren die wirtschaftspolitischen, Lohnkürzung, Zwangsarbeit und Terror gegen die Arbeiterbewegung die innenpolitischen und aggressive Expansionspolitik waren die außenpolitischen Stützen des Wiederaufschwungs der deutschen Kapitalakkumulation. Der Aufschwung klappte so gut, daß es zum erneuten Kampf um Märkte, Rohstoffe und Einflußsphären führen mußte. Erst die völlige Niederlage der faschistischen Mächte im II. Weltkrieg machte dem ständigen Kampf um die führende Position der nationalen Kapitale ein Ende. Die Epoche des Imperialismus, der Kampf nationaler Gesamtkapitale um die wirtschaftliche und finanzpolitische Führungsrolle auf dem Weltmarkt endete vorläufig mit der unbestrittenen Spitzenstellung der US-Kapitale, die nach dem Krieg Europa, Südamerika und Japan als Kapitalanlagesphären an sich rissen. Doch nicht vollends. Denn die fortbestehende Teilung des Welthandels in eine Reihe nationaler Märkte führte zu neuem Aufschwung in Europa und Japan. Aber auch zu neuen Konflikten und neuen Strukturkrisen.

Weltwährungskrise

Die internationalen Konflikte im Kampf um Kapitalexport und Märkte endeten nach dem II. Weltkrieg mit der absoluten Vorherrschaft der USA. Sie nutzten ihre Macht aus und begannen, ihrer Währung einmalige Vorteile zu verschaffen.

Dies fand seinen Niederschlag in der Gründung der Weltbank und dem internationalen Abschluß von Währungsverträgen. Kernstück dieser Abkommen war die Vereinbarung fester Wechselkurse für die einzelnen Währungen der Vertragsländer. Deren Regierungen oder Notenbanken legten fest, wie sich ihre Banknoten auf dem internationalen Devisenmarkt austauschen sollten. Der Dollar wiederum wurde als internationaler Währungsmaßstab und zum weltweit anerkannten Banknotenvertreter des Weltgeldes bzw. Goldes festgelegt. All dies war sowohl Ergebnis auch Vorbedingungen eines enorm anwachsenden internationalen Handels, für den Währungsvereinbarungen und damit Erleichterungen des Geld- und Warenverkehrs notwendig geworden waren.

Festgelegten Wechselkursen lag bzw. liegt die internationale Nachfrage nach den jeweiligen Devisen zugrunde. Da die Devisenkurse aber nur Ausdruck der jeweiligen wirtschaftlich-technischen Entwicklung sind, unterliegt den Währungskursen schließlich der jeweilige nationale Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Produktivität. Ändert sich das internationale Entwicklungsgefüge, wächst insbesondere die durchschnittliche Produktivität innerhalb des Rahmens eines einzelnen Landes besonders schnell, dann müssen sich die Währungsparitäten (= das Kursverhältnis) dieser Entwicklung anpassen. Ihr Kurs müßte steigen. Die Notenbank der einzelnen Länder hätte daher die Aufgabe, einen neuen Wechselkurs festzulegen, um so der gestiegenen Nachfrage nachzukommen. Sie müßte es, aber oft genug unterbleibt es. Denn mit den alten Paritäten sind ja bestimmte Wettbewerbs-

vorteile und Gewinnerwartungen sowohl von Seiten exportorientierter Inlandsunternehmen als auch von kapitalexportierenden ausländischen Finanzgruppen verbunden. Den einen würden höhere Kurse die Waren verteuern und die anderen verlören günstige Anlagemöglichkeiten für ihr Geld. Es sei denn, es gelingt beiden, auf die Wirtschaftspolitik soweit Einfluß zu nehmen, daß eine Aufwertung unterbleibt. In einem solchen Fall wären die Gewinninteressen gesichert. Doch ist das Ganze nicht ohne Schaden für die nationale Volkswirtschaft, wie man am Beispiel der Währungskrise der letzten Jahre sehen kann. Zwar hatten der Kapitalexport aus den USA, eigene Exportwirtschaft und ein ungeahnter Konzentrationsprozeß zum schnellen Wachstum der Produktivität in Europa und Japan geführt und den Vorsprung der USA eingeholt. Zwar hätten sich die Währungsbeziehungen dem anpassen müssen. Aber eine Neuordnung des Währungssystems unterblieb, ebenso wie rechtzeitige Aufwertungen von Mark und Yen bzw. Abwertungen des Dollars ausblieben. Wegen der mit unechten Währungsparitäten verbundenen Gewinnchancen wären sie vielleicht überhaupt nicht vollzogen worden, wenn dadurch nicht gleichzeitig das internationale Währungssystem in eine schwere Krise gestürzt worden wäre. Je unreeller nämlich die Kurse sind, je mehr der Dollar z.B. in bezug auf Mark und Yen überbewertet war und doch zu einem zu hohen Kurs gehandelt werden mußte, um so massenhafter strömte wertloses Geld in die Länder mit unterbewerteter Währung. Logischerweise, denn durch die unreellen Kurse erhielt man schließlich viel mehr "harte Währung" für den Dollar als er selbst wert war und in den entsprechenden Ländern stapelten sich eigentlich wertlose oder teilweise wertlose Gelder aus den USA.

Diese Tatsache hätte allein schon eine schwere Belastung des Weltwährungssystems bedeutet. Aber die Lage der internationalen Währungsbeziehungen wurde noch durch einen anderen Umstand belastet, nämlich die in den 60er Jahren ständig gestiegene öffentliche Verschuldung der USA. Die Rolle einer militärischen Führungsmacht des Kapitalismus brachte

eine ständige Ausweitung der Rüstungskosten mit sich, so daß schließlich der weitaus größte Teil der Staatsausgaben für Waffensysteme und andere Kriegsgüter ausgegeben wurde. Auch verschlangen die ständigen militärischen Interventionen bzw. die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa, Asien und Afrika Unsummen. Weil außerdem jede Rüstungsproduktion in den USA einen gewissen Stabilisierungseffekt für das marktwirtschaftliche System hat (der Staat finanziert teure Entwicklungskosten der Industrie, er schafft langfristige Aufträge und sichert hohe Profite), wurden Rüstungskosten auch dann noch aufgebracht, als der Staatshaushalt erschöpft war. Der Staat verschuldete mehr und mehr. 1969 umfaßte die öffentliche Schuld in den USA 380 Mrd. Dollar bzw. 40,8 % des gesamten Bruttosozialproduktes. Mit dem Schuldengeld wurde nun gearbeitet und konsumiert. Auf diese Weise kam die Staatsverschuldung einer tatsächlichen Vermehrung des Papiergeldes gleich. Nun hätte dies eigentlich zur ständigen Dollarabwertung führen müssen, denn im Vergleich zum Goldwert war die Dollarnote dadurch ja weniger geworden. Da sie aber zugleich internationale Reservewährung war, traten Komplikationen auf. Eine Abwertung hätte das ganze Währungsgefüge in Unordnung gebracht und vor allem Wettbewerbsvorteile für US-Finanzkapital und europäische bzw. japanische Warenexporteure zunichte gemacht. Die Abwertungen unterblieben daher vorerst. Ständig wachsende Mengen von wertlosen Dollars traten in die Zirkulation und die verschiedenen Notenbanken der Welt mußten Dollars aufkaufen, um sie gleichsam aus dem Verkehr zu ziehen, damit der Dollarkurs nicht über Nacht zum Sturz kommen konnte. Schließlich befanden sich im Ausland mehr Dollarnoten als von der Regierung der USA verantwortet werden konnte, denn der Dollar mußte als Reservewährung jederzeit und direkt gegen Gold eingetauscht werden. Die Gefahr bestand, daß die ausländischen Dollardevisen - eingetauscht gegen Gold - fast den ganzen Goldreservofond der USA aufgezehrt und so den Dollar ruiniert hätten.

Die Weltwährungskrise war perfekt. An den europäischen De-

visenbörsen wurden z.B. große Mengen Dollars nur zum Zwecke der Devisenspekulation gehandelt (sog. Eurodollars). In den Empfängerländern führte das wertlose Geld zu Inflationsbewegungen. So blieb die Aufwertung europäischer Währungen einzige Rettungsmöglichkeit für die bedrohten Länder. Doch zu erwartende Aufwertungen entfachten neue Krisen. Aufwertungsverdächtige Währungen wurden an der internationalen Devisenbörse zu Kaufschlagern, weil man mit der nötigen Menge dieser Währung allein durch die Aufwertung oft fünf- bis zehnpromzentige Gewinne machen konnte. Durch nichts als durch bloße Devisenspekulation. Um das zu verhindern, versuchten die Regierungen, die Aufwertungen in Grenzen zu halten. Oft erhöhten sie den Kurs ihrer Währung nicht kräftig genug. Also entstand nach kurzer Zeit das gleiche Problem mit allen seinen Folgen, mit Inflation, Devisenspekulation u.v.m. So folgten und folgten neue Aufwertungen und Spekulationen. Und diese Vorgänge werden sich solange wiederholen, wie nicht ein einheitliches Weltsystem des Geldes gefunden wird.

Diese Währungskrise ist nämlich keine Wirtschaftskrise im engeren Sinne. Sie ist vielmehr eine Erscheinung, welche aus der Tatsache herrührt, daß der nationale Staat mit seiner nationalen Währung und seinem nationalen Markt längst schon zu klein geworden ist für den intensiven Welthandel. Doch solange und weil keine Neuordnung gefunden werden kann, wird es immer wieder Gewinnerwartungen und Absatzmöglichkeiten, Wettbewerbsvorteile und Investitionsanreize geben, welche zu wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen mit den beschriebenen Folgen führen. Übrigens auch oder gerade um den Preis inflationärer Entwicklung.

Inflation

Die Verschuldung der führenden kapitalistischen Länder bezieht sich nicht nur auf den Staatshaushalt einiger Nationen wie z.B. in den USA. Mehr noch: es gibt sogar Staaten wie die BRD, deren Haushalte sind garnicht oder nur im geringen Maße verschuldet (in der BRD ist der Bund z.Zt. zwar aus den roten Zahlen heraus; dafür türmen sich die Schulden bei den meisten der großen Städte). Viel auffälliger und wichtiger ist eine andere Form der Verschuldung: die der privaten Haushalte und Firmen. Es gehört heute zu den normalen Gepflogenheiten der überwiegenden Zahl aller Unternehmen, neue Vorhaben und Investitionen durch Kredite, Hypotheken und Leihgelder aller Art zu finanzieren. Wer heute eine kapitalistische Unternehmung starten will, hat in den seltensten Fällen das Startkapital durch Eigenfinanzierung aufgebracht. Vielmehr sind es die Banken, welche heute durch Vergabe von Krediten das Investitionsgeschäft ermöglichen - und natürlich auch daran verdienen. Nun war die Vergabe von Investitionskrediten schon immer üblich, wenn auch nicht in dem riesigen Umfang wie heute. Was allerdings vor mehr als 30 Jahren noch schier undenkbar gewesen wäre, ist das Ausmaß der Verschuldung privater Haushalte. Noch vor wenigen Jahren hätte allenfalls ein Arzt oder Rechtsanwalt, ein hoher Beamter oder ein reicher Unternehmer einen privaten Kredit erhalten. Arbeiter und Angestellte hätten an so etwas weder denken noch je gelangen können. Schon allein deshalb nicht, weil sie keine Sicherheiten in Form von Grundstücken, Schmuckstücken usw. liefern konnten. Wer von ihnen Geld brauchte, dem blieb nur das Pfandhaus! Heute hingegen ist es für jedermann ein leichtes an Kredit zu gelangen: Kontoüberziehen, Kleinkredite, Bausparverträge mit eingebauter Hypothek, Autoanschaffungskredite uvm. gehören heute zum Alltag eines jeden Arbeiters und Angestellten. Hinzu kommen Kredite in Form von Teilzahlungsgeschäften, welche schließlich nichts anderes als Warenkredite sind. Kein Wunder also, daß die meisten der kapitalistischen Volkswirtschaften heute einen immensen

Schuldenberg aufweisen: Die USA als führendes kapitalistisches Land wies 1970 z.B. bei einem Bruttosozialprodukt von 931 Milliarden Dollar eine Verschuldung der Firmen und Privathaushalte in Höhe von 1 247 Mill. Dollar auf.

Welche wirtschaftlichen Folgen hat dieser Kreditboom? Zunächst einmal die, daß sich die Kreditnehmer nun etwas kaufen können, was sie unter "normalen" Umständen nicht bezahlen könnten. Mit einem Wort: Die rasante Vermehrung der Kredite verschafft den Konsumenten von Verbrauchsgütern wie von Industriegütern mehr Kaufkraft als unter normalen Bedingungen! Die zweite Folge ist, daß durch die breite Verschuldung das Gefüge von Kaufkraft und Warenangebot auseinander gerät. Zwar haben die Leute nun mehr Geld und können auch mehr kaufen, aber das Warenangebot ist dadurch nicht vermehrt worden. Die Unternehmen können nun in zwei verschiedenen Formen darauf reagieren. Entweder sie nehmen die gute Absatzlage zum Anlaß, mehr zu produzieren und ihre Fabriken zu vergrößern. Oder sie versuchen, die große Nachfrage einfach durch Preiserhöhungen aufzufangen.

Im ersten Fall ist eine ständige "Konjunkturüberhitzung" das Ergebnis - so jedenfalls drücken sich unsere Wirtschaftspolitiker aus. Die immer weiter wachsende Kaufkraftvermehrung der Konsumenten verführt die Unternehmen in diesem Fall dazu, ständig ihre Anlagen und Kapazitäten zu vergrößern und ihre Produktion auszuweiten. Sie hezen damit die Gefahr einer massenhaften Überproduktion ständig an. Die kleinste Veränderung der anfälligen Marktlage würde dann nämlich schlagartig eine Krise hervorrufen, wenn sich die Absatzbedingungen auch nur im geringsten verschieben.

Im zweiten Fall, wo die Firmen auf die steigende Nachfrage mit Preiserhöhungen reagieren, führt das Ganze zur sogenannten Hausgemachten Inflation. Die Preiserhöhungen machen die Waren im Geldausdruck nämlich teurer, als sie es tatsächlich sind. Das Gleichgewicht von Geld- bzw. Währungswert und Wert der

produzierten Güter kommt damit ins wanken. Für das selbe Geld bekommt man weniger Waren; oder anders: das Geld verliert an Wert. Dies ist das Wesen der modernen Inflation.

Diese Entwicklung ist äußerst gefährlich. Sie hat nämlich ständig die Wirtschaftskrise oder die Währungskrise und damit die Verschlechterung der Außenhandelsbedingungen zur Folge:

Deshalb versuchen Regierungen wie die sozialliberale Koalition in Bonn mit steuerpolitischen Maßnahmen und kreditpolitischen Eingriffen, die inländische Gesamtnachfrage zu dämpfen: Durch Steuererhöhungen und Konjunkturzuschläge versucht man, die Kaufkraft der Verbraucher zu kürzen und die Investitionen der Unternehmen zu bremsen. Schließlich versucht man auch mit Devisenbeschränkungen, den Strom inflationärer Gelder von außen einzudämmen. Allerdings mit mäßigem Erfolg. Die Maßnahmen gehen alle nicht an die Wurzeln der Inflation, sondern versuchen nur, ihre Auswirkungen zu dämpfen. Die Ursachen liegen tiefer, nämlich in den Gründen, welche zu dem Anwachsen der Verschuldung des Staates, der Firmen und der privaten Haushalte geführt haben. Man muß sich dieser Frage widmen, wenn man die Rolle der Inflation im Kapitalismus unserer Tage richtig beurteilen will. Auf jeden Fall liegen die Ursachen nicht - wie man oft hört - in den "ständigen Lohnforderungen der Arbeiter".

Wer so argumentiert, der treibt ganz einfach Demagogie. Denn alle Tarifrunden der Vergangenheit zeigen deutlich, daß Lohnforderungen immer erst nach vorangegangenen Preissteigerungen gemacht worden sind. Daß ein solches Lügengespinnt aber dennoch geglaubt wird, liegt daran, daß die Inflation tatsächlich vom wachsenden Kaufvermögen der Massen mit ausgelöst wird. Nur wird bei der üblichen Inflationstheorie Lohnforderung und Kaufkraftanstieg in einen Topf geworfen; Ergebnis: die Arbeiter sind Schuld an der Inflation.

Während in Wirklichkeit die Haushalte der Arbeiter und Angestellten ständig mehr verschulden (woran die Banken natürlich fleißig verdienen), wird der Eindruck erweckt, es seien nur die Löhne, welche den sogenannten Kostendruck erzeugten. Daß es die Verschuldung ist und die inflationstreibende Preispolitik der Unternehmen, welche in der BRD z.B. in 20 Jahren zu einem Geldwertverlust von etwa 41% geführt haben, das wird nicht nur verschwiegen, sondern den Arbeitern und Angestellten noch in die Schuhe geschoben.

Mit welchem Ziel? Mit einem ganz durchsichtigen: mit dem Ziel nämlich, Arbeiter und Angestellte möglichst von ihren Forderungen abzubringen, sie zumindest jedoch zu verunsichern!

Stagflation = Wirtschaftskrise und Inflation

Wirtschaftskrise und Inflation: Wie sind diese Zeichen einer schleichenden Inflation zu werten?

Diese Frage beantwortet man am besten, indem man sich noch einmal die wesentlichen Merkmale bzw. den Sinn der kapitalistischen Krise vor Augen hält: Sie entsteht dadurch, daß die privatwirtschaftliche Akkumulation der Unternehmen sehr schnell zu einer Übersättigung der Märkte und damit zur Überakkumulation führt. Diese Überakkumulation wird beseitigt, indem das Kapital durch Preisstürze und Pleiten kleiner, ökonomisch schwacher Unternehmen entwertet wird. Die zeitweilige Entwertung von Kapital ist also der Sinn bzw. der Zweck einer jeden kapitalistischen Krise.

Man darf die Formen, mit denen das Kapital entwertet wird, nicht mit dem Sinn der Krise verwechseln. Dann kommt man nämlich zu einem falschen Krisenverständnis: Man hält dann nämlich nur die Rezession (also die Unterbrechung der Produktion, Kurzarbeit und Pleiten) für den Ausdruck der Krise. Man übersieht dabei, daß eine schleichende Inflation ja auch eine Kapitalentwertung zur Folge hat, denn was ist Kapital anderes als zu besonderen Zwecken verwendetes Geld. Wenn dem aber so ist, dann muß man den eigentlichen Ursprung der Inflation in einer permanenten und krisenhaften Überakkumulation suchen. Die eigentliche Ursache von Devisenspekulationen und Kreditausweitung aller Bereiche muß darin gesehen werden, daß infolge der Überakkumulation große Kapitalmengen vorhanden sind, welche im Bereich der Produktion von Waren bzw. im kommerziellen Gewerbe nicht gewinnbringend unterzubringen sind. Deshalb "schwirren" sie woanders herum. Vor allem offenbar im Bankgewerbe und zwar als Leihkapital und auf den internationalen Börsenmärkten.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Nur als Leih- oder Spekulationskapital können sich heute große Kapitalmengen noch verwerten. Die Aufblähung des Kreditsektors und des Spekulationswesens sind also durchaus zeitgemäße Erscheinungen unserer Wirtschaftsordnung. Sie sind selbst ein zeitgemäßer Krisenmechanismus, denn obwohl sich die Leih- und Spekulationskapitale gewinnbringend verwerten, tragen sie mit der Inflation eine allgemeine Kapitalentwertung in die übrigen Wirtschaftsvorgänge hinein. Der Unterschied zwischen dieser Kapitalentwertung und der Rezession liegt letztlich nur in den gesamtwirtschaftlichen Folgen, die die beiden Austrageformen hervorrufen: Die Rezession führt eben zur zusammenbruchsartigen Erwerbslosigkeit der Arbeiter und zum Stillstand der Produktion - die Inflation hingegen entwertet das Kapital schleichend. Die Arbeitsplätze bleiben erhalten und die Kredite sichern die weitere Aufrechterhaltung der Produktion. Deshalb versucht die Wirtschaftspolitik der meisten kapitalistischen Länder, die

Rezession auf jeden Fall zu vermeiden, weil man allgemein weiß, daß eine weltweite Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern katastrophale Folgen hätte.

Das wichtigste Rettungsmittel vor dem Zusammenbruch ist die Kreditsteuerung, das Anschwellenlassen des Leihkapitals und der Spekulation. Mit einem Wort: die schleichende Inflation. Offenbar nehmen die Wirtschaftspolitiker der führenden kapitalistischen Nationalstaaten lieber eine allmähliche Zerrüttung der Finanzen als die Arbeitslosigkeit in Kauf. Getreu dem Spruch des Bundesfinanzministers Schmidt: 'Lieber 6 % Inflation als 6 % Arbeitslose!'

Also: Wie man es auch dreht und wendet, Krise und Kapitalentwertung sind unvermeidlich. Nur die Folgeerscheinungen sind andere (Inflation oder Arbeitslose). Weil das so ist, haben manche Wissenschaftler den Ausdruck "Stagflation" für unsere schleichende Inflation geprägt: Er besagt, daß unsere Inflation Ausdruck der Überakkumulation (Stagnation) ist: Stagnation + Inflation = Stagflation!

Nun mag es so scheinen, als könnten sich die Wirtschaftspolitiker aussuchen, auf welche Weise die Krise ausgetragen werden soll. In gewisser Weise ist das auch so. Würde jede Vergabe von Leihkapital unterbunden, dann müßte tatsächlich eine scharfe Rezession eintreten. Mit der Kreditpolitik können Regierung und Banken Einfluß auf den Austragungsmodus der Krise nehmen. Ob aber die Maßnahmen wirklich greifen, das wiederum hängt von ganz anderen Dingen ab. Und zwar von der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Kapitale auf dem Weltmarkt, welche heute das wesentliche Moment der wirtschaftlichen Lage einflußreicher Unternehmen ausmacht. Preisgestaltung, Absatzmöglichkeiten u.v.m. sind aber nicht nur von den wirtschaftlich-technischen Bedingungen der Firmen selbst abhängig, sondern auch von den Klassenkämpfen der Arbeiterklasse. Je mehr diese nämlich streikbereit ist - um so schlechter die Ertragslage der Firmen auf dem internationalen Markt. Inflationsentwicklung wiederum schafft andauernde Streikbewegungen in allen

westlichen Industrieländern: Mit der Inflation ist eine ständige Entwertung der Löhne und Einkommen verbunden, welche nur durch ständige Lohnbewegungen aufgefangen werden können. Je militanter diese nun geführt werden, um so anfälliger ist die weltwirtschaftliche Lage der Kapitale.

Das bedeutet Absatzschwierigkeiten und unaufhaltsame Rezession! So daß schließlich von echter Wirtschaftssteuerung nicht die Rede sein kann. Die wirtschaftliche, technische und sozialpolitische Lage der Unternehmen und damit die klassischen Momente der Konkurrenz bestimmen also die Wirtschaftslage. Was die Wirtschaftspolitik wirklich vermag, das ist eine Art Auffangen der Krisenfolgen und -härten. In jedem Fall aber wirken die Gesetze des Marktes. Nur werden sie auch hier wieder durch die internationale Organisation des Weltmarktes verzerrt und behindert.

Welthandel und ungleiche Entwicklung

Welthandel und Weltmarkt werfen ein besonderes Problem auf: Bis in die Gegenwart hat sich der Kapitalismus innerhalb der Grenzen nationaler Volkswirtschaften entwickelt. Geschützt durch die wirtschaftlichen und politischen Schutzmaßnahmen der jeweiligen Staatsmacht entstanden im Nationalstaat einheitliche Märkte, einheitliche Währungssysteme und eine durchschnittliche Entfaltung der Produktivität der industriellen Warenher-

stellung. Kurz: Der jeweilige Marktwert der Waren und die durchschnittliche Profitrate. Der Handel mit anderen Märkten war und ist Außenhandel, also Handel zwischen nationalen, Volkswirtschaften und national organisierten Einzelkapitalen. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß die verschiedenen Länder im Vergleich zueinander sehr unterschiedliche Entwicklungsstufen in der industriellen Produktion aufweisen. Die Folge: In entwickelten Ländern ist die jährliche Güterproduktion sehr hoch und die Warenwerte vergleichsweise niedrig. In unterentwickelten Ländern ist es umgekehrt - vor allem deshalb, weil Technik, Entwicklung, Ausbildung der Arbeitskräfte und das vorhandene Kapital noch sehr gering sind. Aber schon sehr früh, um die Mitte des 19. Jh. führte die Akkumulation des Kapitals in den entwickelten Ländern zu einem so großen Warenausstoß, daß die nationalen Märkte zu klein wurden. Länder wie England, Frankreich, Deutschland und die USA waren seit jeher darauf angewiesen, ihre Waren auch im Ausland abzusetzen. Nun sind kapitalistische Länder auch untereinander noch höchst unterschiedlich entwickelt. Deshalb bedeutete der Außenhandel für die Unternehmen führender Volkswirtschaften mehr als nur Warenabsatz von überschüssigen Produkten. Er erbrachte und erbringt einen besonderen Gewinn: den Außenhandels-Extraprofit, welcher daher rührt, daß entwickelte Unternehmen in anderen, weniger entwickelten Volkswirtschaften ihre billigen Waren zu den dort üblichen hohen Marktwerten anbieten können. Mehr noch: sie können sogar immer ein wenig unter den Preisen einheimischer Unternehmen bleiben und werden so zu gefürchteten Konkurrenten. Kein Wunder also, daß entweder Unternehmen große Befürworter des Freihandels sind (= Handel ohne Schutzzölle). Einheimischen Unternehmen aus weniger entwickelten Volkswirtschaften bleibt oft nichts anderes als sich mit Einfuhrzöllen vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Doch damit ist ihnen wenig geholfen. Auf Dauer müssen sie versuchen, den Standard der hoch entwickelten Auslandskonkurrenz einzuholen, schon deshalb, weil zu vermuten ist, daß die entwickelten Unternehmen vermittels

ihrer Regierungen alles daransetzen werden, die Schutzzollpolitik der weniger entwickelten Länder zu durchbrechen. Daher müssen die gefährdeten Unternehmen alle Kapitalreserven und Produktionskapazitäten zusammenfassen, um der Konkurrenz entgegentreten zu können. Die Monopole und Kapitalzusammenschlüsse der europäischen Volkswirtschaften sind mit Sicherheit ein solcher Versuch, der wachsenden internationalen Konkurrenz gerecht zu werden. Andererseits muß man die imperialistischen Konflikte als Versuche werten, von Seiten der mächtigsten Staaten alle für ihre Unternehmen und Finanzgruppen ungünstigen wirtschaftspolitischen Hemmnisse zu beseitigen. Heute sehen wir, daß sich die größten kapitalistischen Nationalstaaten, die USA, Japan, BRD, Frankreich, Italien und England in vielen Bereichen wirtschaftlich ungefähr angeglichen haben. Überall ist der Warenaustausch so groß, daß der Welthandel zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden ist. Deshalb verlangt die Logik der Marktwirtschaft so etwas wie die Herausbildung eines neuen, größeren Marktsystems. Der Warenaustausch, also der Markt der großen Unternehmen ist längst über die Grenzen des Nationalstaates hinausgewachsen. Und doch hat sich ein weltweiter Markt, ein Weltmarkt, nicht herausbilden können. Offenbar stehen der Verwirklichung des im Grunde schon vorhandenen Weltmarktes wirksame Schranken entgegen, welche mit dem Fortbestehen von Nationalstaaten zu tun haben. Der Widerspruch, welcher auf diese Weise im internationalen Wirtschaftssystem besteht, kann offenbar noch nicht gelöst werden. Er macht sich infolgedessen in einer Reihe von Strukturkrisen bemerkbar. Die Krisen wiederum, ob es sich um gewaltsame Markteroberung (Imperialismus) oder um Währungskrisen handelt, sind Ausdruck eines besonderen Umstandes, der mit dem Hinauswachsen der Marktwirtschaft über den Nationalstaat direkt verbunden ist: Nämlich der besonderen Wirkungsweise des Wertgesetzes im internationalen Handel. Dabei besteht das "Geheimnis" der besonderen Wirkungsweise in nichts weiter als der Tatsache, daß sich die Zirkulation und die Marktbeziehungen in einer Weltwirtschaft aus na-

tional voneinander getrennten Märkten verdoppeln muß. Und zwar in die innere Zirkulation des nationalen Marktes und die äußere zwischen den Märkten. Diese wiederum ist nicht einfach bloß Waren und Geldstrom zwischen verschiedenen Volkswirtschaften, sondern auch eine besondere Form von Geldverkehr: die Devisenzirkulation, weil man nämlich, um im Ausland kaufen zu können, seine eigene Währung in die des anderen Landes umtauschen muß. Dieser scheinbar belanglose Sachverhalt hat jedoch für die Entwicklung der Weltwirtschaft seine besondere Bedeutung. Er führt nämlich zu ganz eigentümlichen Wirkungen der Tauschgesetze: Eben weil sich die Zirkulation im Welthandel verdoppelt, wirken sich die Wertgesetze sozusagen zweimal aus und können sich auf diese Weise geradezu in ihr Gegenteil verkehren. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, diese besondere, diese Devisenzirkulation genauestens zu untersuchen:

Devisenzirkulation

Was den Welthandel bremst, ist nur eine besondere Auswirkung der Tauschgesetze. Seit und solange unterschiedlich entwickelte kapitalistische Nationalstaaten bestehen, wirken sich die unterschiedliche Produktivität der nationalen Wirtschaft und damit die unterschiedlichen Preise, welche die Waren in einer der verschiedenen Volkswirtschaften haben, folgendermaßen aus:

Nach Waren aus einem entwickelten Land entsteht im Welthandel eine starke Nachfrage - eben weil sie in großer

Zahl produziert werden und also billig sind. Aber bevor man Waren aus dem entwickelten Land erwerben kann, braucht man dessen Währung bzw. ein ausländisches Zahlungsmittel, welches dort anerkannt wird, also Devisen. Nun passiert etwas Merkwürdiges: Die Nachfrage nach den billigen Gütern aus einem entwickelten Land wie den USA erzeugt eine Nachfrage nach deren Devisen, den Dollars. Doch die als Devisen gehandelten Dollars sind zahlenmäßig beschränkt. Also wird der Kurswert des Dollars an der Devisenbörse mit der Nachfrage in die Höhe getrieben: Der Wechselkurs des Dollars steigt! Und der steigende Wechselkurs macht die Waren wieder teurer und frißt so den Wettbewerbsvorteil teilweise wieder auf. Doch nicht genug damit. Der Devisenhandel wirkt sich auch in anderer Richtung aus. Je mehr die Währung eines entwickelten Landes steigt, um so billiger werden die Währungen weniger entwickelter Länder und verbilligen im internationalen Handel die Waren aus unterentwickelten Ländern. Im Inland bleiben diese Waren teuer wie eh und je, aber für Ausländer aus entwickelten Ländern werden die Dinge allein durch die Devisenbewegungen spottbillig. Das hat zwei Folgen:

1. Da der Wettbewerbsvorteil der entwickelten Industrie im Warenexport gebremst wird, verlegt sich diese auf ein anderes Geschäft, nämlich den Kapitalexport. Denn: Je mehr die Währung eines entwickelten Landes steigt, um so mehr verbilligen sich mit der Verbilligung der unterentwickelten Währung auch die Kapitalgüter im weniger entwickelten Land. Kapitalexport ist äußerst lohnenswert. Maschinen, Boden, Arbeitskräfte, Rohstoffe usw. können im wenig entwickelten Land oft zu Spottpreisen und weit unter Wert angekauft werden.

2. Gibt es im weniger entwickelten Land eine eigene Industrie, welche exportieren kann, dann profitiert sie ebenfalls von diesem Vorgang. Eben weil die Waren aus weniger entwickelten Ländern im entwickelten Land billig sind, erhält die ansonsten gar nicht konkurrenzfähige Firma aus

unter- oder weniger entwickelten Ländern einen "außerplanmäßigen" Wettbewerbsvorteil eigener Art. Der Markt des entwickelten Landes ist für ein solches Unternehmen der ideale Absatzmarkt seiner Waren. Die günstige Marktlage gibt dem wenig entwickelten Land sogar eine gewisse Chance, in einigen Industriebereichen durch die richtige Investitionspolitik sich dem Weltmaßstab anzugleichen.

Dies muß man wissen, wenn man die heutige Weltwirtschaftslage begreifen will. Heute streben die Finanzgruppen der entwickelten Länder mit ihren anlagesuchenden Kapital in die Kapitalmärkte weniger entwickelter Länder, um hier eigene Firmen zu gründen oder einheimische Unternehmen aufzukaufen. Sie haben sogar ein großes Interesse an der geringen Entwicklung dieser Ländern, denn sie ist mit ein Grund für ihre riesigen Gewinne. Aber auch Industriegruppen weniger entwickelter Länder profitieren von der ungleichen Entwicklung bzw. von den Besonderheiten der Devisenzirkulation: Die Konkurrenzkraft der hochentwickelten Unternehmen wird ja durch die Währungsentwicklung entscheidend geschwächt und bildet somit keine unmittelbare Bedrohung mehr. Solange jedenfalls nicht, wie sich das nationale Kapital einigermaßen vor dem einströmenden Kapitalexport aus dem Ausland schützen kann. Also werden diese Industriekreise an einer weitgehenden Schutzpolitik gegenüber fremdem Kapital interessiert sein, welche die Gefahr von außen dämmen soll. Damit aber werden internationale Konflikte neuer Art hervorgebracht. Das Finanzkapital aus entwickelten Ländern wird den Behinderungen der eigenen gewinnbringenden Kapitalanlage nicht lange tatenlos zusehen. Schließlich entgehen ihm übergroße Gewinne. Es wird also versuchen, politischen Einfluß auf die Handelspolitik der weniger entwickelten Länder zu nehmen. Das einheimische Kapital wenig entwickelter Länder wird sich wehren und es kommt zu Verwicklungen, welche zunächst nur als politische Konflikte erscheinen mögen. Die Gegensätze in den wirtschaftlichen Interessen zwischen einheimischem und ausländischem Ka-

pital können jedoch auch zu militärischen Verwicklungen führen, um die Durchsetzung der Interessen der verschiedenen Kapitale zu erzwingen.

Kapital exportierende Firmen können dabei leicht ihre Interessen durch Militärintervention sichern wollen, während das nationale Kapital sich gegen den Eingriff von außen schützen wollen wird.

Die letzten Kriege in Europa und im Pazifik, also der II. Weltkrieg, hat hierin sicher eines seiner stärksten Motive. Es ist heute ziemlich sicher, daß es dabei auch oder sogar hauptsächlich um die Frage ging, welches Kapital in Europa und Ostasien die Vorherrschaft haben sollte, die exportorientierten amerikanischen Finanzgruppen oder die deutschen und japanischen Großindustriellen. Aus gleichen Motiven erklären sich aber auch die zahllosen militärischen Interventionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Dritten Welt - auch wenn in letzter Zeit Interventionen gegen sozialistische Revolutionsregierungen oder Befreiungsbewegungen im Vordergrund standen (Vietnam, Kambodscha, Laos usw.).

Weltmarkt und Dritte Welt

Die kapitalistische Wirtschaft unserer Tage drängt mit aller Macht zum Weltmarkt. Im Bereich der entwickelten kapitalistischen Länder ist er weitgehend schon vorbereitet: Internationale Konzerne mit Tochtergesellschaften in fast allen wichtigen kapitalistischen In-

dustrielländern gehören heute zum alltäglichen Bild. Kaum eine Branche von Bedeutung, in der es sie nicht gibt, die internationalen Automobilkonzerne wie GM (General Motors, USA), Ford (USA), Chrysler (USA), VW (BRD), Mercedes (BRD), Toyota (Japan), Honda (Japan), Fiat (Italien), Elektrokonzerne wie General Electric (USA), ITT (USA), AEG (BRD), Siemens (BRD), Westinghouse (GB), Erdölkonzerne wie Rockefeller (USA), Shell (Holland), BP (GB) usw. Diese Firmen kaufen, verkaufen und produzieren nicht nur auf einem internationalen Markt. Sie haben auch teilweise schon Schritte hin zu einem tatsächlich vereinheitlichten Weltmarkt gemacht. Etwa in Gestalt der europäischen Gemeinschaft (EG) oder der internationalen Handels- und Zollunion (GATT) oder der Entwicklungsplanorganisation (OECD). Doch der letzte Schritt, die Aufhebung der verschiedenen nationalen Währungen und damit der nationalstaatlichen Finanz- und Außenhandelspolitik ist bis heute unterblieben. Zweifelsohne wegen der mit den alten nationalstaatlichen Schranken verbundenen besonderen Wettbewerbsbedingungen schwächerer Kapitale bzw. wegen der Gewinnerwartungen kapitalexportierender Finanzgruppen. Doch so sehr sich dieser Umstand auch verzögernd auf die Weltmarktentwicklung in den Metropolen (= führende kapitalistische Länder der OECD) auswirken mag, das eigentliche Problem der Herausbildung des Weltmarkts heute ist die Dritte Welt bzw. die unterentwickelten Länder, welche politisch meistens aus ehemaligen Kolonien der Westmächte hervorgegangen sind. Denn eine umfassende Entwicklung zum Weltmarkt schließt eine wenigstens vergleichbare Entwicklung dieser Länder mit ein. Das Problem ist nur, daß in der III. Welt wegen der besonderen Kolonialgeschichte (Zerschlagung des heimischen Gewerbes, Rohstoff-"Farmen", Absatzgebiete für industrielle Fertigwaren) die landwirtschaftliche Produktion i.d.R. noch immer 70 % des Bruttosozialprodukts u.m. beträgt.

Die Entwicklungsstufe dieser Länder ist in jeder Hinsicht extrem niedrig, in bezug auf die allgemeine Produktionstechnologie, die Ausbildung der Arbeitskräfte, die Er-

schließung des Landes u.v.m. Die Löhne sind infolgedessen niedrig und die nationalen Währungen besonders niedrig notiert. Das alles macht diese Länder zu günstigen Investitionsgebieten für anlagesuchendes Kapital. Auch sind nicht immer Konflikte mit einheimischen Kapitalgruppen zu befürchten, denn die koloniale Vergangenheit dieser Länder hat ein nationales Kapital häufig erst gar nicht entstehen lassen. Doch stehen den Investitionsinteressen zumeist zwei Dinge entgegen: die mangelnde Erschließung des Landes (es fehlen Straßen, Kommunikationssysteme, Schulen, Krankenhäuser u.v.m.) sowie die geringe Vorbildung der Arbeitskräfte. Zwar bemühen sich die meisten kapitalistischen Länder, durch Kredite und Geschenke solchem Übel abzuhelpfen, aber alte, feudale Machtstrukturen und traditionelle Lebensgewohnheiten, vor allem Korruption und Mißwirtschaft verderben oft jeden "Hilfe"versuch. Eine eigenständige kapitalistische Entwicklung der Länder der III. Welt wird durch diese Umstände vielfach unmöglich. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung rasch an. Hierdurch entstehen jene bedrückenden Verhältnisse in den Ländern der dritten Welt, welche die Ursache antikolonialer und antiimperialistischer Revolutionen sind, die die Einflußmöglichkeiten der internationalen Finanzgruppen zurückzudrängen versuchen, um zu einer eigenständigen Entwicklung des Landes unter der Führung von Parteien und Organisationen der Arbeiter- bzw. der Bauernbewegung zu gelangen. Allerdings sind solche nationalen Revolutionen von politischen und militärischen Interventionen von Seiten kapitalistischer Mächte (u.a. der USA) bedroht, welche gleichsam verlorene Gebiete in die Kontrolle der führenden Industrie- und Finanzgruppen zurückholen wollen und oft auch holen. Dabei ist keineswegs immer ausgeschlossen, daß die nationalrevolutionären Bewegungen lediglich zu einer eigenständigen Form von kapitalistischer (eben nationaler, gelenkter) Entwicklung in der Dritten Welt führen werden. Andererseits ist heute an Beispielen wie Brasilien zu sehen, daß es einen kapitalistischen Entwicklungsweg für die Dritte Welt auch unter

der Vorherrschaft des internationalen Kapitals gibt. Allerdings um den Preis übelster Ausbeutung und Unterdrückung der Massen in der Form von Militärdiktaturen und faschistischen Regimes. Der Weg unter der Führung der Organisationen der Arbeiterbewegung hat immerhin den Vorteil, gleichheitlichere Verhältnisse und soziale Sicherheit mit seinem Entwicklungsweg zu verbinden.

Wie dem auch immer sei, es ist ziemlich sicher, daß am Ende tatsächlich eine allmähliche Angleichung der Weltregionen zu erwarten ist, welche die Bedingungen für die Herausbildung eines wirklichen Weltmarktes schafft. Dann allerdings lassen sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus nicht mehr aufhalten, denn dann sind alle Möglichkeiten entschwunden, daß einzelne, nationale Gesamtkapitale durch besondere Umstände internationaler Handels- und Finanzbeziehungen auf gewisse Zeit unvergleichlich positive Entwicklungen durchmachen können. Dann spätestens wirken alle Gesetze der kapitalistischen Entwicklung ohne Einschränkung. Auch das des allmählichen Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems.

Tendenzieller Fall der Profitrate und Zusammenbruchsgesetz

Die Theorie der Politischen Ökonomie geht bei der Erforschung der Gesetze des Kapitalismus im Grunde davon aus, daß sich die bürgerliche Produktionsweise schon als Weltmarktsord-

nung entwickelt hat. Die Beschreibung kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten nimmt also das Bestehen des Weltmarktes schon vorweg. Dieser Markt muß tatsächlich entstanden sein, bevor die kapitalistische Ordnung voll entwickelt ist und ihre Gesetzmäßigkeiten auch tatsächlich alle und uneingeschränkt zur Wirkung kommen. Solange der Weltmarkt noch in den Kinderschuhen des internationalen Handels steckt, haben schließlich einzelne Unternehmen und ganze Volkswirtschaften noch viele Möglichkeiten, durch geschickte Außenhandels- und Wirtschaftspolitik der Wirkung mancher wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten zu entgehen. Wenn es jedoch keine Ausweichmöglichkeiten mehr im Devisenkarussell des Welthandels gibt, kann man sich leicht vorstellen, wie die wirtschaftlichen Zwänge einer gnadenlosen Konkurrenz und auswegloser Wirtschaftskrisen für alle Unternehmen in gleicher Weise gelten werden. Beides wird von den Unternehmen große Anstrengungen und umfangreiche Kapitalinvestitionen in moderne und modernste Maschinensysteme und automatische Produktionsanlagen verlangen, wenn sie dem Konkurrenzdruck auch nur annähernd gerecht werden wollen.

Keine Frage, daß große Kapitalkonzentration und Zentralisation die Folge sein werden: nur wenige große, internationale Unternehmen werden das Rennen überleben. Ebenso klar, daß hohe Investitionen in perfekte und immer perfektere Maschinen für alle Konkurrenten zur Regel werden: der Kostendruck der Produktion wird schließlich im Verhältnis zu den Gewinnen immer größer und die allgemeinen Gewinnerwartungen müssen geringer werden. Doch nicht genug damit.

Die Konkurrenz geht weiter und verschärft die wirtschaftlichen Zwänge zu weiterer Investitions-Automation und Steigerung der konstanten Kostenanteile. Die Gewinnraten haben also die Tendenz, auf lange Sicht zu fallen, sozusagen von Krise zu Krise. Zwar könnten die Unternehmer dem ganzen durch Kostensenkung der Löhne entgehen, also durch verschärfte Ausbeutung und Reallohnsenkung. Doch auch dem ist eine Marktgrenze gesetzt. Denn der Kostenanteil für Löhne

kann unter eine bestimmte, minimale Grenze nicht fallen, wenn die Arbeiter nicht einfach umkommen sollen, weil ihre Löhne nur noch zum Verhungern reichen. Zwar führt der Fortschritt der Produktion, welcher ja mit dem tendenziellen Fallen der Profitrate verbunden ist (der Warenausstoß pro Arbeitstag oder -stunde wird immer größer und damit die Produktionszeit, und der Wert einzelner Waren immer geringer) zur Verbilligung des Lebensstandards und zur Vermehrung dessen, was man sich als Arbeiter leisten kann. Aber um so weniger wird die Masse der Arbeiter und Angestellten radikale Lohnkürzungen hinnehmen. Die kapitalistische Produktionsweise geht infolgedessen einer eigenartigen Geschichte entgegen: Auf der einen Seite führt sie zur vollständigen Anwendung von Wissenschaft und Technik in zunehmend automatisierter Produktion. Der Warenausstoß wird riesig, der Wert der Produkte wird immer geringer. Alle Waren werden somit wohlfeiler und der Lebensstandard der Massen steigt. Auf der anderen Seite fällt dadurch zwangsläufig die allgemeine Profitrate. Der Anteil menschlicher Arbeitszeit am Produkt nimmt ständig ab. Der Wert der Waren wird so gering, daß sich ein Tausch praktisch kaum noch lohnt. Wenn nun die Dinge kaum noch Tauschwert haben, können sie auch nur noch Spurenelemente von Mehrwert enthalten. Mit dem Wert als Grundlage des Tauschens entfällt so allmählich die Gewinnerwartung als Triebkraft der Produktion. Gleichzeitig müßte die Zahl der industriellen Arbeiter abnehmen, ohne daß zwangsläufig die Zahl der kommerziellen Angestellten und der Beamten zunehmen muß. Massenhafte Arbeitslosigkeit wäre sicher die Folge.

Die Politische Ökonomie sieht in diesen Vorgängen sozusagen das logische Ende der kapitalistischen Produktionsweise. Es zeigt sich daran, daß das bürgerliche Wirtschaften, wenn man es konsequent zuende denkt, irgendwann zuende sein muß. Es gibt keinen ewigen Kapitalismus. Doch handelt es sich hier tatsächlich um ein logisches Ende. Denn es ist anzunehmen, daß die Zuspitzung der inneren Widersprüche

eines Weltkapitalismus schon zu seinen Lebzeiten zur Verschärfung von Klassenkämpfen führen wird, in deren Verlauf von ganz anderer Seite, nämlich von Seiten der internationalen Arbeiterklasse die Machtfrage gestellt werden wird, welche zum politischen Umschlag des Kapitalismus in eine andere Gesellschaftsordnung ohne gesellschaftlichen Tausch und private Gewinnwirtschaft führen wird.

Klassenkonflikte

Der Konkurrenzkampf der Kapitale wird so erbarmungslos geführt, daß jedes Unternehmen nicht nur daran denkt, wie es durch Kapitalakkumulation seinen Extraprofit vermehren kann, sondern auch, wie es die Kosten seiner Produktion möglichst gering hält und seinen Mehrwert vergrößern kann (Extramehrwert). Die Marktlage selbst, Warenabsatz und Kapitalfluß zwingen jedes Unternehmen zu sparen, wo zu sparen ist. Dazu gehört neben dem Ankauf von möglichst günstigen Rohstoffen und Maschinen, Halbfabrikaten und Werkzeug das Einsparen von Lohnkosten. Die Preise für die Produktionsmittel sind nicht leicht zu senken. Anders die Lohnkosten. Die Preise für Produktionsmittel müssen bezahlt werden, auch in Krisenfällen. Arbeiter aber kann man dann leicht entlassen. Die Preise für Maschinen stehen fest, man kann sie nicht ohne weiteres verändern. Arbeiter hingegen kann man an die Arbeit hetzen, man kann ihre Löhne senken und/oder Kurzarbeit machen lassen. In jedem Falle zwingt die Marktlage selbst den Unternehmer, Löhne und Lohnkosten

zu senken, Kurzarbeit einzuführen und/oder Arbeiter zu entlassen. Mit anderen Worten: Nicht die Willkür der Unternehmer, sondern vielmehr die Krisenkreisläufe des marktwirtschaftlichen Systems bedrohen ständig die Einkommenslage der Arbeiter. Ihre einzige Chance ist der gemeinsame Kampf gegen die Interessen der Unternehmen und Konzerne. Der Konflikt ist geradezu programmiert, denn auf lange Sicht sind die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten und die ökonomischen Ansprüche der Marktwirtschaft nicht miteinander vereinbar. Dieser Konflikt geht übrigens nicht nur um Lohnerhöhung und Sicherung der Arbeitsplätze. Er ist, solange es Kapitalismus gibt, immer auch ein politischer Konflikt, der Gesellschaftsordnung und Politisches System betrifft. In Staat, Verwaltung, Schulen, Universitäten, Fernsehanstalten und Filmateliers herrschen andere Interessen als diejenigen der Arbeiter bzw. der Arbeiterbewegung. Ob den einzelnen Akteuren bewußt oder nicht, ist das Grundprinzip des Kapitalismus, die scheinbare Sachgesetzlichkeit des Warentausches und der Gewinnwirtschaft, längst zum allgemein akzeptierten Prinzip aller gesellschaftlichen Bereiche einer bürgerlichen Gesellschaft geworden. Die Konkurrenz der Kapitale, also Aufteilung und Umverteilung des Mehrwertes führt sogar dazu, daß nicht einmal ein einzelner Unternehmer die Arbeiter seines Betriebes ausbeutet, sondern die Klasse der Kapitalisten die gesamte Arbeiterklasse. Deshalb ist der Klassenkonflikt ein Kampf zwischen den Klassen von Lohnarbeit und Kapital als Gesamtheit, und nicht ein Konflikt zwischen einzelnen despotischen Unternehmern und aufmüpfigen Arbeitern oder Angestellten. Denn was beide Klassen in unauflöslichen Konflikt geraten läßt, ist ihre jeweilige ökonomische Stellung im gesamten Vorgang kapitalistischer Produktion und Verteilung. Die einzige Frage, die sich stellt, in welchem Maße beiden Gruppen diese Tatsache zum Bewußtsein kommt, bzw. wie bewußt sich Arbeiter und Angestellte der Tatsache ihrer Ausbeutung, Beherrschung und Klassenlage werden. Davon allein hängt schließlich ab, wie lange sich das Ausbeutungsverhältnis

als gesellschaftliche und politische Wirklichkeit noch halten wird. Daß sich andererseits die herrschende Klasse ihrer Herrschaft bewußt ist, das liegt auf der Hand - denn dazu bedarf es keiner großen Theorie.

Die Geschichte der Klassenkämpfe zeigt, nebenbei gesagt, wie klar sich Krupp, Stinnes, Thyssen und Co. über ihre Lage waren und sind.

Lohnbewegung und Lohnkämpfe

Die Ausbeutung als solche zu erfahren, ist innerhalb des kapitalistischen Systems ganz abstrakt gesehen außerordentlich schwer. Gerade weil die Verhältnisse unpolitisch, unpersönlich und sachgesetzlich zu sein scheinen. In einer Tauschgesellschaft geht den Menschen die Kenntnis darüber verloren, daß sie es sind, welche sich mit dem Warentausch auf der Grundlage ihrer gegenseitigen Zeitausgabe für die Güterproduktion vergesellschaften. Der Wert der Waren, eigentlich nur die Chiffre (= das Geheimzeichen) für das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen, erscheint ihnen als natürliche Eigenschaft der Waren bzw. als Eigenschaft einer Sache und nicht eines politischen Verhältnisses. Die vermeintliche Sachgesetzlichkeit läßt schließlich auch den Lohn als sachlich angemessene Bezahlung für erbrachte Leistung und nicht als bloße Lebenserhaltung für den Arbeiter und seine Familie

erscheinen. Doch es gibt eine Erfahrungsebene von Ausbeutung, die jeder Arbeiter am eigenen Leibe erfahren kann. Dann nämlich, wenn die Preisentwicklung dem monatlichen Einkommen davonläuft und die mühsam erarbeiteten Löhne und Gehälter nicht einmal mehr reichen, um das Lebensminimum einer Familie zu sichern. Mit einem Schlag wird deutlich, daß die "normale" Entlohnung eigentlich nie mehr war, als das Geld, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Die Arbeiter und Angestellten sehen sich mit einemmal der Tatsache gegenüber, daß sie ihre Lage nur dadurch verbessern können, daß sie gegen die Unternehmensinteressen des Kapitals ihre Lebensinteressen kämpferisch durchsetzen. Schließlich gibt es niemanden, der sich ihrer berechtigten Forderungen annehmen würde als sie selbst. Kommt es erst einmal zu solchen Kämpfen, dann zeigt sich für jeden Arbeiter und Angestellten auch, wieviel von allen Redensarten über den sozialen Charakter der Marktwirtschaft zu halten ist. Die Lohnkämpfe enthüllen schließlich für jedermann, daß es zur Lebensfrage der einzelnen Unternehmen gehört, die Lohnkosten und Lohnausgaben zu senken und so Mehrwert, Gewinn und Marktlage zu verbessern.

Dabei wäre es zweifellos die einfachste Methode, die Arbeiter einfach zwangsweise länger arbeiten zu lassen - ohne die Überstunden zu bezahlen, versteht sich. Doch diese geradezu erpresserische Ausbeutung konnte die Arbeiterbewegung schon im vorigen Jahrhundert bekämpfen. Sie setzte den sogenannten Normalarbeitstag von acht Stunden durch und verbaute den Unternehmen damit die bloße Verlängerung des Arbeitstages. Seitdem mußten die Unternehmen nach anderen Möglichkeiten suchen, um die Ausbeutung zu vergrößern bzw. den Mehrwert zu vermehren. Und davon gibt es im wesentlichen drei:

Arbeitshetze

Jeder Arbeiter macht im Laufe des Arbeitstages Pausen. Nicht nur Frühstückspausen, Mittagspause usw. Auch wenn er arbeitet, muß er sich, schon um seine Gesundheit zu schützen, ausruhen, es mal langsamer gehen lassen oder einfach mal abschalten. Wenn man es genau nimmt, dann arbeitet er in der Zeit eigentlich nicht. Zieht man die Pausen vom Arbeitstag ab, dann arbeitet er bei acht Stunden tatsächlich vielleicht nur 6 1/2. Gelingt es dem Unternehmer jedoch, solche "Luftlöcher" durch Pausenkürzung und Arbeitshetze zu schließen, dann hat er beim gleichen Achtstundentag die Arbeitszeit echt verlängert - für den gleichen Lohn, versteht sich.

Fließbandarbeit, Arbeitsplatzbewertung (= Festlegung der Höchstarbeitszeit) und Leistungslöhne wie Akkord- oder Stücklohn (= Festlegung der Tagesleistung - durch diese Stückleistung wird der Tageslohn geteilt, so errechnet man die vermeintliche Stückbezahlung bzw. den Akkord) sind dabei die bekanntesten Methoden der Arbeitshetze.

Reallohnsenkung

Dieser schleichenden Verlängerung des Arbeitstages sind ebenfalls Grenzen gesetzt. Mehr als hetzen kann man nicht und mehr als im Akkord arbeiten schafft niemand.

Also müssen die Lohnkosten sinken! Die einfachste Methode der Lohnsenkung ist die radikale Lohnkürzung. Doch solche Maßnahmen sind reichlich unpopulär. Deshalb findet man sie eigentlich nur noch in seltensten Fällen. Meistens aber dort, wo es genügend Arbeitslose gibt, welche gerne für einen geringeren Lohn arbeiten, um überhaupt arbeiten zu können. Eine indirekte Methode der Lohnsenkung ist die Preiserhöhung. Man nennt sie auch die Reallohnsenkung. Man meint damit, daß die Lebenshaltungskosten real steigen, der Lohn aber bleibt und man aber einfach weniger für sein Geld erhält. Folge: In der Kaufkraft sind die Löhne gesunken - eine Methode, welche besonders dann zu finden ist, wenn die Unternehmer weniger im Inland also mehr im Ausland verkaufen und auf die Kaufkraft der einheimischen Arbeiter nicht so sehr angewiesen sind. Doch auch diese Methode hat ihre Grenzen. Solange es genügend Arbeitslose gibt, läßt sie sich sicher mit Erfolg praktizieren. In Zeiten der Vollbeschäftigung aber, werden die Arbeiter nicht lange warten, bis sie Lohnforderungen anmelden und auch durchsetzen. Doch dann ist die Lohnsenkung aufgehoben. Neue Preissteigerungen müssen folgen. Denen antworten die Lohnforderungen: Das berühmte Bohn-Preis-Karussell kommt in Gang.'

Nominallohnsenkung

Arbeitshetze und Reallohnkürzung sind auf Dauer wenig befriedigend, wenn es um die Senkung der Lohnkosten geht. Die wirklich wirkungsvolle Methode, Gewinn und Umsatz zu steigern, ohne die Löhne mitwachsen

zu lassen, ist etwas ganz anderes. Etwas, das scheinbar gar nichts mit Lohn und Lohnbewegung zu tun hat: der technische Fortschritt. Mit ihm wächst die Fähigkeit, mehr Waren pro Tag und Stunde auszustoßen als früher. Damit sinken zwangsläufig die Herstellungszeiten der einzelnen Waren bzw. deren Wert. Billige Waren wiederum senken die Kosten für den einmal erreichten Lebensstandard. Man kann einfach mehr für sein Geld bekommen.

Die Folge: Da sich der WERT der Arbeitsvermögen nach den Lebenshaltungskosten für einen einmal erreichten Lebensstandard richtet, sinkt mit billigeren Lebensmitteln zwangsläufig auch der Wert der Arbeitskraft. Die Löhne können also weniger werden, ohne daß die Arbeiter und Angestellten auf etwas verzichten müßten. Ökonomisch gesprochen: Die Nominallöhne können sinken bei gleichbleibenden Reallöhnen. Kurz: Gleicher Lebensstandard für weniger Geld.

Das Sinken der Nominallöhne wird allerdings durch eine allgemeine Preiserhöhungswelle und die damit verbundene Geldentwertung überdeckt. Daher kommt es, daß das Geld in den Lohntüten und auf den Gehaltskonten tatsächlich weniger wird, ohne daß die Geldsummen der Monatslöhne sichtbar abnehmen. Das Prinzip ist einfach: Wenn die Verbilligung der Waren durch Preiserhöhungen aufgesogen wird (wenn also alle Waren, deren Wert von 100 Mark auf 90 gesunken ist, trotzdem weiter 100 Mark kosten), dann ist die alte Geldmenge (hier 100 Mark) tatsächlich nur noch Geldausdruck für einen geringeren Warenwert (hier von 90 Mark). Die Preissteigerung entwertet das Geld, macht die Waren aber nicht teurer. Tausend Mark Lohn werden auf diese Weise faktisch auf 900 Mark gekürzt - auf kaltem Wege sozusagen. Man bemerkt die kalte Lohnkürzung nur daran, daß die Unternehmer ihre Umsätze und Gewinn kräftig vermehren, während die Arbeiter und Angestellten ihren Lebensstandard gerade halten oder bestenfalls ein wenig verbessern können. Das Statistische Bundesamt hat die Folgen dieser Vorgänge errechnet: Während der gesellschaftliche Reichtum zwischen 1950 und 1966 jährlich um

5 - 7 % gestiegen ist, hat der Anteil des einzelnen Arbeiters und Angestellten daran in der gleichen Zeit um insgesamt 3 % abgenommen !!! Abgenommen, obwohl es den meisten von ihnen selten solange so relativ gutgegangen ist. Der Grund: Die Verbilligung vieler Güter, die lange Zeit als Luxusgüter galten (Auto, Kühlschrank, Radio, Fernsehen usf.), ist so rapide vorangegangen, daß selbst alle Formen von Lohnkürzungen nicht mitkamen. Eine paradoxe Lage: Die Arbeiter und Angestellten haben weniger vom gesellschaftlichen Reichtum abbekommen, werden mehr ausgebeutet und können sich doch mehr leisten als je zuvor.

Doch selbst hier hält die verblüffende Wirkung der paradoxen Lage nicht lange an. Wenn sich die Gewinne der Unternehmer allzu stürmisch entwickeln, dann bleibt dies den Arbeitern und Angestellten schließlich nicht verborgen. Über kurz oder lang fordern sie ihren Anteil. Häufig auch mit Gewalt, mit Streiks und Protestmaßnahmen. 30 % Gewinnzuwachs und nur 8,5 % Lohnerhöhung bei 10 % Preissteigerungen sind selbst für den friedlichsten Arbeiter oder Angestellten ein zu starker Tobak.

Arbeiterklasse, Klassenkämpfe und Proletariat

Die Erfahrung von Klassengegensätzen und Ausbeutung ist für die Arbeiterklasse auf Dauer unausweichlich. Der tägliche Kampf um Lohn und Arbeitsplatz zwingt sie sogar dazu, mehr als nur Er-

fahrungen darüber zu sammeln. Sollen nämlich die Kampf-
formen nicht nutzlos und die Strategien nicht ins Leere
führen, dann müssen die Arbeiter und Angestellten in ihrem
Kampf versuchen, Einblick in die inneren Mechanismen und
in die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu
nehmen. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten er-
fordert geradezu ein richtiges, angemessenes Bewußtsein von
dieser Gesellschaft. Die Arbeiter und Angestellten sind
daher die einzige Klasse im Kapitalismus, welche ein grund-
legendes, von der Sache selbst diktiertes Interesse an der
richtigen Auffassung von den gesellschaftlichen und politi-
schen Verhältnissen haben. Mit einem Wort: Die Lohnkämpfe
verlangen mehr und mehr ein richtiges Bewußtsein der Arbei-
ter und Angestellten. Und mit diesem Bewußtsein fangen sie
an, sich als Klasse zu begreifen und als Klasse zu kämpfen.
Logischerweise kann die Arbeiterklasse erst dann zu einem
wirklichen politischen Faktor werden, wenn sie sich dieser
Rolle als Klasse bewußt, also klassenbewußt wird.

Bleibt zu klären, was denn alles zur Arbeiterklasse zu zäh-
len ist, denn der Name Arbeiter-Klasse kann verwirren. Viele
verstehen unter Arbeiter nur diejenigen, welche ihren Lohn
in Form von Stunden- oder Akkordlöhnen bekommen, mit den
Händen arbeiten oder den bekannten "Blaumann" tragen. Doch
das ist falsch. Exakt gesprochen zählt zur Arbeiterklasse
oder besser zum Proletariat jeder, der gezwungen ist, seine
Arbeitskraft als Ware gegen Unternehmerkapital zu verkauf-
en. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob jemand als
Industriearbeiter, kaufmännischer Angestellter, Transport-
arbeiter, Verkäufer oder Bankangestellter arbeitet. Doch
muß man hier schon gewisse Unterschiede machen. Industrie-
arbeiter sind nicht nur die älteste Gruppe des Proletariats,
sie sind auch sein unmittelbarer, harter Kern. Sie sind die-
jenigen, welche die Auswirkungen der Lohnbewegungen und
Klassenkämpfe am ehesten und härtesten zu spüren bekommen
und auch am militantesten darauf reagieren. Industriear-
beiter sind ohne Frage die Vorhut und der fortschrittlichste
Teil des Proletariats.

Angestellte, besonders im Verkauf und im Büro, haben lange
Zeit andere Erfahrungen gemacht. Noch vor hundert Jahren
gab es so wenige Angestellte, daß jeder von ihnen darauf
hoffen konnte, selber Kapitalist bzw. Unternehmer zu werden
Auch heute noch gibt es eine Reihe von Angestellten, soge-
nannte leitende Angestellte, welche selber eher zur Klasse
des Kapitals zu zählen sind als zur Arbeiterklasse. Denn die
Lohnform ihrer Gehälter ist nur eine formale. In Wirklich-
keit erhalten solche Leute in vielfältiger Form direkte
und indirekte Beteiligungen am Unternehmerprofit, Prämien,
Gewinnbeteiligungen, Tantiemen, Auszeichnungen, Abfindungen,
Provisionen und andere Pauschalleistungen. Zu leitenden
Angestellten zählen wir übrigens nicht nur Aufsichtsrats-
mitglieder und Direktoren, sondern auch Prokuristen, Ab-
teilungsleiter usw. Anders, ganz anders liegt der Fall beim
normalen Büropersonal und bei den durchschnittlichen Ver-
käufern in kommerziellen Betrieben. Hier handelt es sich
tatsächlich um Lohnempfänger, die vom kommerziellen Unter-
nehmen eingestellt werden, nicht damit sie Mehrwert schaf-
fen, sondern damit sie dem Unternehmen helfen, einen mög-
lichst großen Teil vom gesellschaftlichen Profit abzube-
kommen. Sie schaffen zwar keinen Mehrwert, aber sie ver-
mehren den Profit aller kommerziellen Unternehmen. Sie sind
daher ohne Frage Proletarier. Das drückt sich übrigens auch
in ihrer Arbeitssituation aus. Mehr und mehr nämlich erleben
sie mit der Rationalisierung der Büros die gleichen Arbeits-
bedingungen wie Industriearbeiter, Arbeitshetze, fabrikar-
tige Maschinensäle für Schreibmaschinen und Buchungsgeräte,
Druck und Aufsicht von oben u.v.m. Kein Wunder also, daß
immer mehr Angestellte ihre Zugehörigkeit zum Proletariat
erkennen und danach handeln. Kurz: Läßt man sich von den
falschen Lohnarbeitern und heimlichen Profitempfängern nicht
täuschen, dann muß man erkennen, Proletariat in unserem
Sinne, das sind alle Arbeiter und Angestellten, welche ihre
Arbeit tatsächlich als Ware gegen Kapital von Unternehmern
tauschen müssen und denen davon nichts bleibt als der bloße
monatliche Lebensunterhalt.

Ebenfalls zur Proletarischen Arbeiterklasse gehören natürlich auch diejenigen Arbeiter und Angestellten, deren Betrieb im Besitz der sogenannten Öffentlichen Hand ist, also in Händen der Bundesregierung, der Länder oder der Gemeinden. Denn wer auch immer der Besitzer von Verkehrsbetrieben, E-Werken und anderen Firmen sein mag, der ökonomischen Form nach handelt es sich bei all diesen Unternehmen natürlich um kapitalistische Betriebe. Sie werden profitbringend unternommen und nach marktwirtschaftlichen Gesetzen kalkuliert (übrigens auch dann, wenn sie beständig in roten Zahlen stecken). Daß sie in Händen des Staates sind, ändert weder etwas an der Klassenlage der Arbeiter solcher Öffentlicher Dienste noch am kapitalistischen Charakter dieser Betriebe.

N i c h t zur Arbeiterklasse zählen jene Lohnempfänger, die als Beamte im Staatsdienst stehen. Sie sind zwar keine verkappten Kapitalisten (wie die leitenden Angestellten). Aber dennoch sind sie auch keine Proletarier. Denn sie verkaufen zwar ihre Arbeitskraft, aber nicht an Kapitalunternehmen, sondern an den Staat - und dieser Unterschied ist entscheidend. Die Gelder des Staates sind, wie wir wissen, eigentlich nur zusammengefaßte Kaufkraft aller Klassen und Schichten. Dabei macht der Steueranteil aus dem Lohneinkommen der Arbeiter und Angestellten sicherlich den größten Teil aus. Gegen das Geld aller Staatsbürger, nicht gegen Kapital tauschen Beamte also ihre Arbeitskraft. Und das ist im Prinzip genauso, als würden sie sich von Privatleuten für private Dienstleistungen engagieren lassen. Deshalb sind auch nicht Kapitalisten ihre Dienstherrn, sondern wir alle. Und darum sind sie nicht Lohnarbeiter, sondern Diener, eben Staatsdiener. Polizisten, Lehrer, Staatsmänner, Richter u.v.m. sind also bezahlte Dienstmänner der Öffentlichkeit, sie haben i.d.R. eine längere Ausbildungszeit und erhalten dafür eine Reihe von Privilegien: Pension, kostenlose Krankenbehandlung u.v.m. Aber sie erhalten doch Lohn! Ihr Einkommen ist kein Kapitalgewinn und kein freies Honorar. Es unterliegt dem Lohngesetz. Deshalb kommen auch Be-

amate heute nicht mehr darum herum, diesen Aspekt ihrer Lage zu erkennen und die Zusammenarbeit mit den anderen Lohnarbeitern etwa in den Gewerkschaften zu suchen, besonders, weil auch sie um die Erhaltung ihres Lebensstandards Lohnkämpfe machen müssen. Da sie aber nicht gegen Kapital, sondern für das Geld anderer Leute arbeiten und vor allem, weil der Staat diese Gelder von allen einsammelt, egal was er ist, darum fehlt ihnen eine wichtige soziale Erfahrung, die alle anderen Lohnempfänger haben: die des Klassenkonflikts. Staatsdiener sind in dem Sinne sogar nicht einmal eine richtige Klasse. Einerseits sind sie Lohnempfänger, andererseits leben sie außerhalb von Klassenkonflikten, werden nicht ausgebeutet und bilden auch keine Klasseneinheit. Das drückt sich auch in ihrem politischen Bewußtsein aus: Staatsdiener neigen nämlich dazu, Konflikte und besonders Klassenkonflikte abzulehnen und solche Gruppen und Parteien zu wählen, die ihnen gesellschaftliche Harmonie und Frieden versprechen. Die Sache des Proletariats ist nicht die ihre. Aber sie kann zu der ihren werden. Einmal gibt es genügend Ansatzpunkte über die gemeinsamen Lohnkämpfe. Und andererseits umfaßt die Gruppe der Staatsdiener einen großen Teil der wissenschaftlichen Intelligenz, welche durch die Erforschung der Gesellschaft in zunehmendem Maße zu politischen Einsichten in den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft gelangt. Beides, so kann man mit Recht hoffen, wird und kann Grundlage für ein echtes Bündnis von Proletariat und staatlichen Lohnarbeitern sein.

Historische Rolle der Arbeiterbewegung

Die kapitalistische Gesellschaft bringt ihre inneren Widersprüche selbst hervor. Sie schafft nicht nur die Krisen, den allmählichen Zusammenbruch und die inneren Konflikte selbst, sondern auch eine neue, über sie hinausweisende gesellschaftliche Klasse: das Proletariat. Mehr noch: Ihr eigenes Anwachsen ist zugleich auch verbunden mit dem allmählichen Anwachsen des Proletariats, das schließlich die überwiegende Mehrheit der Menschen in einer Gesellschaft darstellt (in der BRD z.B. machen die prod. und komm. Arbeiter und Angestellten 1972 etwa 74 % aller Erwerbstätigen aus). Wie einst das Bürgertum im Schoße der Feudalgesellschaft, so entwickelt sich also das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Besitz- und Wirtschaftsordnung. Das Bürgertum unterschied sich seinerzeit vom Feudalsystem dadurch, daß seine Gesellschaftsform durch den Warentausch und den Kapitalbesitz zustande kam. Es mußte die alte Ordnung abschütteln, weil diese nicht mehr zu den Anforderungen einer kapitalistischen Gesellschaft paßte. Das Proletariat ist in ähnlicher Lage. Es benötigt für seine Gesellschaft nicht mehr die Regeln des Kapitalismus und auch keinen Warentausch mehr, denn die Proletarierklasse besitzt keine Wirtschaftsgüter, mit denen sich ihre Mitglieder untereinander im Tausch vergesellschaften könnten. Lediglich der Verkauf der Ware Arbeitsvermögen zwingt sie, an der Tauschgesellschaft teilzunehmen, weil es im Kapitalismus für sie keine andere Existenzmöglichkeit gibt. Im Grunde ist die Tauschgesellschaft für die Arbeiter und Angestellten sinnlos.

Die Tauschgesellschaft unterwirft den Proletarier der Herrschaft des Kapitals, eine andere Funktion hat sie für Arbeiter und Angestellte nicht. Im Kampf gegen die marktwirtschaftliche Ausbeutung aber erfahren Arbeiter und Angestellte eine andere gesellschaftliche Realität. In jedem

Streik nämlich organisieren sie eine neue, über diese Gesellschaft hinausweisende gesellschaftliche und wirtschaftliche Praxis: die solidarische Kooperation und das gemeinsame, demokratische Handeln aller. Streiken kann man nur, wenn alle zusammenhalten und dem Arbeitskampf zustimmen; streiken kann man nur, wenn die Vertreter der Streikenden das durchsetzen, was die Kollegen wirklich wollen, und wenn das, was gefordert wird, auch von allen unterstützt wird. Jede Streikgruppe schafft sich auf diese Weise eine funktionierende und politisch schlagkräftige Selbstorganisation, die im Grunde die vollständige Demokratie vorwegnimmt, in welcher die Massen ihre Interessen verwirklichen und die Vertreter der arbeitenden Menschen nichts weiter tun bzw. tun müssen, als die ausdiskutierten und geplanten Interessen ihrer Wähler zu verwirklichen.

Streiken kann man schließlich nur, wenn alle bereit sind, ihre finanziellen und wirtschaftlichen Mittel gerecht und planmäßig zu verteilen. Manche Arbeitskämpfe spitzen sich sogar so sehr zu, daß die kämpfenden Arbeiter und Angestellten dazu übergehen müssen, ihre materielle Versorgung selbst zu organisieren und nach den Bedürfnissen der einzelnen Streikenden und deren Familien zu planen. Solidarität der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten stehen hier im Mittelpunkt aller Versorgungsmaßnahmen: Jeder erhält von dem, was vorhanden ist, dasjenige, was er braucht - und zwar ohne jede Form von Tausch, Geld und Kapital!!

In solchen Momenten wird blitzartig klar, welche Möglichkeiten von Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Planung der Produktion und Verteilung und welche Formen von sozialer Gerechtigkeit schon heute gegeben bzw. in der Existenz des Proletariats vorgezeichnet sind! Daran zeigt sich übrigens, daß es beim Kampf des Proletariats für seine Befreiung nicht so sehr oder ausschließlich darum geht, in wessen Besitz sich die wirtschaftlichen Mittel befinden, als vielmehr darum, ob das Wirtschaften unserer Gesellschaft den Tauschgesetzen gehorchen soll oder nicht! Daß eine Gesell-

schaft ohne Tausch sowohl möglich als auch für alle besser ist, daß zeigt sich in jenen Momenten des Arbeitskampfes, in denen die Gesetze des Kapitalismus vorübergehend außer Kraft gesetzt werden. Solange der Kapitalismus allerdings noch Entwicklungsmöglichkeiten aufweist und die Arbeitskämpfe noch beschränkten Zielen dienen, müssen diese Augenblicke von vorübergehender Wirkung sein und bleiben. Sie stürzen den Kapitalismus nicht! Aber sie schärfen das Bewußtsein der Arbeiterklasse für vorhandene politische und soziale Veränderungsmöglichkeiten. Doch dieses Bewußtsein bliebe zufällig, würde nicht die Entfaltung der Tauschgesetze selbst immer mehr in Widerspruch sowohl zu den Lebensbedürfnissen der Menschen und der gesellschaftlichen Produktion geraten. Die Kapitalbewegung führt nämlich überall, wo die Akkumulation und damit die kapitalistische Durchdringung einen bestimmten Stand erreicht hat, zwangsläufig zur Strukturkrise (Grund: sinkende Profitrate). Das abwandernde Kapital verläßt diese Branche, um anderswo höhere Profite zu erlangen. Dies zeigt ganz deutlich, daß die privatwirtschaftliche Ordnung zwar alle Produktivkräfte entfalten kann, aber unfähig ist, diese Kräfte auch dann zu erhalten, wenn die Profitrate zu sinken beginnt und ganze Industriebranchen unrentabel macht. Mit einem Schlag setzt die Kapitalbewegung Arbeiter auf die Straße, macht Fabriken, Zechen und Hochöfen zu, zerstört die entwickelten Technologien und zerstört oftmals unwiederbringlich wichtige Quellen des gesellschaftlichen Reichtums (etwa im Kohlebergbau). Mit einem Wort: die Hülle der privatwirtschaftlichen Ordnung wird allmählich zu eng für die Bedürfnisse der Massen und für die gesellschaftlichen Probleme von Produktion und Verteilung. Es ist daher nur natürlich, daß die besondere Lage der Arbeiter und Angestellten sie dazu zwingt, diese beengende Hülle abzustreifen und die schon praktizierte, nicht marktwirtschaftliche Ordnung tatsächlich zu verwirklichen. Ihre historische Aufgabe besteht also darin, irgendein Gesellschaftsidel von Zukunftsgesellschaft zu verwirklichen, sondern die schon vorhandenen An-

sätze der neuen Gesellschaft von den Schranken der alten zu befreien. Nicht anders übrigens wie auch die Bürger ihr System von den Hüllen der zu eng gewordenen Feudalgesellschaft befreien. Nur: Den Bürgern war ihre damalige historische Rolle voll bewußt. Was sie wollten, konnte jeder von ihnen unmittelbar erkennen: Freier Markt, Freiheit der Person, Abschaffung der Ständeprivilegien, Abschaffung der Leibeigenschaft und Freiheit des Kapitals. Anders beim Proletariat. So klar den Bürgern ihre Verhältnisse und Bedürfnisse waren, so unklar ist dies heute den Arbeitern und Angestellten. Denn in einer kapitalistischen Tauschgesellschaft sind die Verhältnisse selber unklar. Hier verbirgt sich die Herrschaft in wirtschaftlichen "Sachgesetzen". Und hier herrscht das Kapital, nicht der Unternehmer. Es handelt sich also nicht um die Herrschaft von Menschen, sondern von einem sachlichen Prinzip über Menschen. Mehr noch, der Lohn, Ausdruck der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung, erscheint sogar als das krasse Gegenteil von dem, was er ist. Und schließlich bringt die Entfaltung des Kapitalismus oder besser sein allmähliches Absterben mit dem Sinken der Warenwerte eine solche Verbilligung der Waren und des Lebensstandards mit sich, daß es dem Arbeiter tatsächlich besser geht als je zuvor, obwohl sie nie zuvor mehr ausgebeutet wurden als gerade jetzt. Innerhalb dieser verwirrenden Verhältnisse ist es schwer, daß sich die proletarische Klasse ihrer historischen Rolle und ihrer Interessen auch wirklich bewußt wird. Das sieht nämlich nichts geringeres vor, als daß die Klasse zur angemessenen wissenschaftlichen Erkenntnis in unserer Gesellschaft gelangt. Ein schier unlösbares Problem möchte man meinen, erschwert dadurch, daß wissenschaftliche Erkenntnis bislang zumeist von bürgerlichen Intellektuellen gehortet und gegen die Arbeiterklasse verwendet wurde. Doch ist da ein Trost: Die Lage der Arbeiter und Angestellten, ihre Lohnkonflikte und Klassenkämpfe zwingen sie immer wieder von neuem, sich mit den Verhältnissen, ihren Zusammenhängen und Gesetzen auseinanderzusetzen. Die Arbeiterklasse wird in den Klassen-

konflikt gestoßen, ob sie will oder nicht. Also muß sie auch versuchen, die Lage richtig zu erkennen, ob sie will oder nicht. Das Proletariat ist daher die einzige Klasse, welche wirklich ein Lebensinteresse an der richtigen Erkenntnis der Verhältnisse des Kapitalismus hat. Denn sollen seine Kämpfe Erfolg haben, wird es die wissenschaftlichen Erkenntnisse aufgreifen müssen und sich bewußt machen. Erst in der Hand des Proletariats werden die Erkenntnisse zur richtigen politischen Kraft und zur materiellen Gewalt einer neuen, menschlicheren Gesellschaft.

Soziale Revolution

Die Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Veränderung der politischen Ordnung des Kapitalismus sind kein einmaliger Akt. Bei der sozialen Revolution handelt es sich nämlich nicht um eine Art Staatsstreich der Arbeiter bzw. Arbeiterorganisation, sondern um die lange Geschichte der allmählichen Veränderung aller politischen und sozialen Verhältnisse. Diese Revolution setzt zuerst einmal voraus, daß sich der Kapitalismus tatsächlich voll entfaltet und alle in ihm schlummernden Kräfte entwickelt hat. Er muß also wirklich erst alle Bereiche der Welt durchdrungen und entwickelt haben, bevor die Soziale Revolution eintreten könnte. Solange dies nämlich nicht geschehen ist, solange z.B. der Weltmarkt nicht vollständig entstanden ist, gibt es zuviele Möglichkeiten der "unplanmäßigen Entwicklung", als daß man von einem richtigen Funk-

tionieren der marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und damit auch nicht von der vollen Entfaltung des Kapitalismus reden könnte. Zu viele Sonderfälle können eintreten und die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus für längere Zeit sogar in ihr Gegenteil verkehren, indem sie zu relativ langer krisenfreier Aufwärtsentwicklung eines zwar wenig entwickelten, aber durch den Devisenstrom z.B. bevorteilten Gesamtkapitals führen können. Diese Tatsache hat Folgen für die Politik der Arbeiterbewegung: Solange der Kapitalismus noch entwicklungsfähig ist, kann er sich leicht als fortschrittlich ausgeben. Eine lange störungsfreie Wirtschaftsentwicklung kann die private Wirtschaftsordnung sogar als eine soziale Marktwirtschaft erscheinen lassen. In der Arbeiterbewegung setzen sich in solchen Zeiten sehr schnell Ansichten und Strömungen durch, die weniger von Revolution und sozialer Umwälzung reden wollen als von Reformen innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft. Das Klassenbewußtsein des Proletariats wird damit abgelenkt. Denn solange der Augenschein der kapitalistischen Gesellschaft positiv ist, hat mancher Mühe zu erkennen, daß auch der soziale Charakter der Marktwirtschaft nur eine zeitweilige Abweichung von der Wirklichkeit des Kapitalismus ist. Doch selbst, wenn die Verhältnisse klar und deutlich entwickelt sind, muß die Situation noch lange nicht revolutionär sein, muß noch lange nicht jeder Arbeiter und Angestellter zu einem klassenbewußten Proletarier werden, müssen die Klassenkämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital zu revolutionären Kämpfen werden. Denn auch in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist die Situation solange vorrevolutionär, wie es noch kein genügend organisiertes Proletariat gibt. Zwar gehören Gewerkschaften und sozialistische Parteien seit dem vorigen Jahrhundert zum nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Arbeiterbewegung. Doch fehlt es sichtlich an der Verankerung der Gewerkschaften und Parteien in der Masse der Arbeiter und Angestellten. Auch programmatisch sind viele Gewerkschaften und Parteien alles andere als revolutionär, eine Tatsache, die sich leicht aus

dem Entwicklungsstand der Klassenkämpfe erklären läßt. Außerdem ist die Arbeiterbewegung seit mehr als 50 Jahren gespalten und oft in viele kleine Organisationen und politische Ansätze zerfallen. Das alles ist Ausdruck der 'Unterentwicklung' der Arbeiterbewegung. Doch ergibt sich die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung nicht von selbst. Sie ist selbst das Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterklasse um ihre Existenz. Nicht anders übrigens wie sich auch die bürgerlichen Organisationen, die liberalen Parteien, die protestantischen Kirchen, die Pressefreiheit u.v.m. in den Kämpfen gegen Adel und Klerus herausbildeten. Jeder Lohnkampf und jede politische Auseinandersetzung um die Belange der Arbeiterbewegung bzw. die internationale Emanzipation der Arbeiter und Angestellten ist daher immer auch ein Kampf für die revolutionäre Organisation des Proletariats. Das ist die vorrevolutionäre Aufgabe der Arbeiterbewegung. Man muß also nicht befürchten, nur weil die Verhältnisse des Kapitalismus und der Klassenauseinandersetzungen sich noch nicht in aller Deutlichkeit entwickelt haben, sei die vorrevolutionäre Zeit eine Epoche des untätigen Abwartens. Im Gegenteil. Dies ist die Zeit ebenso heftiger Auseinandersetzungen und politischer Konflikte wie die Epoche der sozialen Umwälzung selbst. Schließlich kann man nicht erwarten, daß die herrschende Ordnung tatenlos zusieht, wie sich in ihrem Schoße ein revolutionäres Proletariat machtvoll entwickelt. Man muß davon ausgehen, daß die bürgerliche Staatsmacht zu allen Mitteln greifen wird bzw. greift, um der revolutionären Bewegung schon in den Anfängen zu wehren. Dafür sprechen nicht nur Radikalerlasse und Parteiverbote, sondern alle möglichen Formen der militärisch-bürokratischen Diktatur in jenen Ländern, wo die revolutionäre Arbeiterbewegung Erfolge zu haben verspricht. Denn obwohl die parlamentarische Demokratie durchaus im Interesse der bürgerlichen Klasse ist, verzichtet sie angesichts ihrer politischen Bedrohung lieber auf die von ihr selbst geschaffenen Freiheitsrechte, bevor sie unterzugehen droht. Schließlich sind es ja gerade diese Freiheitsrechte, welche

dem Proletariat zur Grundlage seiner revolutionären Organisation dienen: das Recht zur Parteiengründung, das Koalitionsrecht und die Menschenrechte, welche politische und berufliche Betätigung ohne Ansehung der politischen Überzeugung und Position sichern sollen. Es liegt also auf der Hand, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung auch in der bürgerlichen Gesellschaft diejenige Kraft ist, welche für entschieden demokratische Verhältnisse kämpfen wird. Die Demokratie ist ja geradezu ihr Lebensinteresse. Es ist also kein Zufall, daß die Geschichte voll von Beispielen dafür ist, daß Gewerkschaften und sozialistische Parteien Vorreiter eines jeden Kampfes gegen alle diktatorischen Bestrebungen der bürgerlichen Klasse und ihrer Partei waren bzw. sind. Weil das so ist, kann es natürlich leicht geschehen, daß sozialistische Parteien und Organisationen zu führenden Kräften in Regierungen werden, die aus dem Kampf um die Erhaltung der Demokratie hervorgehen. Mehr noch: Es ist leicht denkbar, daß sie im Verlauf solcher Ereignisse zur Alleinregierung gelangen. Dann hätten die Organisationen der Arbeiterbewegung tatsächlich die Staatsmacht errungen. Das ist zwar ein wichtiger Vorgang. Doch um die soziale Revolution handelt es sich dabei so ohne weiteres nicht. Zwar ist man gewohnt, überall von sozialistischer Revolution zu sprechen, wo die Arbeiterklasse die Macht errungen hat. Aber damit ist nur gemeint, daß die Arbeiterklasse die Staatsmacht innehat. Denn ob es sich dabei um die soziale Revolution handelt oder nicht, darüber entscheidet der Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Verhältnisse. Überall, wo die Arbeiterklasse zur Macht gelangte, tat sie dies im Kampf gegen die reaktionärste Form der bürgerlichen Diktatur. Und überall, wo die Arbeiterklasse in Gesellschaften zu Macht gelangt, bevor sich der Kapitalismus national wie als Weltmarktsystem entwickelt hat, müssen sich die Sozialisten mit dem Problem konfrontieren: Daß sich paradoxerweise das kapitalistische System unter der Kontrolle des Proletariats vollenden muß. Das ist natürlich von weltgeschichtlicher Bedeutung. Denn erstens

geschieht dies nun befreit vom übelsten Terror und im Interesse der Arbeiter und Angestellten, also unter Wahrung und Sicherung ihrer Interessen. Natürlich kann man nicht erwarten, daß solche sozialistischen Regierungen das Paradies auf Erden schaffen, denn sie haben oft Entwicklungsprozesse einzuleiten, welche das bürgerliche System selbst nicht mehr zu leisten vermochte. Daß damit oft große Umwälzungen, Veränderungen und gewaltsame Ablösungen von alten Gewohnheiten verbunden sind, Diktatur und Brutalität, ist klar. Doch bevor man sich zum Richter der Geschichte macht, muß man sich vor Augen halten, mit welcher Brutalität die Weiterentwicklung des Kapitalismus unter der Diktatur der Bourgeoisie vonstatten gegangen wäre und welcher Fortschritt in einer Entwicklungsdiktatur der Arbeiterklasse für alle Menschen solcher Länder liegt. Zweitens ist die politische Macht der Arbeiterbewegung auch insofern ein weltgeschichtlicher Fortschritt, weil sie nämlich mit der vollen Entfaltung zugleich den allmählichen Übergang zum Sozialismus, also die Soziale Revolution einleitet. Denn der große Vorteil solcher Länder ist, daß sie die soziale Revolution dann, wenn sie auf dem Programm steht, einleiten können, ohne daß das Proletariat noch einmal mühsam und leidvoll die politische Herrschaft der bürgerlichen Klasse stürzen muß. Mit einem Wort: auch wenn die proletarische Staatsmacht nicht unbedingt gleich sozialer Revolution ist, ist sie doch ein großer historischer Fortschritt, denn sie leitet bei aller Entwicklungsmöglichkeit, die der Kapitalismus noch haben mag, zugleich systematisch und planvoll die Soziale Revolution ein.

In diesem Zusammenhang sind übrigens auch alle Volksbefreiungsbewegungen der Dritten Welt zu sehen, die nichts weiter sind als die Sozialen Revolutionen. Sie sind vielmehr Kampf um nationale Befreiung, politische Demokratie und gesellschaftliche Entwicklung. Und weil es sich hier nicht um kapitalistische Urländer, sondern um ehemalige Kolonien handelt, darum sind i.d.R. allein die sozialistischen Kräfte im Bündnis mit den unterdrückten Bauern diejenigen, welche

hier Befreiung und Entwicklung sicherstellen können. Keinen Sozialismus also, aber doch Entwicklung unter der Kontrolle des Proletariats und Sprungbrett zum allmählichen Übergang in die neue Gesellschaft.

Sozialismus

Der Sozialismus, also die auf den Kapitalismus folgende, in seinem Schoß schon entstandene Gesellschaftsordnung, kann nur das Ergebnis weltweiter Umwälzung sein. Denn der Kapitalismus ist ein Weltsystem und kann nur als solches abgelöst werden. Der Sozialismus oder die kommunistische Gesellschaft ist also eine Weltgesellschaft. Über sie läßt sich allerdings wenig sagen, denn sie ist keine ideale Gesellschaftsordnung, welche sich die Sozialisten ausgedacht haben. Vielmehr geht sie aus der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervor und ist für lange Zeit sicherlich auch noch von deren Hinterlassenschaft bestimmt. Immerhin läßt sich auch heute soviel über sie sagen:

Wenn Kapital, bzw. Kampf um den Mehrwert und Warentausch aufgehört haben, Grundlage der Produktion zu sein (weil sie es wegen der Entwicklung der Produktivität der Arbeit nicht mehr sein können), dann wird ein anderes Prinzip Produktion und Verteilung der Güter bestimmen, nämlich die bewußte Planung der gesellschaftlichen Entwicklung. Und diese bewußte Planung wird Ausdruck des politischen Willens frei-

er Menschen sein, die ebenso frei und bewußt ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen eingehen. Denn diese Gesellschaft kann auf Grund der eigengesetzlichen Entwicklung des Kapitalismus nur noch eine Vereinigung von Menschen sein, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen beginnen. Ein Teil des gesellschaftlichen Reichtums ist und bleibt gesellschaftlicher Besitz, dient der Verbesserung und Ausweitung der Produktion, der öffentlichen Einrichtungen u.v.m. Ein Teil wird gerecht zu verteilen sein. Was allerdings gerecht ist, das hängt nicht zuletzt von der Größe des gesellschaftlichen Reichtums ab. Solange nämlich große Knappheit an Gütern und Leistungen herrscht, wird gerecht nur sein können, wenn jeder nach seiner Leistung abbekommt, was er verdient. Zwar wird hier noch "entgolten", aber doch nicht mehr entlohnt, denn hier erhält jeder wieder zurück, was er zuvor in anderer Form für die Gesellschaft geleistet hat. Natürlich nicht allein in privaten Konsummitteln, sondern vor allem auch in öffentlichen Leistungen. Die Gerechtigkeit der Verteilung ist hier immer noch bestimmt von der Ungleichheit der alten Gesellschaft. Denn was geschieht mit denen, die schwach, krank, alt usw. sind. Sie leisten wenig oder gar nichts, sollen sie also weniger Anteil an dem Reichtum einer Gesellschaft haben, in der sie doch auch leben und für die sie doch auch ihr Bestes geben - selbst wenn es nur wenig ist? Kann es gerecht sein, jemanden zu bestrafen, nur weil er schwach ist, und obwohl er sein Bestes gibt? Die Lösung dieses Problems wird ohne Frage die erste Epoche der sozialistischen Gesellschaft bestimmen. Denn: Allseitige Gerechtigkeit und Gleichheit setzen einen hohen Stand des gesellschaftlichen Reichtums voraus. Erst auf einer sehr hohen Entwicklungsstufe kann also ein anderes als das Leistungsprinzip die Gesellschaft regeln, nämlich das Prinzip, daß jeder sein Bestes für die Gesellschaft gibt, egal, was es sei. Und daß jeder von der Gesellschaft bekommt, was er überhaupt nur benötigt bzw. brauchen kann: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen (Marx).

Schließlich läßt sich noch ein anderes Problem der Zukunft skizzieren, das wir heute schon erkennen können. Die kapitalistische Entwicklung führt nämlich zu einem eigenartigen Problem: Im Kampf um den Extraprofit sucht jedes Unternehmen, einen Produktivitätsvorsprung vor der Konkurrenz zu erlangen. Die Konkurrenz und ihre Gesetze führen also zu einer stets wachsenden technischen Kompliziertheit von Maschinen und Maschinensystemen. Weil gleichzeitig jeder Unternehmer ein Interesse an möglichst billiger Arbeitskraft hat, Ausbildung und Erziehung aber die Arbeitskraft verteuern, führt diese Entwicklung zwangsläufig dazu, daß die Maschinen, so kompliziert sie werden, immer weniger Kenntnisse zu ihrer Bedienung verlangen. Der Kapitalismus bringt also eine Technik hervor, welche als Maschinensystem alle menschlichen Kenntnisse und Erkenntnisse in sich vereinigt, aber vom Menschen, von der lebendigen Arbeit immer weniger Kenntnisse und Fähigkeiten verlangt. Mit dem Werkzeug, so kann man sagen, geht auch das Geschick des Arbeiters an die Maschine über. Produktiv erscheint nun die Maschine bzw. das Kapital, welche es gar nicht sind, denn sie sind Produkt menschlicher Arbeit und werden auch nur wieder durch menschliche Arbeit - wie wenig qualifiziert sie auch sein mag - in Gang gesetzt. Ohne sie wäre die Maschine tot, das Kapital wertlos und würde sich nicht vermehren. Um nun das ganze System der modernen Technik hervorzubringen, ruft der Kapitalismus auf der anderen Seite eine ständig wachsende Gruppe von Wissenschaftlern und Technologen hervor, welche die Rezepte entwickeln, damit Apparate gebaut und eingerichtet werden können. So führt die bürgerliche Produktionsweise immer mehr zur Trennung dessen, was eigentlich in jedem Menschen eine Einheit bildet: das Denken und das praktische Arbeiten. Heute aber ist die Gesellschaft gekennzeichnet von der Trennung in eine Reihe wissenschaftlicher Kopfarbeiter und die Masse der unqualifizierten Handarbeiter. Und auf dieser Trennung beruht eine Ungleichheit besonderer Art, nämlich die Ungleichheit von Bildung und Bildungschance, denn sie hat zur Trennung von höherer und

volkstümlicher Bildung in unserer Gesellschaft geführt und ist der Grund dafür, daß wenige viel und viele wenig wissen, Millionen für Wissenschaftliche Universitäten und Gymnasien ausgegeben werden und für Volksschulen wenig. Natürlich verträgt sich dies nicht mit der Würde eines Menschen und nicht mit den gesellschaftlichen Prinzipien des Sozialismus. Darum heißt eine weitere Losung dieser Gesellschaft: Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit durch grundlegende Neuordnung von Technik, Wissenschaft und Bildung!

Denn das Ziel des Sozialismus ist, wirkliche Humanität für jeden Menschen zu schaffen, damit er sich gemäß all seiner Fähigkeit uneingeschränkt und ungehindert entfalten kann: Als ein freies, sich seiner selbst bewußtes und planvoll handelndes Wesen, das sich die Natur aneignet, ohne sie zu zerstören, um sich und seinesgleichen in Gleichheit und Gerechtigkeit zu ernähren und zu erhalten.